



GASAG-GRUPPE GESCHÄFTSBERICHT 2021

**NEU DENKEN.
MIT VOLLER ENERGIE.**

GASAG

KENNZAHLEN

Nach den Rechnungslegungsvorschriften der IFRS für die Geschäftsjahre 2019 bis 2021

	EINHEIT	2021	2020	2019
Umsatzerlöse	Mio. €	1.357	1.223	1.252
davon Gas	Mio. €	821	722	772
davon Strom	Mio. €	246	270	248
Gasabsatz	GWh	21.385	25.302	25.206
Stromabsatz	Mio. kWh	1.490	1.862	1.643
Materialaufwand	Mio. €	935	868	908
Technische Zahlen für Gas				
Rohrnetzlänge ¹	km	14.298	14.243	14.152
Hausanschlussleitungen	Stück	360.797	355.794	350.128
Installierte Gaszähler	Stück	776.463	777.437	778.517
Personalstatistik				
Mitarbeiter/-innen am 31.12.	Anzahl	1.661	1.702	1.708
EBIT	Mio. €	135	76	64
Bereinigtes EBIT ²	Mio. €	116	114	114
EBITDA	Mio. €	235	172	156
ROCE^{2,3}	%	7,7	7,7	8,0
Jahresüberschuss	Mio. €	91	39	32
Bilanzsumme	Mio. €	2.691	2.146	2.112
Anlagevermögen	Mio. €	2.021	1.928	1.882
Eigenkapital	Mio. €	977	682	674
Eigenkapitalquote	%	36	32	32
Ergebnis je Aktie	€	11,23	4,56	3,69
Investitionen und Abschreibungen				
Investitionen in Sachanlagen	Mio. €	125	131	125
Abschreibungen	Mio. €	100	96	92
Net Debt⁴	Mio. €	757	734	673
Funds From Operations⁵	Mio. €	216	153	108

¹ Das Versorgungsnetz besteht aus Mittel- und Niederdruckleitungen

² Interne Steuerungsgröße bereinigt um Einmaleffekte und ohne nicht fortgeführte Tätigkeiten

³ ROCE (Return On Capital Employed) gem. rückwirkend einheitlicher Definition

⁴ Net Debt = Fin. Schulden zzgl. Leasingverbindlichkeiten, abzgl. Schulden aus Derivaten und abzgl. Liquide Mittel

⁵ Funds From Operations = Jahresüberschuss +/- Korrektur zahlungsunwirksamer Erträge/Aufwendungen

INHALTSVERZEICHNIS

BERICHT DES AUFSICHTSRATES	4
LAGEBERICHT DES GASAG-KONZERNS	10
1 Grundlagen des Konzerns	12
2 Wirtschaftsbericht	15
3 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage	21
4 Chancen- und Risikobericht	28
5 Prognosebericht	32
JAHRESABSCHLUSS DER GASAG-KONZERNS	36
Bilanz des GASAG-Konzerns	38
Gesamtergebnisrechnung des GASAG-Konzerns	40
Eigenkapitalveränderungsrechnung des GASAG-Konzerns	42
IFRS Kapitalflussrechnung des GASAG-Konzerns	44
ANHANG DES GASAG-KONZERNS	46
1 Darstellung des GASAG-Konzernabschlusses	46
2 Anwendung der International Financial Reporting Standards (IFRS)	46
3 Konsolidierungskreis	47
4 Konsolidierungsgrundsätze	49
5 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	50
6 Erläuterung zur Gesamtergebnisrechnung	63
7 Erläuterungen zur Bilanz	71
8 Sonstige Erläuterungen	94
BESTÄTIGUNGSVERMERK	110
IMPRESSUM	114

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

der GASAG AG für das Geschäftsjahr 2021

Der Aufsichtsrat hat die Führung der Geschäfte durch den Vorstand in Erfüllung seiner ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Beratungs- und Kontrollaufgaben im Berichtszeitraum intensiv begleitet. Grundlage hierfür waren die ausführlichen, in schriftlicher und mündlicher Form erstatteten Berichte des Vorstands

ANGEMESSENE ÜBERWACHUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND GUTE ZUSAMMENARBEIT MIT DEM VORSTAND

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand regelmäßig bei der Leitung des Unternehmens beraten und die Geschäftsführung der Gesellschaft kontinuierlich überwacht. Er war in alle Entscheidungen eingebunden, die für die GASAG AG und die GASAG-Gruppe von grundlegender Bedeutung waren.

Der Aufsichtsrat informierte sich unter anderem anhand der Berichte des Vorstands, welche nach Maßgabe des § 90 Abs. 1 und 2 AktG regelmäßig, zeitnah und umfassend sowohl schriftlich als auch mündlich erteilt wurden, über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die Unternehmensplanung einschließlich Finanz-, Investitions- und Personalplanung, die Rentabilität der Gesellschaft und die strategische Weiterentwicklung. Der Aufsichtsrat befasste sich mit der Berichterstattung des Vorstands über die Lage der Gesellschaft, der Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und der GASAG-Gruppe sowie deren jeweilige Geschäfts-, Umsatz- und Ertragsentwicklung, der Vermögens- und Finanzlage einschließlich der Risikolage und des

Risikomanagements. Zu Beanstandungen sah der Aufsichtsrat keinen Anlass.

Der Aufsichtsrat informierte sich über Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den Planungen und Zielen, welche vom Vorstand jeweils detailliert erläutert und begründet wurden. Sämtliche für das Unternehmen bedeutende Geschäftsvorgänge erörterte der Aufsichtsrat anhand der schriftlichen und mündlichen Berichte des Vorstands ausführlich.

Darüber hinaus stand der Aufsichtsratsvorsitzende in ständigem Kontakt mit dem Vorstand, um sich über aktuelle Geschäftsvorfälle zu informieren.

Wenn für Entscheidungen oder Maßnahmen aufgrund von Gesetzen, Satzung oder Geschäftsordnung eine Zustimmung erforderlich war, prüften die Mitglieder des Aufsichtsrats die Beschlussvorlagen und -vorschläge, unter anderem vorbereitet durch die Ausschüsse. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für das Unternehmen war der Aufsichtsrat eingebunden. Die in den Berichten geschilderte wirtschaftliche Lage der GASAG AG, deren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften und des Konzerns waren Gegenstand sorgfältiger Erörterung.

AUFSICHTSRAT UND DESSEN AUSSCHÜSSE

Im Geschäftsjahr 2021 trat der Aufsichtsrat sechsmal zusammen – aufgrund der Corona-Pandemie fünf Mal in Form einer Videokonferenz. Darüber hinaus fanden vier schriftliche Beschlussverfahren statt.

Der Aufsichtsrat hat vier ständige Ausschüsse: den Bilanzausschuss, der auch die Aufgaben des

Prüfungsausschusses im Sinne des § 107 Abs. 3 Satz 2 AktG wahrnimmt, den Personalausschuss, das Präsidium und den Mitbestimmungsausschuss. Die Ausschüsse haben die Aufgabe, Themen und Beschlüsse der Aufsichtsratssitzungen vorzubereiten. Zum Teil nehmen sie auch Entscheidungsbefugnisse wahr, die ihnen vom Aufsichtsrat übertragen wurden. Der im Juni 2020 temporär gebildete Konzessionsausschuss wurde nach Vergabe der Berliner Gasnetzkonzession an die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG durch das BGH-Urteil vom 9. März 2021 mit Beschluss des Aufsichtsrats vom 16. April 2021 aufgelöst. Der Aufsichtsrat wurde über die Arbeit aller Ausschüsse und deren Beschlüsse und Empfehlungen von deren Vorsitzenden ausführlich informiert. Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2021 regelmäßig an den Beschlussfassungen teil.

Der **Mitbestimmungsausschuss** tagte im Geschäftsjahr 2021 viermal.

Das **Präsidium und der mit dem Präsidium personenidentische Personalausschuss** traten im Geschäftsjahr 2021 zu je fünf Beschlussfassungen zusammen. Im Geschäftsjahr 2021 hat sich der Personalausschuss insbesondere mit Vorstandsangelegenheiten beschäftigt. Im Präsidium wurde die Vorberatung der Sitzungen bzw. Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vorgenommen.

Darüber hinaus kam das Präsidium im Februar 2022 dreimal sowie der Personalausschuss und der Aufsichtsrat jeweils einmal zu einer Befassung hinsichtlich Vorstandsangelegenheiten zusammen.

Der Bilanzausschuss trat im Geschäftsjahr 2021 zu vier Beschlussfassungen zusammen. Darüber hinaus fand ein schriftliches Beschlussverfahren statt. Der Bilanz-/Prüfungsausschuss hat sich mit

der Vorprüfung der Vorlagen von Themen auf finanziellem Gebiet beschäftigt. Er informierte sich bei der Leitung der Konzernrevision über seine Prüfungshandlungen und ließ sich über das Risikomanagement der GASAG-Gruppe berichten, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf dem Review des Energiebeschaffungs- und -überwachungsprozesses mit Fokus auf dem Kreditrisikomanagement – aufgrund der Beschaffungssituation bei ungewöhnlich hohen Marktpreisen – lag. Er beriet darüber hinaus unter anderem über den Jahresabschluss 2020 der GASAG AG und den Konzernabschluss der GASAG-Gruppe, über die Unternehmensplanungen der GASAG AG und des Konzerns für den Mittelfristplanungszeitraum 2022 – 2024 sowie die strategische Planung bis 2030. Im Februar 2022 wurde der Aufsichtsrat über mögliche Anpassungserfordernisse der Mittelfristplanung und der strategischen Planung aufgrund eines nachträglich festgestellten Planungsfehlers informiert.

BERATUNGSSCHWERPUNKTE UND BESCHLUSSFASSUNGEN IN DEN AUFSICHTSRATSSITZUNGEN

Gegenstand der Erörterungen im Aufsichtsrat waren unter anderem die wirtschaftliche Lage und die Perspektiven der GASAG-Gruppe und der GASAG AG, der Jahresabschluss 2020 und die Wirtschafts-, Investitions-, Finanz- und Personalplanung für den Zeitraum 2022 bis 2024.

Neben den sich aus dem laufenden Geschäft ergebenden wesentlichen Beratungsthemen war die Arbeit des Aufsichtsrats von der strategischen Weiterentwicklung der GASAG-Gruppe auf dem Weg zur Klimaneutralität, der Unternehmenswert-sicherung bzw. dessen Ausbaus und der damit

verbundenen Initiierung des Strategieprojekts „Zukunft G“ geprägt. Ziel dieses Projekts ist es, den Transformationspfad für ein wirtschaftlich und ökologisch nachhaltiges neues Geschäftsmodell für die GASAG-Gruppe stetig weiterzuentwickeln und umzusetzen.

Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat – aufgrund der stark angespannten Situation an den Beschaffungsmärkten – intensiv mit den Gaspreisen in der Grund- und Ersatzversorgung befasst und vorgeschlagenen Preisanpassungen sowie der Einführung eines Neukundentarifs in der Grund- und Ersatzversorgung zugestimmt.

Der Aufsichtsrat stimmte dem Abschluss mehrerer EDL-Projekte der GASAG Solution Plus GmbH zu. Besonders hervorzuheben ist hier das Projekt „Gartenfeld“ – eines der größten ganzheitlichen innovativen Quartiersprojekte in Berlin. Für die Umsetzung dieses Investitionsvorhabens soll in 2022 gemeinsam mit der ENGIE Deutschland GmbH ein Joint Venture gegründet werden.

Der Aufsichtsrat befasste sich zudem mit der Erhöhung der Bankbürgschaft im Auftrag der GASAG AG zur Absicherung der VBL-Ansprüche der Mitarbeiter der BAS Kundenservice GmbH & Co. KG – bei gleichzeitiger Verpflichtung der GASAG AG zum Aufwendungsersatz für den Fall der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft – und stimmt dieser zu.

Weiterhin stimmte der Aufsichtsrat dem Erwerb der verbliebenen 4 %-Beteiligung an der Geo-En Energy Technologies GmbH zu.

Auch dem Rückbau der Photovoltaik-Anlagen der GASAG AG am Standort Mariendorf und deren Versetzung stimmte der Aufsichtsrat zu. Ebenso konnte mit der Transaktion im Jahr 2021 der noch vorhandene Rückstellungsbetrag für die Altlastensanierung des Grundstücks des ehemaligen

Gaswerks Mariendorf teilweise ergebniswirksam aufgelöst werden.

JAHRES- UND KONZERNABSCHLUSS 2021, ABSCHLUSSPRÜFUNG

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der GASAG AG wurden nach den Regeln des Handelsgesetzbuches und des Aktiengesetzes aufgestellt, der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS) unter Berücksichtigung von § 315e HGB. Der Jahresabschluss der GASAG AG und der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 sowie die Lageberichte des Vorstands für die GASAG AG und den Konzern sind von der als Abschlussprüfer gewählten PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin geprüft und mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen worden. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG AG und des Konzernabschlusses haben die Abschlussprüfer zugleich den – aufgrund des Konsortialvertrags erforderlichen – Abhängigkeitsbericht sowie die Angaben gemäß § 6b Abs. 5 EnWG und das im Unternehmen bestehende Risikofrüherkennungssystem und dessen Funktionsfähigkeit geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass der Vorstand die nach § 91 Abs. 2 AktG geforderten Maßnahmen insbesondere zur Einrichtung eines Überwachungssystems in geeigneter Weise getroffen hat, und dass das Überwachungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, frühzeitig zu erkennen.

An den Sitzungen bzw. Beschlussfassungen des Aufsichtsrats sowie seines Bilanz-/Prüfungsausschusses, in denen über den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss 2021 der GASAG AG und

den Konzernabschluss 2021, die Lageberichte der GASAG AG und des Konzerns und den Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG AG beraten wurde, haben die Abschlussprüfer teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.

Der Aufsichtsrat hat sich umfassend mit den Jahresabschlussarbeiten beschäftigt und von den Prüfungsergebnissen Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses der GASAG AG und des Konzernabschlusses, der Lageberichte des Vorstands für die GASAG AG und des Konzerns und des Vorschlags über die Verwendung des Bilanzgewinns der GASAG AG sind Einwendungen nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der GASAG AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

GESELLSCHAFTERKREIS UND VORSTAND

Der Gesellschafterkreis der GASAG AG hat sich im Geschäftsjahr 2021 nicht verändert.

Auf das Einberufungsverlangen der ENGIE Beteiligungs GmbH vom 23. Dezember 2020 für eine außerordentliche Hauptversammlung nach § 122 Abs. 1 Satz 1 AktG wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 28. Januar 2021 neben der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern auch eine Änderung der Satzung der GASAG AG in § 10 Vorsitzender und Stellvertreter und § 16 Vergütung beschlossen. Die Satzungsänderung wurde am 15. Februar 2021 in das Handelsregister eingetragen. In diesem Zusammenhang wurde auch die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats der GASAG AG geändert. Vor der Hauptversammlung hatte die

GASAG AG jeweils Mitteilungen der Vattenfall GmbH und der ENGIE Beteiligungs GmbH nach § 20 Abs. 4 AktG erhalten, dass ihnen jeweils eine Mehrheitsbeteiligung an der GASAG AG gehört. Nach den Mitteilungen besteht zwischen den Aktionären der GASAG AG, der Vattenfall GmbH und der ENGIE Beteiligungs GmbH, seit dem 24. Juni 2015 ein Konsortialvertrag, der am 8. Dezember 2015 sowie erneut am 14. Dezember 2020 von der EU-Kommission freigegeben wurde, und der ab dem 1. Januar 2021 umgesetzt wird.

Herr Dr. Gerhard Holtmeier hat sein Amt als Mitglied des Vorstands und als Vorstandsvorsitzender mit Wirkung zum Ablauf des 19. März 2021 niedergelegt. Als seinen Nachfolger hat der Aufsichtsrat in seiner Beschlussfassung am 19. März 2021 Herrn Georg Friedrichs mit Wirkung zum 1. April 2021 zum weiteren Mitglied des Vorstands und Vorstandsvorsitzenden bestellt. Darüber hinaus gab es im Geschäftsjahr 2021 keine weitere Veränderung in der Besetzung des Vorstands der GASAG AG.

Herr Michael Kamsteeg hat sein Amt als Mitglied des Vorstands mit Wirkung zum Ablauf des 24. Februar 2022 niedergelegt.

BESETZUNG IM AUFSICHTSRAT

Herr Michael Hegel legte sein Mandat als Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrats mit Wirkung zum Ablauf der außerordentlichen Hauptversammlung am 28. Januar 2021 nieder. Darüber hinaus legten die Herren Ingo Breite, Dr. Uwe Kolks und Michael Rehberg ihr Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf der außerordentlichen Hauptversammlung am 28. Januar 2021 nieder. In derselben Hauptversammlung wurden Frau Annette Kofler, Frau Dr. Alexandra Pabst, Herr Christian Barthélémy

und Herr Axel Pinkert neu in den Aufsichtsrat gewählt. In der anschließenden außerordentlichen Beschlussfassung des Aufsichtsrats wurde Herr Manfred Schmitz mit sofortiger Wirkung zum Aufsichtsratsvorsitzenden der GASAG AG gewählt. Zudem wurden Herr Marten Bunnemann als zweiter Stellvertreter und Herr Tuomo Hatakka als dritter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt. Mit Wirkung zum Ablauf des 18. März 2021 hat Herr Georg Friedrichs sein Mandat als Mitglied des Aufsichtsrats niedergelegt. In der Hauptversammlung am 16. April 2021 wurde Frau Ulrika Jardfelt neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Tuomo Hatakka legte sein Mandat mit Wirkung zum Ablauf des 10. Mai 2021 nieder. Am 16. April 2021 wurde Herr Axel Pinkert mit Wirkung zum 11. Mai 2021 als dritter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden gewählt.

Frau Katharina Luise Eickelberg wurde in der Hauptversammlung am 18. Juni 2021 neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Herr Can Sekertekin legte sein Aufsichtsratsmandat mit Wirkung zum Ablauf des 30. Juni 2021 nieder. Für ihn ist Frau Ursula Luchner am 1. Juli 2021 in den Aufsichtsrat nachgerückt.

Frau Dr. Alexandra Pabst hat ihr Mandat mit Ablauf der Hauptversammlung am 10. Dezember 2021 niedergelegt. Herr Eric Stab wurde in derselben Hauptversammlung in den Aufsichtsrat gewählt. Danach blieb die Besetzung im Jahr 2021 unverändert.

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS (IN 2021)

SIND:

Herr Manfred Schmitz (Vorsitzender des Aufsichtsrats), Herr Thorsten Neumann (1. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats), Herr Marten Bunnemann, (2. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats), Herr Axel Pinkert (3. stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats), Herr Christian Barthélémy, Frau Katharina Luise Eickelberg, Herr Dirk Hahn, Herr Thomas Henn, Frau Ulrika Jardfelt, Frau Annette Kofler, Frau Annette Krafcheck, Frau Tanja Kunert, Herr Stephan Lachmann, Frau Ursula Luchner, Herr Andreas Otte, Herr Jürgen Schütt, Herr Marcus Sohns, Herr Norbert Speckmann, Herr Eric Stab, Herr Lutz Wegner und Herr Ewald Woste.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand, dem Betriebsrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GASAG-Gruppe für die im Geschäftsjahr 2021 geleistete Arbeit Dank und Anerkennung aus.

Berlin, im April 2022



Der Aufsichtsrat
Manfred Schmitz, Vorsitzender

LAGEBERICHT DES GASAG-KONZERNS

1	GRUNDLAGEN DES KONZERNS	12
1.1	Geschäftsmodell	12
1.2	Strategien, Ziele und Maßnahmen	12
2	WIRTSCHAFTSBERICHT	15
2.1	Branchenbezogene Entwicklungen und Rahmenbedingungen	15
2.2	Energiepolitik	17
2.3	Geschäftsverlauf	19
2.4	Konzern-Beteiligungsstruktur	20
2.5	Rechtliche Sachverhalte	20

3	ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE	21
3.1	Ertragslage	21
3.2	Finanzlage	23
3.3	Vermögenslage	24
3.4	Finanzielle Leistungsindikatoren	26
3.5	Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	26
4	CHANCEN- UND RISIKOBERICHT	28
4.1	Übergeordnete Chancen und Risiken	28
5	PROGNOSEBERICHT	32
5.1	Maßnahmen zur Umsetzung der Strategie	32
5.2	Beteiligungen	33
5.3	Personal	33
5.4	Investitionen	33
5.5	Geschäftsverlauf	33
5.6	Restrukturierungsaufwand	34
5.7	Umsatz- und Ergebnisentwicklung	34

LAGEBERICHT

des Konzerns der GASAG AG, Berlin
für das Geschäftsjahr 2021

1 GRUNDLAGEN DES KONZERNS

1.1 GESCHÄFTSMODELL

Die GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG), ist die Muttergesellschaft der GASAG-Gruppe.

Die Geschäftstätigkeit der GASAG-Gruppe umfasst den Vertrieb und den Transport bzw. die Verteilung von Gas (insbesondere Erdgas, Biogas und Wasserstoff), Wärme, Wasser, Strom sowie die Erzeugung von erneuerbarem Strom, den Betrieb von Anlagen zur dezentralen Energieversorgung sowie die Durchführung von Energiedienstleistungen. Weitere Tätigkeitsfelder umfassen die Ablesedienstleistung, Verbrauchsabrechnung, das Messgerätemanagement sowie die Errichtung, Unterhaltung und Instandsetzung energietechnischer Anlagen.

Zu unserem Kundenkreis zählen private Haushalte, Gewerbeunternehmen und Großkunden, Wohnungswirtschaftsunternehmen, Krankenhäuser und kommunale Einrichtungen, Weiterverteiler und Nutzer von Gastransportdienstleistungen. Das Zentrum unserer Geschäftstätigkeit liegt in der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Unser unternehmerisches Handeln und unsere Geschäftstätigkeiten sind von externen Faktoren mit Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage beeinflusst. Hierzu zählen vor allem, neben vertrieblichen Erfolgen, regulatorische Vorgaben, die Rahmenbedingungen für die Vergabe von Konzessionen und deren Nutzung sowie die im Zusammenhang mit der Energiewende stehenden gesetzlichen Anforderungen. Nicht zuletzt hat auch die Witterung einen erheblichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage des GASAG-Konzerns.

1.2 Strategien, Ziele und Maßnahmen

Die Konsequenzen der Energiewende, die Entwicklung der Bezugs- und Beschaffungskosten zum Ende des Geschäftsjahres, sich weiter verändernde Kundenanforderungen, hohe Wettbewerbsintensität, neue politische Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene sowie neue regulatorische Anforderungen verlangen eine aktive Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie der GASAG-Gruppe. Insbesondere durch die verstärkten nationalen, europäischen und globalen Anstrengungen den Klimawandel einzudämmen, sind wesentliche marktseitige, gesellschaftliche und betriebliche Herausforderungen für die GASAG-Gruppe hinzugekommen. Weiterhin hat die anhaltende weltweite COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf die operativen Abläufe und das Marktumfeld der GASAG-Gruppe.

Initiierung von „Zukunft G“

Vor dem Hintergrund dieser bedeutenden strategischen Herausforderungen hat die GASAG-Gruppe im April 2021 das gruppenweite Strategieprogramm „Zukunft G“ initiiert.

Kernergebnis ist die konsequente Ausrichtung der GASAG-Gruppe auf das Ziel vollständiger Klimaneutralität in 2040, ohne dabei mittel- und langfristigen Erhalt und perspektivischen Ausbau des Unternehmenswertes zu gefährden.

Die Zielsetzung des Programms besteht darin, die GASAG-Gruppe als Anbieter klimaneutraler Wärme- und Energielösungen im Wesentlichen für Berlin und Brandenburg zu stärken, nachhaltig und langfristig profitables Wachstum zu ermöglichen, sowie die Wertsicherung der getätigten und die Konzentration auf zukunftsfähige Investitionen zu realisieren. Der besondere Fokus der GASAG-Gruppe liegt zudem darauf, Kunden durch Energielösungen, Produkte und Infrastruktur zu befähigen klimaneutral zu werden. Darüber hinaus wird die kontinuierliche Arbeit an Effizienzverbesserungen in allen Unternehmensbereichen, d. h. unseren Geschäftseinheiten und administrativen Funktionen, fortgesetzt.

Die GASAG-Gruppe hat für die Umsetzung des Transformationspfads folgende Handlungsfelder in den Geschäftseinheiten definiert:

In der Geschäftseinheit Netze (GE Netze) wird die Transformation des Gasnetzes in eine klimaneutrale Energieinfrastruktur durch Ertüchtigung der Netze hin zur H₂-Fähigkeit vorangetrieben. Dabei liegt der Fokus auf der Realisierung zukunftsfähiger Investitionen bei gleichzeitiger Erfüllung regulatorischer Anforderungen. Darüber hinaus werden bestehende Netze weiter modernisiert und instand gehalten.

Die Geschäftseinheit Privat- und Gewerbekunden (GE PuG) konzentriert sich auf die Absatz- und Margenstabilisierung im Gas- und Stromvertrieb. Im Fokus stehen dabei die Kernmärkte der GASAG-Gruppe. Der Vertrieb grüner Wärme- und Energiedienstleistungen wird ausgebaut und die grünen Laufzeitprodukte werden ambitioniert weiterentwickelt.

Mit der Geschäftseinheit Green Solutions (GE GS) [vormals Großkunden und Energiedienstleistungen GE GK/EDL] wird eine konsequente Ausrichtung auf verstärktes Wachstum durch die Versorgung von Kunden mit klimaneutralen Wärme-, Kälte- und Energielösungen erzielt. Zugleich unterstützt die Geschäftseinheit ihre Kunden aktiv bei der Transformation in eine klimaneutrale Zukunft. Für die Green Solutions ist mittelfristig ein signifikantes Ergebnis- und Umsatzwachstum geplant, auch die aufgewandten Investitionsmittel sollen entsprechend erhöht werden.

Meilensteine auf dem Weg zur Klimaneutralität der GASAG-Gruppe bis 2040

Um die ambitionierten Ziele für das Erreichen der Klimaneutralität schrittweise zu erreichen, wurden wesentliche Meilensteine als Zwischenschritte definiert: Ab 2025 soll die eigene Organisation der GASAG-Gruppe klimaneutral sein, ab 2030 sollen 50 % aller Laufzeitprodukte der GE PuG sowie 66 % aller Neuprojekte der GE GS klimaneutral arbeiten.

Erstellung einer Klimabilanz für 2019

Um den Erfolg der Klimaziele der GASAG-Gruppe kontinuierlich zu messen, wurde im Jahr 2021 erstmalig eine Klimabilanz für das Basis- und Referenzjahr 2019 erstellt. Die nach dem Standard des „Greenhouse Gas Protocol“ erstellte Bilanz wurde vom TÜV Rheinland geprüft und zertifiziert.

Planmäßige Beendigung „GASAG 2025“

Das Transformationsprogramm „GASAG 2025“ wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2021 planmäßig und erfolgreich abgeschlossen. Im Jahr 2018 begann das Programm mit dem Ziel, Strukturen und Prozesse zu optimieren; darüber hinaus wurde ein neues Steuerungs- und Führungsmodell, sowie eine moderne Unternehmens- und Führungskultur in der GASAG-Gruppe etabliert. Das Einsparziel aus „GASAG 2025“ wurde im Jahr 2021 mit realisierten und ergebniswirksamen Maßnahmen übererfüllt. In der Führungsstruktur und der Gestaltung der Zusammenarbeit hat sich die GASAG-Gruppe deutlich verbessert.

Betriebliche Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19

Die auch im Berichtsjahr anhaltende globale COVID-19-Pandemie hat die GASAG-Gruppe, wie viele andere Unternehmen, weiterhin vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Um die Gesundheit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen, wurden die Regeln für sichere Betriebsabläufe in den verschiedenen Unternehmens- und Tätigkeitsbereichen dynamisch an die behördlichen Vorgaben angepasst und zusätzliche Maßnahmen zum Infektionsschutz umgesetzt (u. a. Maximalbelegungsregelungen, erhöhte Hygienestandards, Abstandsregeln und Maskenpflicht in den Büroflächen, Einrichtung von Impf- und Test-Angeboten sowie die Umsetzung von Zugangsregelungen).

Geschäftsentwicklung in den Geschäftseinheiten

In allen Geschäftseinheiten wurden im Rahmen des Programms „Zukunft G“ wesentliche strategische Handlungsfelder für die Erreichung der Klima- und Ergebnisziele definiert und in die Umsetzung gebracht.

In der GE PuG stand neben der Weiterentwicklung und Effizienzsteigerung der Organisation die Sicherung von Preisen und Energiemengen in einem volatilen Marktumfeld im Vordergrund. Dabei konnte sich PuG in der angespannten Situation auf den Energiemärkten mit einem massiven Anstieg der weltweiten Gas- und Stromhandelspreise ab dem zweiten Quartal 2021 weiter als verlässlicher Partner für die Kunden positionieren. Die GASAG-Gruppe steht als Grundversorger Gas für eine sichere und zuverlässige Versorgung für Hunderttausende Kundinnen und Kunden auch in Zeiten hoher Preisvolatilitäten. Weiterhin wurde ein Kundenangebot für Photovoltaik- und Speicherlösungen erfolgreich eingeführt.

Die GE GS verfolgte weiter eine Strategie, die auf Wachstum im Energiedienstleistungsbereich, erhöhte Profitabilität im Großkundenbereich, sowie der Entwicklung klimaneutraler Produkte und Services fokussiert ist. Hervorzuheben ist u. a. der Vertragsabschluss für das ganzheitlich konzipierte und zukunftsweisende Quartierswerk „Das neue Gartenfeld“, das mit der Kombination von innovativer Kraft-Wärme-Kopplung und regenerativen Energien zu einer CO₂-Einsparung von über 1.100 Tonnen pro Jahr führen wird.

In der GE Netze lag der Fokus der Aktivitäten auf der Erreichung des geplanten Kosten- und Investitionsniveaus im Rahmen des „NBB 4.0“-Programms, der Ertüchtigung und Erneuerung des Netzes sowie Investitionen in die Zukunftsfähigkeit („H2-Readiness“).

Vorstandswechsel und Wechsel beim Vorsitz des Aufsichtsrats

Am 28. Januar 2021 bestellte die Hauptversammlung Herrn Manfred Schmitz, als Nachfolger von Herrn Michael Hegel, zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der GASAG.

Mit der Niederlegung des Vorstandsmandats seitens Herrn Dr. Gerhard Holtmeier zum 31. März 2021 folgte mit Wirkung vom 1. April 2021 Herr Georg Friedrichs als neuer Vorstandsvorsitzender.

Mit Wirkung zum 24. Februar 2022 hat Herr Michael Kamsteeg sein Vorstandsmandat niedergelegt.

Standortwechsel von Konzerngesellschaften

Im April 2021 wechselte die GASAG ihren Geschäftssitz und bezog das sogenannte „Energiequartier“ am EUREF-Campus in Berlin-Schöneberg. Neben modernen und offen gestalteten Büroflächen besticht das Energiequartier durch eine gemeinsame und damit verbundene ressourcenschonende Nutzung der Räumlichkeiten seitens der verschiedenen Gruppenfunktionen und Geschäftseinheiten.

Die GASAG Solution Plus GmbH, Berlin, (nachfolgend GASAG Solution) ist im Sommer 2021 ebenso auf den EUREF-Campus umgezogen.

Die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH & Co. KG, Berlin, (nachfolgend NBB) hat im Juli 2021 ihren Geschäftssitz in das sogenannte „Netzquartier“ verlegt, welcher ebenso auf dem EUREF-Campus angesiedelt ist.

Im Januar 2021 hat die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf, (nachfolgend EMB) das neue „Energiehaus“ in Michendorf bezogen.

2 WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 BRANCHENBEZOGENE ENTWICKLUNGEN UND RAHMENBEDINGUNGEN

Weltweite Preissteigerungen auf den Energiemärkten

Die Preise auf den Energie- und anderen Rohstoffmärkten sind in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres auf einen historischen Höchststand gestiegen. Dazu hat der kalte Winter 2020/21 ebenso beigetragen wie die anziehende Konjunktur nach den Lockdown-Phasen, vor allem in Asien. Hinzu kommt der Umstieg vieler europäischer Stromerzeuger von Öl und Kohle auf Gas sowie politische Einflüsse. Die historisch hohen Beschaffungspreise haben in der gesamten Branche zu signifikanten Preisanpassungen sowie zahlreichen Insolvenzen von Energieversorgungsunternehmen geführt.

Auswirkungen der globalen COVID-19-Pandemie in Deutschland

Die Infektionskrankheit COVID-19 breitet sich in Deutschland seit dem Januar 2020 aus. Im März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation den COVID-19 Ausbruch zu einer globalen Pandemie. Die Pandemie und die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz hatten und haben weiterhin erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen in Deutschland, Europa und vielen anderen betroffenen Ländern weltweit.

Im Berichtsjahr wurden insbesondere während der dritten Welle der Pandemie im Frühjahr sowie der vierten Welle im Herbst und Winter weitgehende Maßnahmen in Deutschland umgesetzt, die das öffentliche Leben teilweise stark eingeschränkt haben.

Dadurch blieb die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und weltweit stark von der Pandemie beeinflusst. Dies zeigt sich insbesondere an der durch Corona beeinflussten Entwicklung der Energiepreise, sowie den nach wie vor unter Druck stehenden globalen Lieferketten, die sich auch auf die Energiewirtschaft auswirken. Durch die konjunkturelle Erholung nähern sich die Energieverbrauchsmengen wieder dem Vor-Corona-Niveau bzw. übersteigen diese.

Konjunkturelle Entwicklung

Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist auch im Jahr 2021 von der globalen COVID-19-Pandemie beeinflusst. Nach einem erneuten Einbruch der Konjunktur im ersten Quartal 2021 war ein kontinuierliches Wachstum in den folgenden Quartalen zu verzeichnen. Dieses erfolgte trotz Einschränkungen globaler Lieferketten, die zu einer historisch einmaligen Knappheit an Vorleistungsgütern und ebenso zu einem starken Anstieg der Energiepreise geführt haben. Diese Faktoren, sowie einige Sondereffekte haben einen starken Anstieg der Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte verursacht. Insbesondere im November und Dezember lag die Inflationsrate bei über 5 %; getrieben auch von den stark erhöhten Energiekosten.

Das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland ist im Berichtsjahr um 2,7 % gewachsen. Gegenüber der Prognose ergibt sich ein Rückgang von 0,3 Prozentpunkten; bisher war mit einem Plus von 3,0 % gerechnet worden.

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts verbesserte sich leicht. Die Anzahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2021 auf dem gleichen Niveau wie 2020, ist damit aber weiter unter dem Vorkrisenniveau. Die Erwerbslosenquote, gemessen als Anteil der Erwerbslosen an der Zahl der Erwerbspersonen ist im Jahresverlauf gesunken.

Der Ausblick und die weitere Entwicklung der Pandemie sowie ihrer sozialen, politischen und ökonomischen Folgen ist für das Folgejahr 2022 weiterhin mit Unsicherheiten behaftet. Die Prognose der Bundesregierung geht von einer konjunkturellen Erholung und deutlichen Aufhol-effekten aus, die das Bruttoinlandsprodukt um 4,1 % wachsen lassen.

Gesamtenergieverbrauch

Der Energieverbrauch in Deutschland ist im Jahr 2021, nach einem erheblichen Rückgang im Jahr 2020, wieder gestiegen. Nach Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V. (AGEB), Berlin, ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland um ca. 2,6 % auf 12.193 Petajoule (PJ) (entspricht 3.386,9 TWh) im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der steigende Verbrauch geht vor allem auf die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivitäten in Deutschland, Europa und der Welt zurück.

Erdgasverbrauch

Nach Schätzungen des BDEW vom Januar 2022 stieg der Erdgasverbrauch in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr um fast 4 % auf 1.003 Mrd.kWh an. Dieser Anstieg übertrifft nicht nur das stark durch Corona-Effekte beeinflusste Jahr 2020, sondern auch das Jahr 2019 um ca. 2 %. Der steigende Verbrauch ist vor allem auf die kühlere und größtenteils eher windarme Witterung zurückzuführen, die zum Mehreinsatz von Erdgas sowohl in der Wärme- als auch in der Strom-erzeugung führte. Der massive Preisanstieg u. a. für Erdgas ab Mitte 2021 sorgte dagegen für einen Mehreinsatz anderer Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung und somit für eine Dämpfung der Nachfrage.

Stromverbrauch

Der Stromverbrauch im Jahr 2021 betrug nach Schätzungen des BDEW vom Januar 2022 562 Mrd. kWh und erhöhte sich damit um fast 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Hauptursache für diese Entwicklung war die konjunkturelle Erholung ab März 2021, die zwischenzeitlich zu einem Verbrauchsniveau von vor der COVID-19-Pandemie geführt hat.

2.2 ENERGIEPOLITIK

2.2.1 EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK

„Fit for 55“-Paket

Zur Umsetzung der im Europäischen Green Deal festgelegten Klimaziele hat die Europäische Kommission 2021 mit ihrem „Fit for 55“-Paket einen 54 Maßnahmen starken Katalog vorgelegt. Darin werden Änderungen an verschiedenen Richtlinien und Verordnungen vorgeschlagen, u. a. an der Erneuerbare-Energien-Richtlinie und am Gaspaket sowie der Gebäudeeffizienzrichtlinie. Mit dem Maßnahmenpaket soll sichergestellt werden, dass das europaweite CO₂-Einsparziel von minus 55 % bis 2030 erreicht wird. So ist z. B. vorgesehen, dass der Anteil der erneuerbaren Energien am Wärmeverbrauch folglich bei 49 % liegen soll. Angedacht sind auch regulatorische Vorschläge für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft im Rahmen des Gaspakets, wie z.B. vergünstigte Netznutzungsentgelte für Wasserstoffnetze und Entflechtungsvorgaben für Wasserstoffnetzbetreiber. Bevor der Kommissionsvorschlag angenommen wird, müssen im nächsten Schritt aber noch das europäische Parlament sowie der europäische Ministerrat zustimmen.

EU-Taxonomie

2021 hat die EU-Kommission die ersten zwei von insgesamt sechs Umweltzielen, und zwar zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel, im Rahmen der EU-Taxonomie vorgestellt, ein Klassifizierungssystem für nachhaltige Investitionen. Damit lässt sich auf Basis des Taxonomie-Katalogs überprüfen, welche Wirtschaftsaktivitäten Nachhaltigkeitskriterien genügen. Am 31. Dezember 2021 hat die EU-Kommission noch den Entwurf des delegierten Rechtsakts für Investitionen in Technologien rund um den Energieträger Erdgas und Kernenergie, der zunächst ausgeklammert wurde, vorgestellt. Demnach wird die Taxonomie für Erdgas geöffnet, allerdings nur unter Einhaltung ambitionierter Effizienz- und Klimaschutzanforderungen. Aus der erstmaligen Anwendung der Taxonomie ergeben sich ab dem Geschäftsjahr 2023 entsprechende Berichtspflichten für relevante und nicht-relevante Wirtschaftsaktivitäten, die im Geschäftsjahr 2022 vorbereitet werden.

2.2.2 BUNDESDEUTSCHE ENERGIEPOLITIK

Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht“ wurden (Übergangs-) Grundlagen für die nationale Regulierung von Wasserstoffnetzen geschaffen, die durch die Novellierung des EnWG am 27. Juli 2021 in Kraft getreten sind. Darin enthalten sind spezifische Regelungen zum Unbundling, sowie zu Anschluss, Zugang und Ausbau von Wasserstoffnetzen. Derzeit liegen keine Anfragen von Dritten zur Einspeisung von Wasserstoff in die von NBB betriebenen Netze vor.

Am 15. Dezember 2021 legte die Europäische Kommission mit Blick auf die weitere Umsetzung des European Green Deal, Legislativvorschläge u. a. zur zukünftigen Ausgestaltung der Gasbinnenmarkt-Richtlinie vor. Diese beinhalten Vorschläge zur zukünftigen europäischen regulatorischen Rahmensetzung für Wasserstoffnetze, die nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in nationales Recht überführt werden sollen.

Förderregime Wärmesektor

Noch vor den Bundestagswahlen hat die große Koalition die Bundesförderung für Gebäude (BEG) um 5,7 Mrd. € aufgestockt. Damit stellt der Bund 2022 insgesamt über 11 Mrd. € für energetische Maßnahmen zur Umsetzung der Wärmewende zur Verfügung und unterstreicht somit im Rahmen seiner Klimaschutzpolitik den hohen Stellenwert des Gebäudesektors. Zudem wurde von der alten Bundesregierung angekündigt, dass ab 2023 für ausschließlich fossil betriebene Heizungen keine Fördermittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollen. Stattdessen schlägt das neue Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in der Eröffnungsbilanz der Behörde vor, die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze nach der beihilferechtlichen Genehmigung umgehend in Kraft zu setzen.

Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

Im November 2021 hat die neue Bundesregierung ihren Koalitionsvertrag vorgestellt. Zur Beschleunigung der Energiewende haben die Koalitionspartner SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, angekündigt, das Klimaschutzgesetz bereits 2022 weiterzuentwickeln und zügig Maßnahmen mit einem Klimaschutzsofortprogramm festzusetzen. Im energie- und klimapolitischen Teil, der keine Technologieverbote enthält, ist der Vertrag vor allem eine zielorientierte Vereinbarung. Die Koalitionäre haben sich beispielsweise darauf geeinigt, idealerweise bis 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen und die dadurch entstehende Versorgungslücke mit einem signifikanten Ausbau von Wind- und Photovoltaik-Strom sowie hohen Investitionen in neue Gaskraftwerke zu schließen. Unterstrichen wird ebenfalls die Bedeutung von Wasserstoff für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende.

Ambitionierte Klimaschutzziele wurden auch für den Wärmesektor definiert. Demnach sollen ab 2025 neue Heizungen zu 65 % regenerativ betrieben werden und bis 2030 sämtliche Gebäude zu 50 % mit erneuerbaren Energien beheizt werden. Dafür wird u. a. eine flächendeckende kommunale Wärmeplanung vorgesehen.

2.2.3 BERLINER ENERGIEPOLITIK

Novellierung Berliner Energiewendegesetz, Solargesetz Berlin und Entwicklung einer Wärmestrategie

Als eine ihrer letzten Amtshandlungen hat die alte Landesregierung im August 2021 noch die Novelle des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes (EWG Berlin) verabschiedet und damit die klimapolitischen Ziele erneut verschärft. Klimaneutralität soll nun auch auf Landesebene bis 2045 erreicht werden. Zur Erreichung der Ziele ist z. B. für alle öffentlichen Gebäude eine Solar- und Ökostrompflicht geplant. Und mit dem Solargesetz, das Anfang 2023 in Kraft treten soll, ist auch ein gesetzlich vorgegebener, allgemeiner Photovoltaik-Anteil von 25 % am Stromverbrauch bis 2050 vorgesehen. Eine Schlüsselrolle in der Berliner Klimapolitik nimmt außerdem der Wärmemarkt ein. Dies wird in der Ende 2021 fertiggestellten Wärmemarktstrategie unterstrichen. Neben einer Wärmenetzregulierung wird darin vorgeschlagen, ein Verbrennungsverbot von Öl und Erdgas prüfen zu lassen.

Berliner Koalitionsvertrag

Im Rahmen des Koalitionsvertrages der neuen Landesregierung, bestehend aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und die Partei Die Linke, wurden die verankerten Klimaschutz- und Photovoltaik-Ausbauziele aus dem EWG Berlin und dem Solargesetz bestätigt. Außerdem sollen in einem avisierten Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz, Aspekte aus der Wärmemarktstrategie einfließen, wie z. B. die Vorgabe beim Heizungsaustausch ausschließlich auf klimaneutrale Systeme umzusteigen. Ferner soll bis 2023 in einer Machbarkeitsstudie geprüft werden, inwiefern ein planbarer und sozialverträglicher Ersatz für Erdgas in der Energieversorgung zu erreichen ist.

2.3 GESCHÄFTSVERLAUF

Der **Gasabsatz** der Gruppe gegenüber Endkunden und Weiterverteilern liegt mit 21.384,9 Mio.kWh um 15,5 % unter dem Absatz des Vorjahres und ist im Wesentlichen auf den um 49,1 % gesunkenen Geschäftsumfang bei den Weiterverteilern zurückzuführen, die geschäftsstrategisch gewollt war. Der Gasabsatz an Endkunden stieg gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Witterungsverhältnisse um 4,3 %. Die Jahresmitteltemperatur 2021 lag mit 10,0°C für Berlin um 1,7°C unter der des Vorjahres (11,7°C) und um 0,3°C unterhalb des Normjahres (10,3°C). Die Heizgradwerte sind im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 % gestiegen und liegen 2,2 % über denen des Normjahres. Die Jahresmitteltemperatur und die Entwicklung der Heizgradwerte für Brandenburg lagen wie im Vorjahr auf einem mit Berlin vergleichbarem Niveau.

Im Geschäftsjahr 2021 verringerte sich der **Stromabsatz** gegenüber dem Vorjahr von 1.861,9 Mio.kWh auf 1.490,2 Mio.kWh. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem geringeren Handelsvolumen und kundenspezifisch geringeren Verbräuchen im Endkundensegment.

Die Transportmengen im Gasnetz – **Gastransport** – liegen mit 49.546,0 Mio.kWh moderat über dem Niveau des Vorjahres (Vj. 43.730,1 Mio.kWh, +13,3 %). Die Transportmengen sind vor allem temperaturbedingt sowohl im Endkundenbereich um 4.603,6 Mio.kWh als auch bei erdgasbetriebenen Heizkraftwerken um 1.212,4 Mio.kWh deutlich angestiegen.

Gegenüber dem Geschäftsjahr 2020 wurde der **Wärmeabsatz** in 2021 um 79,3 Mio.kWh auf 529,8 Mio.kWh erhöht.

Mit der im Konzern erzeugten **Strommenge aus Contracting-Anlagen** konnten 60,6 Mio.kWh generiert werden. Das Vorjahresniveau lag mit 56,5 Mio.kWh leicht darunter.

Die von der GASAG-Gruppe in Berlin und Brandenburg betriebenen **Photovoltaik-Anlagen** mit einer installierten Leistung von 45,8 MWp (Vj. 41,7 MWp) haben eine Strommenge von 43,3 Mio.kWh (Vj. 43,1 Mio.kWh) erzeugt.

Bei einer installierten Gesamtleistung der drei **Windkraftanlagen** von 7,5 MW liegt die Stromerzeugung im Geschäftsjahr bei 15,9 Mio.kWh (Vj. 20,2 Mio.kWh).

Die Transportmengen im Stromnetz – **Stromtransport** – Forst haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,7 % auf 52,6 Mio.kWh erhöht.

Stilllegung Berliner Erdgasspeicher

Der Abschlussbetriebsplan der Berliner Erdgasspeicher GmbH (nachfolgend BES) und die daraus erwartete Stilllegungsgenehmigung durch das zuständige Bergamt wird im vierten Quartal des Geschäftsjahres 2022 erwartet. Die Zulassung von Verfüllungen erfolgt bis dahin unter dem aktuell gültigen Hauptbetriebsplan und die der Einzelbetriebspläne für die Verfüllungen erfolgt nur, sofern diese Bohrungen für eine Überwachung oder Gasförderung im Zuge der weiteren Stilllegung ohne Bedeutung sind und nach Verfüllung eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit dauerhaft ausgeschlossen ist. Die Nachsorge- und Rückbauaktivitäten verlaufen planmäßig.

Es werden Aktivitäten für die mögliche Folgenutzung des Speichers vorangetrieben. Die BES verfolgte ursprünglich zwei Initiativen, einerseits bestehend aus einem CO₂-neutralen intelligenten Quartierskonzept mit einer geothermalen Wärmeversorgung und -speicherung sowie andererseits der untertägigen Methanisierung im Aquiferspeicher. Eine Umsetzung der untertägigen Methanisierung ist jedoch technisch und wirtschaftlich nicht erkennbar. Das Projekt wird daher zum 31. März 2022 abgeschlossen.

2.4 KONZERN-BETEILIGUNGSSTRUKTUR

Per Gesellschafterbeschluss vom 17. Juni 2021 wurde die DSE Direkt-Service Energie GmbH in „GASAG next GmbH“, Berlin umfirmiert. Die Gesellschaft vertreibt neue Energieprodukte, vornehmlich Photovoltaik-Anlagen. Die GASAG hält 100 % der Anteile an der Gesellschaft.

Die GASAG Solution hat ihren Anteil an der Geo-En Energy Technologies GmbH, Berlin, von 96 % auf 100 % der Geschäftsanteile aufgestockt.

Bei der EMB wurden die Beteiligungen an der GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG und an der GreenGas Verwaltungs GmbH verkauft.

2.5 RECHTLICHE SACHVERHALTE

Konzessionsvergabeverfahren

Der Rechtsstreit um die Neuvergabe der Berliner Gasnetzkonzeption wurde mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. März 2021 für GASAG und NBB erfolgreich beendet. Der Bundesgerichtshof verurteilte das Land Berlin, die Gasnetzkonzeption an die NBB zu vergeben. Der Gasnetzkonzeptionsvertrag zwischen dem Land Berlin und der NBB ist mit Verkündung des Urteils gemäß § 894 ZPO zustande gekommen. Entsprechend erklärte die Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin das mit dem modifizierten zweiten Verfahrensbrief vom 7. Mai 2020 zurückversetzte Konzessionsvergabeverfahren für gegenstandslos. Das hierzu geführte einstweilige Verfügungsverfahren wurde für erledigt erklärt.

Der Gaskonzessionsvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024. Dieser verlängert sich höchstens zweimal um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht das Land Berlin spätestens 25 Monate vor Ablauf von zehn bzw. fünfzehn Jahren schriftlich zum Monatsende der Verlängerung des Vertrages widerspricht. Einer Verlängerung über den 31. Dezember 2024 hinaus kann bis zum 30. November 2022 widersprochen werden.

Konsortialvertrag

Der Konsortialvertrag zwischen den GASAG-Aktionären Vattenfall GmbH und ENGIE Beteiligungs GmbH wurde seit dem 1. Januar 2021 umgesetzt. Es wurde infolgedessen für das Geschäftsjahr 2021 ein Bericht des Vorstands über die Beziehungen der GASAG zu den verbundenen Unternehmen gemäß § 312 AktG (Abhängigkeitsbericht) erstellt.

2.5.1 ERKLÄRUNG ZUR UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Im Rahmen des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat der Aufsichtsrat der GASAG im Juni 2015 für sich und den Vorstand Zielquoten festgelegt. Der Vorstand der GASAG hat für die beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes ebenfalls Zielgrößen definiert.

ZIELQUOTEN IN %	30.06.2017	30.06.2022
Aufsichtsrat	> 14	> 30
Vorstand	> 30	> 30
Erste Führungsebene unterhalb des Vorstands	> 10	> 30
Zweite Führungsebene unterhalb des Vorstands	> 20	> 30

Die Frauenquote im Aufsichtsrat ist zum 31. Dezember 2021 auf 28,6 % gestiegen.

Zum 1. April 2021 hat Herr Georg Friedrichs den Vorstandsvorsitz übernommen. Die weitere Besetzung der Vorstandspositionen ist unverändert geblieben. Durch die männliche Besetzung im Vorstand konnte die vom Aufsichtsrat angestrebte Zielquote auf dieser Ebene nicht erreicht werden.

Auf der ersten Führungsebene der GASAG wurde mit einem Frauenanteil von 40 % das Ziel deutlich erreicht; auf der zweiten Führungsebene sind Frauen mit einem Anteil von 25 % vertreten, womit auch diese Führungsebene im definierten Zielbereich zum Stichtag liegt.

3 ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wurde in der GASAG-Gruppe bereits im Geschäftsjahr 2020 ein Ad-hoc-Reporting installiert, welches wesentliche Corona-Effekte im Vergleich zur Prognose darstellt. Im Geschäftsjahr 2021 ergeben sich nur geringfügige wirtschaftliche Auswirkungen; diese betreffen im Wesentlichen Mengenminderungen und verschiedene Projektverzögerungen im Bauablauf von Contracting-Projekten.

3.1 ERTRAGSLAGE

Die in Kapitel 3.2.1 dargestellte Ertragslage bezieht sich ausschließlich auf die fortgeführten Tätigkeiten. Die nicht fortgeführten Tätigkeiten betreffen die im Nachsorgebetrieb und Rückbau befindlichen Anlagen des Erdgasspeichers.

Der Restrukturierungsaufwand im Zusammenhang mit dem im Geschäftsjahr ausgelaufenen Transformationsprogramm „GASAG 2025“ beinhaltet im Wesentlichen Aufwendungen für Personalinstrumente, Aufwendungen für Beratung und IT-Kosten und wird in den Positionen Personalaufwand sowie sonstige betriebliche Aufwendungen im nachfolgenden Kapitel beschrieben.

3.1.1 ERTRAGSLAGE AUS FORTGEFÜHRTEN TÄTIGKEITEN

Die **Umsatzerlöse** sind gegenüber dem Vorjahr um 133,5 Mio. € auf 1.356,6 Mio. € (Vj. 1.223,1 Mio. €) gestiegen. Auf Erdgas- und Wärmelieferungen entfällt mit 876,3 Mio. € (Vj. 761,5 Mio. €) ein Anteil von 64,6 % (Vj. 62,3 %). Hierbei wirken im Wesentlichen die Weitergabe von gestiegenen Kostenbestandteilen (CO₂-Abgabe) sowie höhere Verbräuche aufgrund der vergleichsweise kühleren Witterung gegenüber dem Vorjahr umsatzsteigernd. Auf Stromlieferungen entfällt mit 246,1 Mio. € (Vj. 270,1 Mio. €) ein Anteil von 18,1 % (Vj. 22,1 %). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus periodenfremden Umsatzerlösen aufgrund von geringeren Kundenverbräuchen gegenüber der Vorjahresschätzung.

Die **Sonstigen betrieblichen Erträge** einschließlich der **Bestandsveränderungen** in Höhe von 51,0 Mio. € (Vj. 53,9 Mio. €) verringerten sich um –2,9 Mio. € (–5,4 %).

Der **Materialaufwand** erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 67,7 Mio. € auf 935,3 Mio. € (Vj. 867,6 Mio. €). Auf Erdgas entfällt mit 578,4 Mio. € (Vj. 469,0 Mio. €) ein Anteil von 60,0 % (Vj. 54,1 %). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Bilanzierung der CO₂-Abgabe sowie den im zweiten Halbjahr deutlich gestiegenen Energiebezugskosten. Auf Strom entfällt mit 129,8 Mio. € (Vj. 150,7 Mio. €) ein Anteil von 13,9 % (Vj. 17,4 %). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf eine geringere EEG-Umlage zurückzuführen.

Der **Personalaufwand** verblieb im Vergleich zum Vorjahr auf annähernd gleichem Niveau und verringerte sich um 0,7 Mio. € auf 124,0 Mio. € (–0,6 %). Dem Abbau der Mitarbeiterzahlen stehen Tarifierhöhungen im Geschäftsjahr sowie diverse Personalmaßnahmen gegenüber. Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl (ohne Mitarbeiter in der passiven Phase der Altersteilzeit) sank auf 1.619 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj. 1.658 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).

Die **Abschreibungen** erhöhten sich von 96,1 Mio. € um 4,3 Mio. € auf 100,4 Mio. € (4,5 %). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf außerplanmäßige Abschreibungen einer Photovoltaik-Anlage in Berlin-Mariendorf aufgrund eines vorzeitig geplanten Anlagenrückbaus zurückzuführen. Bis zum Rückbau bleibt die Anlage in Betrieb.

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr (Vj. 112,7 Mio. €) um 0,3 Mio. € auf 113,0 Mio. € (0,3 %).

Das **Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)** beträgt 135,1 Mio. € (Vj. 75,7 Mio. €). Die Veränderung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf positive witterungsbedingte Einflüsse von +26,1 Mio. € (Vj. –19,5 Mio. €), um 11,2 Mio. € höhere Umsatzerlöse aus Netzentgelten ohne witterungsbedingte Einflüsse sowie geringere Restrukturierungsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr von 5,3 Mio. € (Vj. 8,1 Mio. €). Bereinigt um witterungsbedingte Einflüsse, Restrukturierungsaufwand und sonstige Einmaleffekte liegt das EBIT auf dem Niveau des Vorjahres.

Die **Finanzierungsaufwendungen** verringerten sich um 2,9 Mio. € auf 15,9 Mio. € (Vj. 18,8 Mio. €).

Das **Sonstige Finanzergebnis** verbesserte sich deutlich um 6,3 Mio. € auf 5,7 Mio. € (Vj. –0,6 Mio. €). Die Veränderung im sonstigen Finanzergebnis ist im Wesentlichen auf die Fair value Bewertung einer Beteiligung zurückzuführen.

Das **Beteiligungsergebnis** erhöhte sich im Geschäftsjahr auf 2,9 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €). Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf der Bewertung von assoziierten Unternehmen.

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 17,6 Mio. € auf 36,5 Mio. € (Vj. 18,9 Mio. €).

Für das Geschäftsjahr 2021 ergibt sich ein Ergebnis aus **fortgeführten Tätigkeiten** in Höhe von 91,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 38,2 Mio. €.

Damit ergibt sich für 2021 unter Einbeziehung des Ergebnisses aus nicht fortgeführten Tätigkeiten ein **Jahresüberschuss** von 91,6 Mio. € (Vj. 38,8 Mio. €).

3.1.2 ERTRAGSLAGE AUS NICHT FORTGEFÜHRTEN TÄTIGKEITEN

Auf der Grundlage der Anwendung des IFRS 5 ergab sich zum 31.12.2021 ein Ergebnis aus **nicht fortgeführten Tätigkeiten** in Höhe von 0,4 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €). Wir verweisen auf Kapitel 6, Textziffer „(10) Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten“ des Konzernanhangs.

3.2 FINANZLAGE

3.2.1 KAPITALSTRUKTUR

Der Finanzierungsbedarf der GASAG-Gruppe wird aus dem operativen Cashflow, durch kurz- und langfristige Bankkredite sowie Schuldscheindarlehen und Leasingverträge gedeckt. Dabei orientieren sich Art und Umfang der Finanzierung an den geplanten Investitionen und am operativen Geschäft des Konzerns.

Die Kredit- und Avallinien unserer Gruppe werden von insgesamt 8 Banken, teilweise ohne Laufzeitbegrenzung, bereitgestellt. Schriftlich zugesagte Kredit- und Avallinien standen zum Bilanzstichtag in Höhe von 149,2 Mio. € zur Verfügung. Die Auslastung erfolgte zum Bilanzstichtag im Wesentlichen durch Avale und betrug 43,5 Mio. €. Darüber hinaus stehen weitere mündlich zugesagte nicht genutzte Kreditlinien zur Verfügung.

Langfristiger Refinanzierungsbedarf resultiert im Wesentlichen aus Netzinvestitionen und Projekten in erneuerbare Energien sowie aufgrund von Investitionen in der GE GS. Die Refinanzierung erfolgt langfristig. Die in den finanziellen Schulden enthaltenen Finanzierungen des Konzerns sind auf 42 Banken und sonstige Finanzpartner diversifiziert.

3.2.2 LIQUIDITÄT

Zur Ermittlung des Liquiditätsbedarfs nutzen die Gesellschaften der GASAG-Gruppe rollierende 12-Monats-Liquiditätsplanungen. Für die Liquiditätsplanung wird ein gruppenweit einheitliches System eingesetzt, das die Durchführung des Liquiditätsmanagements unterstützt und das Monitoring der Liquiditätsentwicklung im Konzern sicherstellt. Die Gesellschaften der GASAG-Gruppe waren jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

3.2.3 KAPITALFLUSSRECHNUNG

IN MIO. €	2021	2020
Periodenergebnis vor Ertragsteuern aus fortzuführenden Tätigkeiten	127,7	57,1
Periodenergebnis vor Ertragsteuern aus nicht fortgeführten Tätigkeiten	0,5	0,9
Gezahlte Ertragsteuern	–11,2	–2,0
Veränderung Working Capital	–117,5	10,3
Veränderung Übrige Posten	165,6	96,9
Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	165,1	163,2
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	–116,8	–147,4
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	–50,5	–14,6
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6,0	8,2

Der **Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit** der GASAG-Gruppe liegt mit 165,1 Mio. € auf dem Vorjahresniveau (Vj. 163,2 Mio. €).

Im **Cashflow aus der Investitionstätigkeit** in Höhe von -116,8 Mio. € (Vj. -147,4 Mio. €) sind im Wesentlichen die Auszahlungen für Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen an Gasverteilungsanlagen enthalten.

Der **Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit** in Höhe von -50,5 Mio. € (Vj. -14,6 Mio. €) umfasst maßgeblich Auszahlungen für Ausschüttungen in Höhe von 35,0 Mio. € (Vj. 52,2 Mio. €) und Darlehenstilgungen in Höhe von 84,6 Mio. € (Vj. 213,6 Mio. €) sowie Einzahlungen aus Darlehensaufnahmen in Höhe von 80,3 Mio. € (Vj. 264,2 Mio. €).

Der **Finanzmittelfonds** setzt sich zusammen aus Kassenbeständen und Guthaben bei Kreditinstituten.

3.2.4 NETTOFINANZPOSITION

Die Nettofinanzposition ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln vermindert um finanzielle Schulden, Leasingverbindlichkeiten und Saldo aus positiven und negativen Marktwerten von Derivaten.

IN MIO. €	2021	2020
Liquide Mittel	6,1	8,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-568,4	-573,6
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr</i>	-213,6	-89,6
<i>davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr</i>	-354,8	-484,0
Sonstige finanzielle Schulden	-92,3	-91,5
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr</i>	-0,4	-1,5
<i>davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr</i>	-91,9	-90,0
Leasingverbindlichkeiten	-102,8	-77,1
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr</i>	-9,9	-9,8
<i>davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr</i>	-92,9	-67,3
Derivate	271,7	-1,5
Nettofinanzposition	-485,7	-735,5

Die Verbesserung der Nettofinanzposition ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Marktwerte der Commodity-Derivate und die Veränderung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund von planmäßigen Tilgungen und Neuaufnahmen zurückzuführen. Der Anstieg der Leasingverbindlichkeiten resultiert vorwiegend aus der Bilanzierung des neuen Mietvertrages der NBB auf dem EUREF-Campus. Des Weiteren ergaben sich im Geschäftsjahr 2021 im Rahmen von energiebezogenen Börsengeschäften Liquiditätszuflüsse aus Marginanforderungen. Die Nettofinanzposition lag bereinigt um Derivate und Leasingverbindlichkeiten auf Vorjahresniveau.

3.3 VERMÖGENSLAGE

Die **langfristigen Vermögenswerte** (ohne latente Steuern) erhöhten sich um 110,1 Mio. € auf 1.996,8 Mio. € (Vj. 1.886,8 Mio. €).

Die **Immateriellen Vermögenswerte** verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um -2,1 Mio. € auf 185,8 Mio. € (Vj. 187,9 Mio. €).

Die Investitionen in das **Sachanlagevermögen** der GASAG-Gruppe reduzierten sich um 6,2 Mio. € auf 125,0 Mio. €. Diese entfallen im Wesentlichen mit einem Betrag von 93,2 Mio. € auf Maßnahmen in die Gasnetzverteilungsanlagen.

In der Bilanzposition **Nutzungsrechte** werden Leasing-Nutzungsrechte gemäß IFRS 16 ausgewiesen. Vorrangig betrifft es Mietverträge von Konzerngesellschaften für Bürogebäude am neuen Standort auf den EUREF-Campus. Bei der Bewertung wurden die Abmietungsoptionen und Untervermietungsverträge berücksichtigt.

Die **Vorräte** sind um 63,4 Mio. € auf 74,4 Mio. € gestiegen. Der Anstieg beruht vor allem auf der erstmaligen Anschaffung von CO₂-Zertifikaten im Rahmen des nationalen Emissionshandels.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Forderungen** sind im Geschäftsjahr um 114,5 Mio. € auf 324,7 Mio. € gestiegen. Die Forderungen aus Gaslieferungen liegen mit 146,8 Mio. € um 78,7 Mio. € über denen des Vorjahres.

Das **Eigenkapital** ist mit 976,6 Mio. € deutlich gestiegen (Vj. 681,7 Mio. €). Bei gleichzeitig um 544,7 Mio. € gestiegener Bilanzsumme erhöhte sich das Verhältnis des Eigenkapitals zur Bilanzsumme der GASAG-Gruppe auf 36,3 % (Vj. 31,8 %). Der deutliche Anstieg um 239,0 Mio. € steht im Zusammenhang mit positiven Marktwerten aus Termingeschäften im Zuge von Absicherungsstrategien. Wir verweisen auf Kapitel 6, Textziffer „(11) Ergebnisneutrale Bestandteile der Gesamtergebnisrechnung“ des Konzernanhangs.

Die **immateriellen Vermögenswerte und Sachanlagen** sind mit 54,7 % (Vj. 39,0 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Die Verringerung der **langfristigen Schulden** (ohne latente Steuern) um -119,8 Mio. € auf 898,9 Mio. € resultiert vorwiegend aus der Veränderung der finanziellen Schulden gegenüber Kreditinstituten aufgrund von Fälligkeiten im Geschäftsjahr 2022.

Die **kurzfristigen Schulden** liegen mit 637,6 Mio. € um 261,4 Mio. € über dem Vorjahr (Vj. 376,2 Mio. €). Die Änderung beruht im Wesentlichen auf in 2022 fälligen bilateralen Darlehen sowie höheren Verbindlichkeiten aus Gaslieferungen.

3.3.1 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur wirtschaftlichen Lage

Der Temperaturverlauf in den Hauptabsatzgebieten Berlin und Brandenburg lag im Geschäftsjahr 2021 leicht unter dem eines Normaljahres.

Die Umsatzerlöse, in denen temperaturbedingte Mehrumsätze im Gasvertrieb und Netzgeschäft wirken, liegen durch gegenläufige Effekte im Kundenbestand und im Verbraucherverhalten insgesamt auf dem Niveau unserer Erwartungen. Das EBIT und folgend auch das Ergebnis der fortgeführten Tätigkeiten hat unsere Planung leicht übertroffen. Die temperaturbedingten Umsatzerhöhungen im Gasvertrieb und im Netzgeschäft bewirkten Ergebniszuwächse. Bereinigt um die positiven Ergebniseffekte aus der Witterungsentwicklung liegt das Ergebnis leicht unter dem erwarteten Niveau. Das Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten liegt im Rahmen unserer Prognoseerwartung.

Die fälligen finanziellen Verpflichtungen des Geschäftsjahres 2021 waren durch die zur Verfügung stehende Liquidität, die Finanzanlagen und die bestehenden Kreditlinien jederzeit gedeckt.

3.4 FINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Steuerungskennzahlen

Die wesentliche Steuerungskennzahl der GASAG-Gruppe ist das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT). Für die GASAG-Gruppe bildet zusätzlich zum EBIT der Return on Capital Employed (ROCE) eine relevante Steuerungskennzahl. Der ROCE spiegelt das Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses zum durchschnittlich gebundenen betrieblichen Vermögen (Capital Employed) wider. Das betriebliche Ergebnis beinhaltet das EBIT ohne Berücksichtigung des Restrukturierungsaufwands zuzüglich der Beteiligungserträge. Im Geschäftsjahr 2021 beträgt der unbereinigte ROCE 9,2 % (Vj. 5,7 %). Unsere Erwartung an den ROCE aus fortgeführten Tätigkeiten war größer als 8 % und wurde aufgrund der positiven Ergebniseffekte aus der Witterungsentwicklung überschritten. Bereinigt um die positiven Ergebniseffekte aus der Witterungsentwicklung beläuft sich der ROCE auf ca. 7,7 % und liegt damit leicht unter unseren Erwartungen.

Regelmäßig werden die Geschäftseinheiten und Einzelgesellschaften im Hinblick auf das Jahresergebnis prognostiziert und die Entwicklungen der wesentlichen Steuerungskennzahlen aus den Perspektiven der Einzelgesellschaften, der Geschäftseinheiten sowie der GASAG-Gruppe transparent gemacht. Das Management wird damit in die Lage versetzt, Abweichungen von den Zielvorgaben unterjährig zu erkennen, Auswirkungen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage zu bewerten und entsprechend gegensteuernde Maßnahmen rechtzeitig zu ergreifen und nachzuerfolgen. In die Bewertung werden Chancen und Risiken mit einbezogen.

3.5 NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die Unternehmens- und Führungskultur wird regelmäßig weiterentwickelt und durch ein Monitoring im Rahmen von Mitarbeiterbefragungen überprüft. Zu den Messgrößen zählen hierbei Wertschätzung, Wirksamkeit und Orientierung sowie strategische und kulturelle Fragestellungen. Als Ziele wurden u. a. ein Zustimmungsgrad der Beschäftigten zu den abgefragten Werten von 80 % und eine Beteiligungsquote an den Umfragen von 67 % definiert. Entsprechende Aktivitäten wurden abgeleitet und haben z. B. Eingang in die Zielvereinbarungen gefunden.

Zudem wurde das zeitlich und örtlich flexible Arbeiten in der GASAG-Gruppe noch stärker ermöglicht, um betriebliche Erfordernisse, individuelle Zeitsouveränität sowie ortsunabhängiges Arbeiten bestmöglich in Einklang zu bringen.

Aufgrund unseres Engagements als Arbeitgeber wurde die GASAG-Gruppe mehrfach ausgezeichnet: Statista und Capital haben die GASAG als einen der attraktivsten Arbeitgeber von Berlin ausgewählt. Auch das F.A.Z.-Institut hat die GASAG zu einem der begehrtesten Arbeitgeber in 2021 gekürt sowie die GASAG Solution im Bereich Contracting. Die GASAG Solution wurde zudem von FOCUS Money im Hinblick auf Top-Karrierechancen ausgezeichnet. Im Landeswettbewerb „Unternehmen für Familie. Berlin 2021“ ist die GASAG-Gruppe in der Kategorie „Über 250 Beschäftigte“ zur Preisträgerin aufgrund ihrer Familienfreundlichkeit gewählt worden.

Kundenmanagement und Kundenservice

Die GASAG ist bestrebt, mit einem hervorragenden Service erfolgreiche und langfristige Kundenbeziehungen zu etablieren. Ziel unseres Handels ist daher stets, die Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden mit unseren Produkten und Services sicherzustellen und zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, überprüfen wir unser Serviceangebot intern kontinuierlich, systematisch und mit unterschiedlichen Instrumenten.

Das Kundenmanagement fasst dabei alle Aufgaben rund um den ganzheitlichen Kundenprozess zusammen. Dies betrifft sowohl Tätigkeiten im strategischen Kundenmanagement als auch im Kundenservice.

Bei den Kunden werden regelmäßig qualitative und quantitative Kennzahlen im operativen Kundenservice und Kundenmanagement abgefragt. Im Kundenservice messen wir z. B. unsere Erreichbarkeit im Kundenservice, Bearbeitungszeiten, Anzahl an Kundenkontakten, Anzahl der Beschwerden, Fehlerquoten und die Kundenzufriedenheit der Bearbeitung.

Im Kundenmanagement betrachten wir die Anzahl der Kundenabgänge (churn), Kundenzuwachs, Dauer der Kundenbeziehung und Kundenwert sowie die regionale Zuordnung.

Unser Leistungsangebot als regionaler Versorger lassen wir auch extern prüfen und bestätigen. In 2021 erhielten wir hierdurch erneut das TOP-Lokalversorger-Siegel des Energieverbraucherportals.

Beschwerdemanagement

Beschwerden sind eine relevante Quelle für Optimierungen und geben Informationen über die Bedürfnisse unserer Kunden. Zentrale Themen des gruppenweiten Beschwerdemanagements im Geschäftsjahr 2021 waren Optimierungen und Effizienzsteigerungen. So wurde erstmals ein Report erstellt, der Auswertungen nach Geschäfts- und Legaleinheiten ermöglicht und die Maßnahmenableitung weiter unterstützt. Analyseergebnisse werden quartalsweise durch die Beschwerdemanager und Beschwerdemanagerinnen an den Gesamtvorstand, an die Leiter der Geschäftseinheiten und Supportfunktionen sowie die Geschäftsführungen der GASAG-Gruppe kommuniziert.

Dabei werden z. B. die Entwicklung der Beschwerdeanzahl, die durchschnittliche Bearbeitungszeit, Beschwerdegründe sowie Anteile und Quoten subjektiver/objektiver Beschwerden ausgewertet und geeignete Optimierungsmaßnahmen abgeleitet. Der Beschwerdeverantwortliche ist für das Controlling und Reporting innerhalb einer Geschäftseinheit bzw. Organisationseinheit zuständig.

4 CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die ständig wiederkehrende Identifikation, Bewertung, Überwachung und Dokumentation von Chancen und Risiken gehört ebenso zu den Aufgaben unserer Führungskräfte und Mitarbeiter wie die operative Steuerung mit Hilfe geeigneter Maßnahmen. Die Prozessverantwortung liegt beim Risikomanagement, welches direkt an den Vorstand berichtet.

Unsere Einschätzung beruht dabei im Wesentlichen auf einer Planabweichung, wobei wir bei der Einstufung zwischen operativen und strategische Chancen und Risiken unterscheiden. Zusätzlich betrachten wir Imagewirkung und Zahlungswirksamkeit. Die Angabe der Eintrittswahrscheinlichkeiten lässt sich wie folgt unterteilen: sehr geringe, geringe, mittlere, hohe und sehr hohe Eintrittswahrscheinlichkeit.

Das Chancen- bzw. Risikopotenzial bezogen auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG-Gruppe drücken wir wie folgt aus:

EINSTUFUNG DES CHANCEN- UND RISIKOPOTENZIALS	BESCHREIBUNG DER WERTGRENZEN
Geringes	Unwesentliche Verbesserung/Verschlechterung
Spürbares	Moderate Verbesserung/Verschlechterung
Mittleres	Beträchtliche positive/negative Auswirkung
Hohes	Hohe und potenziell dauerhafte Verbesserung/Verschlechterung
Sehr hohes	Wesentliche und voraussichtlich dauerhafte Verbesserung/Verschlechterung

Unsere Chancen und Risiken unterscheiden wir weiterhin in einen kurz- und langfristigen Wirkungshorizont, wobei die kurzfristige Betrachtung das nächste Geschäftsjahr betrifft. Die langfristige Betrachtung kann über den Planungszeitraum hinausgehen.

Es bestehen für die GASAG-Gruppe im Wesentlichen folgende Chancen und Risiken.

4.1 ÜBERGEORDNETE CHANCEN UND RISIKEN

Aktuell sehen wir uns mit erheblichen geopolitischen Risiken, insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine, konfrontiert, die den Gasmarkt in Deutschland und Europa maßgeblich beeinflussen und beeinträchtigen können. Seit Kriegsbeginn hat sich die bereits sehr angespannte Preissituation an den Großhandelsmärkten weiter verschärft und auf weiter in der Zukunft liegende Lieferzeiträume ausgedehnt. Daraus resultieren gestiegene Adressenausfallrisiken bei unseren Vorlieferanten aufgrund gestiegener Marktwerte und weitere Ausfälle von Wettbewerbern, deren Kunden dann von Unternehmen der GASAG-Gruppe beliefert werden müssten. Dafür kann keine Vorsorge in Form von Terminabsicherungsgeschäften getroffen werden, weil Zeitpunkt und Umfang nicht im Vorfeld bekannt sind. Die bereits verhängten Sanktionen erhöhen das Risiko von Lieferunterbrechungen oder sogar -einstellung. Bei einem vollständigen Ausbleiben der Lieferungen aus Russland könnte die Versorgung mit Erdgas in Deutschland und einigen anderen europäischen Staaten nicht aufrechterhalten werden. Im Fall einer Gasmangellage sind nicht mehr die Vertriebsunternehmen in der Verantwortung, sondern es erfolgt eine rationierte Verteilung der zur Verfügung stehenden Gasmengen durch die regulierten Netzbetreiber auf Basis behördlicher Vorgaben. Der Krieg gegen die Ukraine beinhaltet Cyberangriffe, die sich gezielt gegen wichtige Infrastrukturen der Ukraine richten. Grundsätzlich besteht ein erhöhtes Risiko, dass sich vergleichbare Angriffe auch gegen Länder wie Deutschland richten, die der Ukraine Unterstützung anbieten. Davon könnte auch die GASAG betroffen sein.

Das Geschäft der GASAG-Gruppe ist in erheblichem Umfang temperaturabhängig.

Die seit dem 1. Januar 2021 geltende CO₂-Abgabe stellt insbesondere aufgrund des jährlichen Anstiegs auch in 2022 ein relevantes Risiko für die langfristige Geschäftsentwicklung in Bezug auf Erdgas dar.

Aufgrund der sich aus unserer Sicht abzeichnenden Risiken für die Branche der etablierten Wärmeversorgung haben wir das Strategiprojekt „Zukunft G“ mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2040 durchgeführt. Die Umsetzung der ersten Schritte und Handlungsinitiativen sind bereits gestartet.

In Abhängigkeit der weiteren Entwicklung der Corona-Pandemie erwarten wir geringe Risiken für den Geschäftsverlauf in 2022.

Geschäftseinheiten PuG und GS

Die Gas- und Strommärkte sind durch einen intensivierten Wettbewerb gekennzeichnet, der zu weiterem Preisdruck oder zu Kundenverlusten führen und unsere Vertriebsmargen schmälern kann. In einem solchen Marktumfeld sehen wir für die GASAG-Gruppe durch unsere gezielte Ausrichtung am Kundeninteresse und eine ständige Erweiterung sowie emissionsärmere Ausgestaltung unseres Produktportfolios, kombiniert mit einem attraktiven Preissystem im Gas-zu-Gas-Wettbewerb und im Wettbewerb mit anderen Energieträgern, eine Chance. Im Strommarkt konnten wir unsere Position in Berlin und Brandenburg erfolgreich ausbauen. Insgesamt ergeben sich kurzfristig geringe Chancen- beziehungsweise mittlere Risikopotenziale.

In unserer Rolle als Grundversorger sind wir verpflichtet, Kunden zu beliefern, auch wenn diese durch unzulässiges Verhalten anderer Marktteilnehmer kurzfristig den Lieferanten verlieren. Dieser Herausforderung sind wir durch Einführung eines neuen Grund- und Ersatzversorgungstarifes begegnet. Sollte sich dieser wider Erwarten später als unzulässig erweisen, resultiert daraus ein mittleres Risiko mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit. Ein erstes Urteil des Berliner Landgerichtes hat festgestellt, dass es in der Sache nicht ersichtlich ist, dass eine Preisspaltung in der Grundversorgung schlechthin unzulässig sei.

Unsere Geschäftsentwicklung ist naturgemäß witterungsbedingten Absatzschwankungen unterworfen. Das daraus resultierende Mengenrisiko im Gasgeschäft gehört zu den unternehmerischen Risiken, welche die GASAG-Gruppe selbst trägt. Aus einer zu warmen Witterung kann sich in Bezug auf das Schadenspotenzial ein geringes Risiko im kurzfristigen Betrachtungszeitraum mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit ergeben. Aus einer für die GASAG-Gruppe kühler als geplanten Witterung ergibt sich dagegen ein spürbares Chancenpotenzial mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit.

Auch konjunktur- und standortabhängige Absatzverluste sowie sparsameres Verbrauchsverhalten der Kunden, verstärkt durch die CO₂-Bepreisung, wirken sich auf das Vertriebsgeschäft aus.

Demgegenüber sehen wir in unserer Kernregion Berlin und Brandenburg standortspezifische Vorteile, die wir als ganzheitlicher Energiedienstleister nutzen werden. Berlin mit seinem Bestand an Gebäuden und Energieerzeugungsanlagen und positiven Impulsen aus dem Neubau bietet ein hohes Marktpotenzial und eine ideale Ausgangslage für die Platzierung unserer Angebote für Energieerzeugung, -versorgung und energetische Sanierung. Wir werden weiter Energiekonzepte für Quartiere, Gewerbeobjekte und Konversionsflächen entwickeln, ökologisch überzeugende Angebote für die energetische Sanierung öffentlicher und privater Gebäude anbieten und uns als Energiepartner für alle Kundengruppen von Privathaushalten und Produktions- und Gewerbebetrieben über große Wohnungsbaugesellschaften bis hin zur öffentlichen Verwaltung präsentieren. Deutlich erkennen wir das gestiegene Interesse unserer Kunden an umweltfreundlichen und dezentralen Energielösungen sowie dem Einsatz von erneuerbaren Energien. Durch den Fortschritt in Effizienz-, Speicher- und Erzeugungstechnologien werden ganzheitliche Energielösungen, die dezentral und autark Erzeuger und Verbraucher vernetzen, marktfähig. Damit eng verbunden ist die Nachfrage nach effizienten Versorgungskonzepten, für die der Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung zur dezentralen Erzeugung von Wärme und Strom eine wichtige Rolle spielt. Wir sehen darin mittelfristig ein für die GASAG-Gruppe hohes Chancenpotenzial mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit.

Geschäftseinheit Netze

Das Netzgeschäft ist in besonderem Maße durch äußere Faktoren geprägt. Wesentliche Einflussgrößen sind Temperatur, regulatorische Änderungen und Konjunktur. Entsprechend unterliegen die Transportmengen kurzfristig vor allem starken witterungsbedingten Schwankungen. Daraus resultieren für das Netzgeschäft kurzfristig mittlere Chancen beziehungsweise spürbare Risiken mit einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit.

Konzessionsvergabeverfahren

Zur allgemeinen Beschreibung des Konzessionsvergabeverfahrens Berlin verweisen wir auf Kapitel „2.5.1 – Konzessionsverfahren“.

Das bisher maßgebliche Risiko aus dem Gasnetzkonzessionsverfahren Berlin hat sich durch das BGH-Urteil im Jahr 2021 erübrigt. Der Gaskonzessionsvertrag zwischen dem Land Berlin und der NBB ist mit Verkündung des Urteils zustande gekommen und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024. Dieser verlängert sich um weitere fünf Jahre, sofern das Land Berlin der Verlängerung nicht fristgemäß widerspricht. Nach heutigem Wissensstand würde sich die GASAG-Gruppe dann an einem neuen Konzessionsverfahren beteiligen. Wir gehen mit überwiegender Wahrscheinlichkeit davon aus, in einem solchen Fall den Zuschlag für die Konzession in Berlin erneut zu erhalten. Ein Verlust würde langfristig ein sehr hohes Risiko darstellen.

Auch außerhalb des Netzgebiets Berlin stehen wir im Wettbewerb um Konzessionsverträge sowohl bei bestehenden Verträgen als auch um Neuabschlüsse. Dabei bietet sich langfristig ein geringes Chancenpotenzial durch Neuabschlüsse und ein geringes Chancen- und Risikopotenzial durch die Beendigung von bestehenden Konzessionsverträgen.

Speicherstilllegung

Aus der Stilllegung des Berliner Erdgasspeichers ergeben sich Chancen und Risiken, insbesondere aus den Kosten des Rückbaus und der Nachsorge. Unter Berücksichtigung gebildeter Rückstellungen ergeben sich im Verlauf des Stilllegungsverfahrens geringe Risiken und Chancen bei einer mittleren Eintrittswahrscheinlichkeit.

Marktpreisentwicklung

Die Strom- und Gaspreise in Kontinentaleuropa haben einen nie zuvor gesehenen Preisanstieg erfahren. Auch die Volatilität hat deutlich zugenommen. Aus dieser Marktpreisentwicklung im Energiebereich ergibt sich kurzfristig nur ein mittleres Chancen- aber ein hohes Risikopotenzial. Das Potenzial möglicher ergebniswirksamer Schwankungen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Aufgrund der besonderen Preissituation können diese Chancen und Risiken die Effekte aus der temperaturabhängigen Mengentwicklung überkompensieren. Die Risiken begrenzen wir durch einen speziell darauf ausgerichteten Risikomanagementprozess, welcher zahlungswirksame Marktpreisänderungsrisiken durch den Einsatz von Sicherungsgeschäften und durch die adäquate Berücksichtigung bei der Endkundenpreisgestaltung bestmöglich mitigiert. Die Frequenz der Zusammenkünfte des Risikoausschusses unter regelmäßiger Teilnahme der Geschäftsleitung wurde vor dem Hintergrund der gestiegenen Volatilität an den Rohstoffmärkten deutlich erhöht.

Aus der Zinsentwicklung ergibt sich im Finanzbereich kurzfristig ein geringes Chancen- und Risikopotenzial. Wesentliche Bestandteile sind dabei ein konzernweit einheitlicher Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozess sowie eine einheitliche Risikoberichterstattung.

Derivative Finanzinstrumente setzen wir zur Minimierung von Risiken der Grundgeschäfte bzw. geplanter Grundgeschäfte ein. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für derivative Finanzinstrumente erfolgt durch Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von abgeschlossenen Finanzinstrumenten auf Basis der Mark-to-Market-Methode. Die Analyse von Preisänderungsrisiken für noch nicht abgesicherte Zinspositionen erfolgt auf Basis von statistischen Simulationsmodellen.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bestehen bei der Belieferung von Kunden, bei Forderungen aus dem Transportgeschäft, bei der Rohstoffbeschaffung, bei Finanzgeschäften sowie bei Lieferungs- und Dienstleistungsbeziehungen. Zur Steuerung von Adressenausfallrisiken haben wir bei Kunden ein bonitätsorientiertes Forderungsmanagement und bei Banken und Energiehandelspartnern ein konzerneinheitliches Limitsystem mit einem gut diversifizierten Handelspartnerpool etabliert. Zusätzlich haben wir uns einem Review in Bezug auf den Energiebeschaffungs- und -überwachungsprozess mit Fokus auf Kreditrisikomanagement durch die PwC Risikomanagement-Beratung unterzogen, deren Empfehlungen sich in Umsetzung befinden. An geeigneter Stelle setzen wir zur Absicherung Kreditversicherungen ein. Bezogen auf Adressenausfallrisiken sehen wir insbesondere aufgrund der sehr stark gestiegenen Rohstoffpreise kurzfristig ein sehr hohes Risiko mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit.

Governance und Compliance

Dem Bereich der Informationssicherheit wird als Konsequenz aus der stetig steigenden Bedrohungslage durch Cyber-Angriffe in Form von gruppenweiten Schulungen, aktuellen Regelwerken und praxisnahen Simulationen ein besonderer Stellenwert beigemessen.

Die neu erarbeiteten Ethikgrundsätze der GASAG-Gruppe betonen die Einheit aus unternehmerischem und ethischem Handeln. Die GASAG steht für Toleranz, Offenheit, ein gewaltfreies Miteinander und setzt sich gegen Benachteiligung in jeder Form ein.

Das etablierte Compliance-Schulungskonzept wird fortlaufend optimiert. Der Schwerpunkt der operativen Compliancearbeit liegt in der Schulung der Beschäftigten zur Vermeidung von Korruption und Diskriminierung sowie in der entsprechenden Einzelfallberatung.

Gesamtrisikolage

Von den dargestellten Risiken kann insbesondere aus der Volatilität an den Rohstoffmärkten eine potenziell erhebliche Beeinträchtigung der Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der GASAG-Gruppe ausgehen. Wir gehen jedoch davon aus, mit zielgerichteten Maßnahmen dem Eintritt dieser Risiken entgegenwirken zu können.

Basierend auf der Gesamtrisikolage unter Berücksichtigung der Eintrittswahrscheinlichkeiten und ergriffenen Maßnahmen sehen wir für die GASAG-Gruppe gegenwärtig keine Fortbestandsgefährdung.

5 PROGNOSEBERICHT

Die zur Weiterentwicklung und Erreichung unserer Prognoseziele geplanten operativen Maßnahmen werden in den folgenden Abschnitten dargestellt sowie für die Umsatz- und Ergebnisentwicklung der GASAG-Gruppe.

Der Prognosezeitraum beträgt ein Jahr. Die zugrunde liegenden Annahmen zu den prognostischen Angaben werden mit Hilfe der qualifiziert-komparativen Prognose erläutert.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieses Jahresabschlusses einschließlich des Prognoseberichtes begann der militärische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Der Fortgang, die Dauer und der Ausgang dieses Konfliktes sind in keiner Weise absehbar und auch die Auswirkungen, die sich daraus möglicherweise ergeben können, sind weder abschätzbar noch quantifizierbar. Es können sich vielfältige Auswirkungen ergeben, die die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussen. Wir verweisen auf weitere Ausführungen im Risikobericht unter „Übergeordnete Chancen und Risiken“.

5.1 MASSNAHMEN ZUR UMSETZUNG DER STRATEGIE

Die energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden auch im Jahr 2022 herausfordernd bleiben. Zudem wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung von der weiteren Entwicklung der globalen Pandemie abhängen.

Im Transformationsprogramm „Zukunft G“ werden die laufenden Maßnahmen zur strategischen Ausrichtung auf Klimaneutralität implementiert und umgesetzt. Dabei liegt der Fokus auf der Nutzung von Wachstumschancen insbesondere im Bereich der Energiedienstleistungen, der Stabilisierung im Gas- und Stromvertrieb, auf zukunftsfähigen Investitionen im Netz, sowie der verstärkten Umsetzung von Nachhaltigkeitsanstrengungen als Licence to Operate. Dazu wird die kontinuierliche Arbeit an Effizienzverbesserungen in allen Unternehmensbereichen fortgesetzt.

Der Fokus in der GE Netze liegt weiterhin darauf, die Gasnetze als zukunftsfähige Bestandteile der regionalen Energiewende fest zu etablieren. Die kontinuierliche Ertüchtigung der Netze hin zur H2-Fähigkeit wird unter Maßgabe der Zukunftsfähigkeit von Investitionen verfolgt.

In der GE PuG soll die Optimierung der Kunden- und Absatzzahlen durch die Fortführung und laufende Verbesserung der Vertriebsaktivitäten erreicht werden. Darüber hinaus stehen die Entwicklung neuer klimaneutraler Produkte und Services, effizientere und automatisierte Prozesse sowie eine kontinuierliche Erhöhung der Servicequalität im Fokus.

Um das angestrebte Wachstum in der GE GS zu erreichen, setzen wir auch in 2022 auf eine konsequente Marktbearbeitung, innovative grüne und effiziente Energiekonzepte sowie deren qualitativ hochwertige Umsetzung. Auch in dieser Geschäftseinheit liegt ein Schwerpunkt auf der Entwicklung klimaneutraler Produkte und Services und der Unterstützung der Kunden auf dem Transformationspfad.

5.2 BETEILIGUNGEN

Zur Umsetzung des Projekts „Das Neue Gartenfeld“ in Berlin-Spandau werden sich GASAG Solution und die ENGIE Deutschland GmbH zu je 50 % an einer im ersten Halbjahr 2022 zu gründenden Projektgesellschaft (Quartierswerk GmbH, Berlin) beteiligen.

5.3 PERSONAL

Aufbauend auf den Ergebnissen der Maßnahmen aus „GASAG 2025“ wollen wir mit „Zukunft G“ den Umbau der GASAG-Gruppe in Richtung Klimaneutralität vorantreiben. Die damit verbundene Weiterentwicklung der Unternehmensgruppe wird auch im Jahr 2022 zur Reduzierung des aktiven Personalbestands (ohne Beschäftigungsverhältnisse im Rahmen der passiven Phase der Altersteilzeit sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Freistellung) führen. Unter Berücksichtigung der Aktivitäten im Rahmen von „Zukunft G“ wird sich der Personalaufwand daher rückläufig entwickeln.

Dem entspricht ein erhöhter Bedarf an Restrukturierungsaufwendungen zur Umsetzung von Maßnahmen, die sich aus den Ergebnissen des Transformationsprogramms ableiten.

5.4 INVESTITIONEN

Die Investitionen zum Erhalt und Ausbau der Gasnetze in Berlin und in Brandenburg richten sich nach den im Konzessionsvertrag und den Wegenutzungsrechten genannten Bedingungen. Für 2022 erwarten wir aufgrund von geplanten Erweiterungs- und Erhaltungsmaßnahmen Netzinvestitionen auf dem Niveau von Jahr 2021.

In der GE GS erwarten wir einen deutlichen Anstieg der Investitionen für Contractinglösungen. Im Rahmen einer langfristigen Finanzierungsstrategie sind die zukünftigen Investitionen gedeckt.

5.5 GESCHÄFTSVERLAUF

In der Prognose für das Geschäftsjahr 2022 sind die Beschaffungspreisentwicklungen aus dem vierten Quartal 2021 und auch jüngste Diskussionen zu möglichen regulatorischen Veränderungen lediglich über die Risiken abgebildet. Wir gehen in der Prognose von langjährigen durchschnittlichen Temperaturverläufen und anhaltend hohem Wettbewerb im Gasvertrieb aus. Dem hohen Wettbewerb stehen laufende Optimierungen der Vertriebsaktivitäten entgegen, die auch eine regionale Fokussierung auf den Heimatmarkt mit einschließen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen leicht sinkenden **Gasabsatz** an Endkunden. Unter der Annahme eines Gasabsatzes an Weiterverteilern auf Niveau des Vorjahres, erwarten wir für 2022 insgesamt Gasabsatzmengen leicht unter dem Niveau von 2021.

Im Commodity-Geschäft Strom rechnen wir für 2022 mit einem leicht sinkenden **Stromabsatz** gegenüber 2021. Erwartet wird diese Entwicklung, wie im Gasvertrieb, vor dem Hintergrund des anhaltend hohen Wettbewerbs sowie der Optimierung der Vertriebsaktivitäten, insbesondere der Fokussierung der Vertriebsaktivitäten auf den Heimatmarkt.

Unter der Annahme langjähriger durchschnittlicher Temperaturverläufe erwarten wir im Geschäftsjahr 2022 Mengen im **Gastransport** leicht unter dem Niveau von 2021.

Die Aktivitäten in der Geschäftseinheit GS werden in 2022 zu deutlich höheren Investitionen führen. Für 2022 rechnen wir mit einem **Wärmeabsatz** leicht über dem Niveau von 2021.

5.6 RESTRUKTURIERUNGSAUFWAND

Im Rahmen von „Zukunft G“ wird Initialaufwand für die Umsetzung von Maßnahmen in den Geschäftseinheiten und Supportfunktionen in Form von Personalmaßnahmen, Beratungsaufwendungen und IT-Kosten anfallen, der als Restrukturierungsaufwand ausgewiesen wird. Dieser liegt deutlich über dem Restrukturierungsaufwand des Jahres 2021 aus dem beendeten Transformationsprogramm „GASAG 2025“.

5.7 UMSATZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Für 2022 erwarten wir unter Annahme eines normalen, durchschnittlichen Temperaturverlaufs und anhaltend hohem Wettbewerb Umsatzerlöse über dem Niveau des Vorjahres.

Das Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) wird in 2022 ohne Berücksichtigung des Restrukturierungsaufwands, bereinigt um witterungsbedingte und andere Sondereffekte, leicht über dem EBIT des Geschäftsjahres 2021 erwartet. Zur Verbesserung des Ergebnisses tragen v. a. Maßnahmenumsetzungen aus dem Programm „Zukunft G“ bei. Unter Berücksichtigung des Restrukturierungsaufwands und der witterungsbedingten Effekte wird das EBIT des Jahres 2021 leicht unterschritten. Im Finanzergebnis führt der Wegfall positiver Effekte in 2021 zu einer niedrigeren Prognose. Das Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten erwarten wir auf dem Niveau von 2021. In Summe wird ein Jahresüberschuss leicht unter dem Vorjahr prognostiziert. Bei annähernd stabilem betrieblichen Vermögen erwarten wir auf Basis des prognostizierten EBIT ohne Berücksichtigung des Restrukturierungsaufwands einen ROCE über 8 %.

Berlin, den 28. Februar 2022

GASAG AG
Der Vorstand



Georg Friedrichs



Matthias Trunk

ABSCHLUSS UND ANHANG DES GASAG-KONZERNES

JAHRESABSCHLUSS DER GASAG-KONZERNES	36
Bilanz des GASAG-Konzerns	38
Gesamtergebnisrechnung des GASAG-Konzerns	40
Eigenkapitalveränderungsrechnung des GASAG-Konzerns	42
IFRS Kapitalflussrechnung des GASAG-Konzerns	44
ANHANG DES GASAG-KONZERNES	46
1 Darstellung des GASAG-Konzernabschlusses	46
2 Anwendung der International Financial Reporting Standards (IFRS)	46
3 Konsolidierungskreis	47
4 Konsolidierungsgrundsätze	49
5 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	50
6 Erläuterung zur Gesamtergebnisrechnung	63
(1) Umsatzerlöse	63
(2) Sonstige betriebliche Erträge	64
(3) Materialaufwand	64
(4) Personalaufwand	65
(5) Abschreibungen	66
(6) Sonstige betriebliche Aufwendungen	66
(7) Beteiligungsergebnis	67
(8) Finanzergebnis	67
(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	68
(10) Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten	69
(11) Ergebnisneutrale Bestandteile der Gesamtergebnisrechnung	70
(12) Ergebnis je Aktie	70

7 Erläuterungen zur Bilanz	71
(13) Immaterielle Vermögenswerte	71
(14) Sachanlagen	73
(15) Nutzungsrechte IFRS 16	74
(16) Anteile an at-equity bilanzierten Unternehmen	75
(17) Finanzielle Vermögenswerte	76
(18) Vermögenswerte im Zusammenhang mit Kundenverträgen	77
(19) Latente Steuern (aktivisch und passivisch)	78
(20) Vorräte	80
(21) Ertragsteuerforderungen	80
(22) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	80
(23) Liquide Mittel	83
(24) Eigenkapital	83
(25) Passivischer Abgrenzungsposten	85
(26) Rückstellungen	86
(27) Finanzielle Schulden	92
(28) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	93
(29) Ertragsteuerverbindlichkeiten	94
8 Sonstige Erläuterungen	94
(30) Berichterstattung zu Finanzinstrumenten	94
(31) Energie- und Finanz-Risikomanagement	98
(32) Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen	101
(33) Angaben zur Kapitalflussrechnung	102
(34) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen	103
(35) Angaben zu Konzessionen	108
(36) Sonstige Angaben	108

JAHRESABSCHLUSS

des Konzerns der GASAG AG, Berlin, für das Geschäftsjahr 2021

BILANZ DES GASAG-KONZERNS NACH IFRS ZUM 31.12.2021

AKTIVA

INT €	ANHANG NR.	31.12.2021	31.12.2020
A. Langfristige Vermögenswerte			
1. Immaterielle Vermögenswerte	(13)	185.764	187.851
2. Sachanlagen	(14)	1.598.496	1.558.074
3. Nutzungsrechte	(15)	100.354	75.076
4. Anteile an at-equity bilanzierten Unternehmen	(16)	12.948	11.941
5. Finanzielle Vermögenswerte	(17)	75.152	26.566
6. Vermögenswerte im Zusammenhang mit Kundenverträgen	(18)	24.093	27.313
7. Latente Steuern	(19)	24.145	41.621
		2.020.952	1.928.442
B. Kurzfristige Vermögenswerte			
1. Vorräte	(20)	74.401	11.046
2. Finanzielle Vermögenswerte	(17)	237.582	12.281
3. Ertragsteuerforderungen	(21)	10.527	10.383
4. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen	(22)	324.672	159.763
5. Vermögenswerte im Zusammenhang mit Kundenverträgen	(18)	16.673	16.063
6. Liquide Mittel	(23)	6.064	8.177
		669.919	217.713
		2.690.871	2.146.155

PASSIVA

INT €	ANHANG NR.	31.12.2021	31.12.2020
A. Eigenkapital			
	(24)		
1. Gezeichnetes Kapital		413.100	413.100
2. Kapitalrücklage		42.461	42.461
3. Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste		220.368	-19.747
4. Angesammelte Ergebnisse		296.852	242.077
5. Anteile ohne beherrschenden Einfluss		3.803	3.836
		976.584	681.727
B. Langfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(25)	256.035	246.718
2. Rückstellungen	(26)	86.427	108.596
3. Finanzielle Schulden	(27)	451.763	582.007
4. Sonstige Verbindlichkeiten	(28)	104.655	81.446
5. Latente Steuern	(19)	177.881	69.393
		1.076.761	1.088.160
C. Kurzfristige Schulden			
1. Passivischer Abgrenzungsposten	(25)	10.784	10.644
2. Rückstellungen	(26)	50.553	48.332
3. Finanzielle Schulden	(27)	224.811	102.021
4. Ertragsteuerverbindlichkeiten	(29)	6.485	6.914
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(28)	344.893	208.357
		637.526	376.268
		2.690.871	2.146.155

**GESAMTERGEBNISRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS
NACH IFRS FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01.01. – 31.12.2021**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

INT €	ANHANG NR.	01.01. – 31.12.2021	01.01. – 31.12.2020
1. Umsatzerlöse	(1)	1.356.642	1.223.093
2. Bestandsveränderungen		-1.373	1.593
3. Sonstige betriebliche Erträge	(2)	52.429	52.292
4. Materialaufwand	(3)	935.273	867.642
5. Personalaufwand	(4)	123.983	124.739
6. Abschreibungen	(5)	100.371	96.131
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	112.963	112.723
8. Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		135.108	75.743
9. Ergebnisanteil an at-equity bilanzierten Unternehmen	(7)	1.615	-453
10. Ergebnis aus anderen Beteiligungen	(7)	1.235	1.220
11. Finanzierungsaufwendungen	(8)	15.932	18.795
12. Sonstiges Finanzergebnis	(8)	5.718	-622
13. Ergebnis vor Steuern		127.744	57.093
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(9)	36.476	18.879
15. Ergebnis aus fortgeführten Tätigkeiten		91.268	38.214
16. Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten	(10)	368	621
17. Jahresüberschuss		91.636	38.835
18. Jahresüberschuss auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss		688	1.893
19. Jahresüberschuss auf Anteile mit beherrschendem Einfluss		90.948	36.942
20. Ergebnis je Aktie (in €)	(12)	11,23	4,56

GESAMTERGEBNISRECHNUNG

INT €	ANHANG NR.	01.01. – 31.12.2021	01.01. – 31.12.2020
1. Jahresüberschuss		91.636	38.835
2. Cashflow Hedges		335.067	78.959
3. Ertragsteuereffekte		-99.451	-23.946
		235.616	55.013
4. Ergebnis mit zukünftiger ergebniswirksamer Umgliederung		235.616	55.013
5. Versicherungsmathematisches Ergebnis		6.557	-5.428
6. Ertragsteuereffekte		-2.059	1.633
		4.498	-3.795
7. Ergebnis ohne zukünftige ergebniswirksame Umgliederung		4.498	-3.795
8. Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses	(11)	240.114	51.218
9. Gesamtergebnis		331.750	90.053
10. Gesamtergebnis auf Anteile ohne beherrschenden Einfluss		691	1.895
11. Gesamtergebnis auf Anteile mit beherrschendem Einfluss		331.059	88.158

**EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG DES GASAG-KONZERNES
NACH IFRS ZUM 31.12.2021**

S. ANHANG (24)

INT €	GEZEICHNETES KAPITAL	KAPITALRÜCKLAGE	RÜCKLAGE FÜR UNREALISIERTE GEWINNE ODER VERLUSTE	ANGESAMMELTE ERGEBNISSE GESAMT	ANTEILE DES KONZERNES	ANTEILE OHNE BEHERRSCHEN- DEN EINFLUSS	GESAMT
Stand: 01.01.2020	413.100	42.461	-72.002	266.618	650.177	23.783	673.960
Gesamtergebnis	0	0	51.216	36.942	88.158	1.895	90.053
<i>davon Jahresüberschuss</i>	0	0	0	36.942	36.942	1.893	38.835
<i>davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 39 / IFRS 9</i>	0	0	55.011	0	55.011	2	55.013
<i>davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 19</i>	0	0	-3.795	0	-3.795	0	-3.795
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner	0	0	0	-50.625	-50.625	-1.584	-52.209
Erwerb / Veräußerung von Minderheitsanteilen	0	0	1.039	-10.858	-9.819	-20.258	-30.077
Stand: 31.12.2020	413.100	42.461	-19.747	242.077	677.891	3.836	681.727
IFRS Anpassungen IFRS 9 / IFRS 15	0	0	0	0	0	0	0
Stand: 01.01.2021	413.100	42.461	-19.747	242.077	677.891	3.836	681.727
Gesamtergebnis	0	0	240.114	90.948	331.062	691	331.753
<i>davon Jahresüberschuss</i>	0	0	0	90.948	90.948	688	91.636
<i>davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 39 / IFRS 9</i>	0	0	235.616	0	235.616	0	235.616
<i>davon ergebnisneutrale Veränderungen gemäß IAS 19</i>	0	0	4.498	0	4.498	3	4.501
Dividendenausschüttungen an die Anteilseigner	0	0	0	-34.992	-34.992	-22	-35.014
Erwerb von Tochterunternehmen	0	0	0	0	0	0	0
Abgänge / Zugänge von Minderheitsanteilen	0	0	0	-1.181	-1.181	-702	-1.883
Stand: 31.12.2021	413.100	42.461	220.367	296.852	972.780	3.803	976.583

**KAPITALFLUSSRECHNUNG DES GASAG-KONZERNS
NACH IFRS ZUM 31.12.2021**

INT €	2021	2020
Periodenergebnis vor Ertragsteuern aus fortzuführenden Tätigkeiten	127.745	57.095
Periodenergebnis vor Ertragsteuern aus nicht fortzuführenden Tätigkeiten	527	889
- Gezahlte Ertragsteuern	-11.170	-2.025
+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf langfristige Vermögenswerte	97.077	97.391
<i>davon aus nicht fortgeführten Tätigkeiten</i>	63	65
+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-13.752	2.587
<i>davon aus nicht fortgeführten Tätigkeiten</i>	-7.654	-4.172
+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	14.878	-7.661
-/+ Gewinn / Verlust aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten	1.146	4.566
-/+ Zunahme / Abnahme der Vorräte	-63.355	18.087
-/+ Zunahme / Abnahme der Forderungen	-184.538	-26.851
+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten	197.373	19.113
= Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit	165.931	163.191
+ Einzahlungen aus Abgängen von immateriellen Vermögenswerten	0	340
- Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte	-4.762	-3.296
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	482	297
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-129.881	-133.699
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.693	1.842
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.458	-3.403
+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	4.321
- Auszahlungen für den Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-1.396	-29.400
+ Einzahlungen aus Investitionszuschüssen Fremder	20.810	15.617
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-117.512	-147.381

INT €	2021	2020
- Auszahlungen an Unternehmenseigner	-34.992	-50.625
- Auszahlungen an Gesellschafter ohne beherrschenden Einfluss	-22	-1.584
+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	80.185	264.166
- Auszahlungen für die Tilgung von Krediten	-84.559	-213.590
- Tilgung von Schulden aus Finanzierungsleasing	-11.143	-12.583
- Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen von Gesellschaftern ohne beherrschenden Einfluss	0	-398
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-50.531	-14.614
= Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.112	1.196
+/- Konsolidierungskreis bedingte Veränderung	0	4
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.176	6.976
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.064	8.176

ANHANG

für den GASAG-Konzernabschluss zum 31.12.2021 (IFRS)

1 DARSTELLUNG DES GASAG-KONZERNABSCHLUSSES

Mutterunternehmen des Konzerns ist die GASAG AG, Berlin (nachfolgend GASAG). Sie hat ihren Geschäftssitz am EUREF-Campus 23–24 in 10829 Berlin, Deutschland, und ist im Handelsregister von Berlin-Charlottenburg unter HRB 44343 B eingetragen.

Der Vorstand hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2021 und den Bericht über die Lage des GASAG-Konzerns für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 aufgestellt und am 28. Februar 2022 zur Vorlage an den Aufsichtsrat freigegeben.

Zum Kundenkreis der GASAG zählen private Haushalte, Gewerbe- und Industrieunternehmen, Wohnungswirtschaftsunternehmen, Krankenhäuser und kommunale Einrichtungen, Weiterverteiler und Nutzer von Gastransportdienstleistungen. Das Zentrum der Geschäftstätigkeit liegt in der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Der Konzernabschluss wurde gemäß § 315e Absatz 3 HGB in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt. Darüber hinausgehende gesetzlich erforderliche Angaben nach HGB wurden berücksichtigt.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Anschaffungskostenprinzips. Hiervon ausgenommen sind die derivativen Finanzinstrumente und zur Veräußerung verfügbare Finanzinvestitionen, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Der Konzernabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – in Tausend Euro (Tsd. €) angegeben.

Zur übersichtlicheren Darstellung sind in der Gesamtergebnisrechnung sowie in der Bilanz Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

2 ANWENDUNG DER INTERNATIONAL FINANCIAL REPORTING STANDARDS (IFRS)

Im Konzernabschluss der GASAG werden die am Bilanzstichtag bereits verpflichtend in Kraft getretenen und von der Europäischen Union freigegebenen International Financial Reporting Standards/International Accounting Standards (IFRS/IAS) angewendet. Zusätzlich werden die gültigen Interpretationen des International Financial Reporting Standards Interpretations Committee/Standing Interpretations Committee (IFRS IC/SIC) beachtet.

Der Konzernabschluss der GASAG entspricht in allen Punkten den IFRS/IAS sowie den IFRS IC/SIC.

ÄNDERUNG VON BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen grundsätzlich den im Vorjahr angewandten Methoden.

Der Konzern hat darüber hinaus im Geschäftsjahr 2021 die bestehenden oder überarbeiteten Standards des International Accounting Standards Board (IASB) und Interpretationen des IFRS Interpretations Committee (IFRS IC) angewandt, welche durch die Europäische Union bereits verabschiedet wurden und für am 1. Januar 2021 beginnende Geschäftsjahre verbindlich anzuwenden sind. Im Geschäftsjahr wurde IFRS 17 „Versicherungsverträge“ veröffentlicht, der ab dem 1. Januar 2023 anzuwenden ist. Darüber hinaus gab es Änderungen an bestehenden Standards (IFRS 3, IAS 16 und IAS 37), die keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss hatten. Weitere Standards und neue Interpretationen wurden im Berichtsjahr nicht verabschiedet.

Änderungen an IFRS 9, IAS 39, IFRS 7 und IFRS 16

Die Anpassungen an IFRS 9 „Finanzinstrumente“, IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ und IFRS 4 „Versicherungsverträge“ behandeln Änderungen der Finanzinstrumente infolge der IBOR-Reform sowie vorübergehende Ausnahmen von der Anwendung spezifischer Hedge Accounting Anforderungen. Die Änderungen an IFRS 16 „Leasingverhältnisse“ enthalten Regelungen zur Bilanzierung einer infolge der IBOR-Reform erforderlichen Änderung eines Leasingverhältnisses bei Leasingnehmern. Mit der Änderung des IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“ werden zusätzliche Angaben in Zusammenhang mit der IBOR-Reform gefordert.

Die IBOR-Reform hat keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der GASAG-Gruppe. Der im kurzfristigen Geldhandel bestehende Euro Overnight Index Average (EONIA) wurde bereits durch die Euro Short-Term Rate (€STR) abgelöst. Des Weiteren hat GASAG Darlehen sowie Zinsderivate mit EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) als Referenzzinssatz im Bestand. Der EURIBOR kann weiterhin als Referenzzins genutzt werden, da dieser bereits im Sinne der EU-Benchmark-Verordnung reformiert wurde und weiterhin fortbesteht. Die Effektivität der bestehenden Sicherungsbeziehungen wird durch die IBOR-Reform nicht beeinträchtigt.

3 KONSOLIDIERUNGSKREIS

Im Konzernabschluss werden neben der GASAG 26 inländische Tochterunternehmen vollkonsolidiert und 7 assoziierte Unternehmen sowie 5 Unternehmen unter gemeinschaftlicher Führung nach der Equity-Methode bilanziert.

ÄNDERUNGEN DES KONSOLIDIERUNGSKREISES

VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Umfirmierung der DSE Direkt-Service Energie GmbH in GASAG next GmbH

Per Gesellschafterbeschluss vom 17. Juni 2021 wird die Firma der Gesellschaft in „GASAG next GmbH“ geändert.

Anteilserwerb der Minderheitsanteile an der Geo-En Energy Technologies GmbH

Die GASAG Solution Plus GmbH, Berlin, (nachfolgend GASAG Solution) erwarb auf Grundlage von Abtretungsverträgen aus dem Jahr 2017 die verbliebenen Minderheitsanteile an der Geo-En Energy Technologies GmbH, Berlin, von den Herren Michael Viernickel und Tobias Viernickel.

ASSOZIIERTE/GEMEINSCHAFTS- UNTERNEHMEN

Verkauf der Anteile an der GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG und der GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH

Die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf, (nachfolgend EMB) veräußerte mit Kauf- und Übertragungsvertrag über Geschäfts- und Kommanditanteile vom 09. Februar 2021 ihre Anteile an der GreenGas Produktionsanlage Rathenow GmbH & Co. KG, Rathenow, und der GreenGas Rathenow Verwaltungs GmbH, Rathenow, an die BPG Beteiligungs- und Projektmanagement GmbH, Erkner.

BETEILIGUNGSÜBERSICHT	Anteile
Vollkonsolidierte Unternehmen	
BAS Kundenservice Beteiligungs-GmbH, Berlin	100 %
BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin	100 %
Berliner Erdgasspeicher GmbH, Berlin	100 %
GASAG next GmbH, Berlin 10)	100 %
EMB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Michendorf 2)	100 %
EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf	99,99206 %
GASAG Beteiligungs-GmbH, Berlin	100 %
GASAG Solution Plus GmbH, Berlin	100 %
GASAG Windpark Verwaltungs-GmbH, Berlin	100 %
Geo-En Energy Technologies GmbH, Berlin 8)	100 %
infrest - Infrastruktur eStrasse GmbH, Berlin 6)	67,36 %
KKI-Kompetenzzentrum Kritische Infrastrukturen GmbH, Berlin 6)	74,9 %
NBB Netz-Beteiligungs-GmbH, Berlin	100 %
NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin 3)	100 %
Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz) 4)	100 %
Solar Project 19 GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	90 %
SP V GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SP VI GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SP VII GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SP VIII GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SP IX GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SP XI GmbH & Co. KG, Cottbus 5)	80 %
SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus	99,606 %
SpreeGas Verwaltungs-GmbH, Cottbus 5)	100 %
Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz)	74,9 %
Windpark Dahme - Wahlsdorf 2 GmbH & Co. KG, Berlin	100 %
At-equity-bilanzierte Unternehmen	
ARGE Wärmelieferung, Cottbus 5), 9)	50 %
Berliner Energieagentur GmbH, Berlin	25 %
CG Green Tec GmbH i.G., Berlin 8), 9)	25,1 %
Consus Netz-Werk GmbH, Berlin 8), 9), 11)	25,1 %
G2Plus GmbH, Berlin 8), 9)	51 %
Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick 2)	25,1 %
Gas-Versorgungsbetriebe Cottbus GmbH, Cottbus 5)	37 %
Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf 2), 9)	50 %
Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf 2)	49 %

BETEILIGUNGSÜBERSICHT	Anteile
NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, Kyritz 2)	49 %
Rathenower Netz GmbH, Rathenow 2)	35 %
WGI GmbH, Dortmund 6)	49 %
Andere Anteile	
local energy GmbH, Greifswald 1), 2)	19,77309 %
Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin 1)	< 1 %
Stadtwerke Brandenburg an der Havel GmbH & Co. KG, Brandenburg an der Havel 1), 7)	12,25 %
Stadtwerke Brandenburg Verwaltungs GmbH, Brandenburg an der Havel 1), 7)	12,25 %
Stadtwerke Premnitz GmbH, Premnitz 1), 2)	10 %

- | | |
|---|---|
| 1) nicht einbezogen, da weder beherrschender noch maßgeblicher Einfluss der GASAG AG, Berlin, gegeben ist | 6) mittelbare Beteiligung über die NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin |
| 2) mittelbare Beteiligung über die EMB Energie Mark Brandenburg GmbH, Michendorf | 7) mittelbare Beteiligung über die EMB-Beteiligungsgesellschaft mbH, Michendorf |
| 3) mittelbare Beteiligung über die GASAG Beteiligungs-GmbH 7,64 % und die GASAG AG 92,36 % | 8) mittelbare Beteiligung über GASAG Solution Plus GmbH, Berlin |
| 4) mittelbare Beteiligung über die Stadtwerke Forst GmbH, Forst (Lausitz) | 9) gemeinschaftliche Führung |
| 5) mittelbare Beteiligung über die SpreeGas Gesellschaft für Gasversorgung und Energiedienstleistung mbH, Cottbus | 10) umfirmiert von DSE Direkt-Service Energie GmbH, Berlin |
| | 11) umfirmiert von CG Netz-Werk GmbH, Berlin |

4 KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

Der Konzernabschluss umfasst die GASAG und die von ihr beherrschten Tochtergesellschaften. Tochterunternehmen werden ab dem Erwerbszeitpunkt, das heißt ab dem Zeitpunkt, an dem der Konzern die Beherrschung erlangt, vollkonsolidiert. Der Erwerb von Anteilen ohne beherrschenden Einfluss wird nach der so genannten Entity-Concept-Methode bilanziert. Die Konsolidierung endet, sobald die Beherrschung durch das Mutterunternehmen nicht mehr besteht. Die Abschlüsse der Tochterunternehmen werden unter Anwendung einheitlicher Rechnungslegungsmethoden für die gleiche Berichtsperiode aufgestellt wie der Abschluss des Mutterunternehmens. Alle konzerninternen Salden, Geschäftsvorfälle, unrealisierte Gewinne und Verluste aus konzerninternen Transaktionen und Dividenden werden in voller Höhe eliminiert.

Verluste eines Tochterunternehmens werden den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss auch dann zugeordnet, wenn diese zu einem negativen Saldo führen.

Eine Veränderung der Beteiligungshöhe an einem Tochterunternehmen ohne Verlust der Beherrschung wird als Eigenkapitaltransaktion bilanziert.

Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung über ein Tochterunternehmen, so werden die Vermögenswerte und Schulden des ehemaligen Tochterunternehmens aus der Konzernbilanz ausgebucht. Zurückbehaltene Beteiligungen werden mit deren beizulegendem Zeitwert angesetzt und der Gewinn oder Verlust im Zusammenhang mit dem Verlust der Beherrschung, der auf den ehemaligen beherrschenden Anteil entfällt, realisiert.

5 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

ANNAHMEN UND SCHÄTZUNGEN

Bei der Aufstellung des GASAG-Konzernabschlusses wurden Annahmen und Schätzungen verwendet, die sich auf Ausweis und Höhe der bilanzierten Vermögenswerte, Schulden, Erträge, Aufwendungen sowie der Eventualschulden ausgewirkt haben. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen. Die wichtigsten zukunftsbezogenen Annahmen sowie sonstige am Stichtag bestehende wesentliche Quellen von Schätzungsunsicherheiten, aufgrund derer ein beträchtliches Risiko besteht, dass innerhalb des nächsten Geschäftsjahres eine wesentliche Anpassung der Buchwerte von Vermögenswerten und Schulden erforderlich sein wird, werden im Anhang bei den betroffenen Sachverhalten dargestellt.

Annahmen und Schätzungen werden unter anderem bei der Bewertung des Berliner Erdgas-speichers im Zusammenhang mit dessen beschlossener Einleitung der Stilllegung, der Beurteilung von Finanzinstrumenten, der Bildung von Rückstellungen, insbesondere im Personalbereich im Zusammenhang mit Rückstellungen gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Karlsruhe, (nachfolgend VBL) und bei Werthaltigkeitstests getroffen.

Die Auswirkungen der Schätzannahme auf die Bilanz sind in der jeweiligen Erläuterung der betreffenden Bilanzposition dargestellt.

ERTRAGS- UND AUFWANDSREALISIERUNG

Die Realisierung der **Umsatzerlöse** erfolgt grundsätzlich zum Zeitpunkt der Lieferung an den Kunden beziehungsweise mit Erbringung der Leistung. Die Leistungen gelten als erbracht und die Waren oder Erzeugnisse als geliefert, wenn die mit dem Eigentum verbundenen Risiken auf den Käufer übergegangen sind. Die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Erdgas, Wärme, Strom und Wasser an Endverbraucher und Weiterverteiler sowie aus den Netznutzungsentgelten werden erfasst, wenn sie vom Kunden aufgrund einer vertraglichen Vereinbarung abgenommen worden sind. Die Umsatzerlöse entsprechen dem Wert der gelieferten und abgerechneten Mengen, einschließlich der geschätzten Werte für gelieferte Mengen zwischen der letzten Abrechnung und dem Bilanzstichtag.

Bei Verträgen mit mehreren Leistungsverpflichtungen werden für verbleibende Leistungsverpflichtungen Umsatzerlöse entsprechend der Leistungserbringung ausgewiesen (IFRS 15.B16). Die Aufteilung des Transaktionspreises ergibt sich aus den im Vertragskontext genannten Einzelpreisen (IFRS 15.126c).

Zinserträge werden periodengerecht unter Berücksichtigung der Effektivverzinsung angesetzt.

Gewinnausschüttungen werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung vereinnahmt.

Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung beziehungsweise zum Zeitpunkt ihrer Verursachung als Aufwand erfasst.

Zinsaufwendungen werden periodengerecht in den Finanzierungsaufwendungen erfasst.

Regulatorische Abgrenzungsposten (Vermögenswerte und Verbindlichkeiten) entsprechen nicht der IFRS-Definition von Vermögenswerten und Schulden und werden daher nicht angesetzt.

IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen einmal jährlich sowie beim Vorliegen von Anhaltspunkten, die auf eine Wertminderung schließen lassen, einem Impairment Test (Wertminderungstest).

Eine Wertminderung wird durch die Bewertung des erzielbaren Betrags der zahlungsmittelgenerierenden Einheit bestimmt. Die zahlungsmittelgenerierenden Einheit entsprechen den legalen Einheiten. Der erzielbare Betrag ist der höhere Wert aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten (Nettoveräußerungskosten) und dem Nutzungswert. Die Ermittlung des erzielbaren Betrages erfolgt nach dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten.

Grundlage für die Ermittlung der Nettoveräußerungswerte für die zahlungsmittelgenerierenden rechtlichen Einheiten sind die mittelfristigen Planungen, welche einen Zeitraum von drei Jahren umfassen.

Die Diskontierungssätze werden nach dem Modell Weighted Average Costs of Capital (WACC) ermittelt. Dabei wird der Eigenkapitalzins mit Hilfe des Capital Asset Pricing Model (CAPM) bestimmt und beträgt unter Verwendung eines Beta-Faktors in Höhe von 0,70 (Vj. 0,75) derzeit 5,36 % (Vj. 5,71 %). Die Fremdkapitalzinsen leiten sich aus Zinssätzen für langfristige Neukredite und anderen marktüblichen Fremdkapitalsätzen ab und liegen bei 0,94 % (Vj. 0,84 %) nach Steuern. Der Diskontierungszins ist darüber hinaus abhängig vom Verhältnis des eingesetzten Eigen- und Fremdkapitals. Bestimmte Kapitalkostenparameter, wie z.B. der Beta-Faktor, werden mithilfe der Daten einer Vergleichsgruppe von Unternehmen (Peer Group) abgeleitet. Diese Vergleichsunternehmen agieren in den gleichen Geschäftsfeldern wie die GASAG, sodass das geschäftsfeldspezifische Risiko sowohl für das regulierte Netzgeschäft als auch für das Vertriebsgeschäft in den Kapitalkosten Berücksichtigung findet. Der resultierende WACC liegt bei 3,57 % (Vj. 3,81 %) nach Steuern für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes abzüglich Verkaufskosten, beziehungsweise bei 5,49 % (Vj. 5,86 %) vor Steuern für die Ermittlung des Nutzungswertes. Dabei ist der Abzinsungssatz zur Bewertung des Nutzungswertes eines Vermögenswertes grundsätzlich einheitlich auf den Konzern und die Bewertungszeiträume anzuwenden. Er kann angepasst werden, wenn ein Nutzungswert sensitiv auf die unterschiedlichen Risiken in den verschiedenen Perioden, auf die Laufzeitstruktur der Zinssätze sowie auf die Kapitalstruktur reagiert. Bei einer Erhöhung des Diskontierungszinssatzes nach Steuern auf 4,2 % für die zahlungsmittelgenerierende Einheit SpreeGas entspricht der Nettoveräußerungswert dem Nettobuchwert. Die im Anschluss an den Planungszeitraum berücksichtigte Wachstumsrate zum 31. Dezember 2021 wurde mit 0,50 % (Vj. 0,50 %) bewertet.

Separat **erworbene immaterielle Vermögenswerte** werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert.

Bei den im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen immateriellen Vermögenswerten entsprechen die Anschaffungskosten dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Nach dem erstmaligen Ansatz wird das Anschaffungskostenmodell angewendet.

Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte werden gemäß IAS 38 nur dann angesetzt, wenn folgende Kriterien vollständig erfüllt sind:

- die technische Realisierbarkeit und Absicht der Fertigstellung,
- die Fähigkeit, den immateriellen Vermögenswert zu nutzen oder zu verkaufen,

- die Erzielung eines voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzens in Form eines Marktes oder in Bezug auf die interne Nutzung,
- die Verfügbarkeit hinreichender technischer, finanzieller und anderer Ressourcen, um die Entwicklung des immateriellen Vermögenswertes abzuschließen und
- die eindeutige Abgrenzung des entsprechenden Vermögenswertes, das heißt die der Entwicklung zurechenbaren Kosten können verlässlich ermittelt werden.

Nach der erstmaligen Aktivierung werden selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte nach dem Herstellungskostenmodell zu ihren fortgeführten Herstellungskosten bewertet. Die Herstellungskosten umfassen dabei alle Kosten, die der Schaffung, Herstellung und Vorbereitung des Vermögenswertes direkt zugerechnet werden können. Ausgaben für Forschung werden in der Periode als Aufwand erfasst, in der sie anfallen.

Im Falle der Modifikation bestehender Software werden die damit im Zusammenhang stehenden Kosten als Periodenaufwand erfasst, wenn lediglich der bisherige Systemzustand gewahrt bleibt.

Mit Ausnahme der bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte weisen alle anderen erworbenen und selbst geschaffenen immateriellen Vermögenswerte eine begrenzte wirtschaftliche Nutzungsdauer auf und werden planmäßig linear abgeschrieben. An jedem Bilanzstichtag wird bei immateriellen Vermögenswerten eingeschätzt, ob ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Wenn ein solcher Anhaltspunkt vorliegt, wird ein Impairment Test durchgeführt.

Bei immateriellen Vermögenswerten mit unbestimmter Nutzungsdauer wird mindestens einmal jährlich für den einzelnen Vermögenswert oder auf der Ebene der zahlungsmittelgenerierenden Einheit ein Impairment Test durchgeführt. Diese immateriellen Vermögenswerte werden nicht planmäßig abgeschrieben.

Die **konzerneinheitlichen Nutzungsdauern** stellen sich wie folgt dar:

IMMATERIELLER VERMÖGENSWERT	Nutzungsdauer
Geschäfts- oder Firmenwerte	unbegrenzt
Erworbene immaterielle Vermögenswerte	5–20 Jahre
Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	5–8 Jahre

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres beziehungsweise bei einem aufgetretenen Ereignis statt; erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

SACHANLAGEN

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten abzüglich kumulierter planmäßiger Abschreibungen und kumulierter Wertminderungsaufwendungen bilanziert. Die Herstellungskosten von selbst erstellten Anlagen enthalten neben den Einzelkosten einen angemessenen Teil an notwendigen Gemeinkosten. Erhaltene Baukostenzuschüsse sowie Investitionszuschüsse und -zulagen mindern die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht direkt, sondern werden als passivischer Abgrenzungsposten ausgewiesen.

Bei dem im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen erworbenen Sachanlagevermögen entsprechen die Anschaffungskosten dem beizulegenden Zeitwert zum Erwerbszeitpunkt. Nach dem erstmaligen Ansatz wird das Anschaffungskostenmodell angewendet.

Rückbauverpflichtungen werden in Höhe des Barwertes beim Eingehen der Verpflichtung als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert und rätierlich über die wirtschaftliche Nutzungsdauer des zugehörigen Vermögenswertes abgeschrieben. Wartungs- und Reparaturkosten werden als Aufwand erfasst. Erneuerungs- und Erhaltungsaufwendungen, welche die Nutzungsdauer eines Vermögenswertes verlängern, werden aktiviert.

Mit Ausnahme der Grundstücke und Grunddienstbarkeiten (einschließlich der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG), denen eine unbegrenzte Nutzungsdauer zugrunde liegt, werden alle Sachanlagen linear abgeschrieben.

Den planmäßigen Abschreibungen der Sachanlagen mit begrenzter Nutzungsdauer liegen konzerneinheitlich folgende wirtschaftlichen Nutzungsdauern zugrunde:

SACHANLAGEN	Nutzungsdauer
Bezugs- und Erzeugungsanlagen	10–20 Jahre
Verteilungsanlagen (ohne Messeinrichtungen)	20–50 Jahre
Messeinrichtungen	5–16 Jahre
Gebäude	30–50 Jahre
Sonstiges Sachanlagevermögen	2–13 Jahre

Die Überprüfung der Nutzungsdauern findet zum Ende eines jeden Geschäftsjahres beziehungsweise bei einem aufgetretenen Ereignis statt. Erforderliche Anpassungen werden prospektiv vorgenommen.

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der Sachanlagen auf Werthaltigkeit überprüft. Bei Hinweisen auf eine mögliche Wertminderung wird ein Impairment Test durchgeführt. Beim Wegfall der Gründe für außerplanmäßige Wertminderungen werden entsprechende Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten vorgenommen.

Ein Gegenstand des Sachanlagevermögens wird bei seinem Abgang oder wenn aus einer fortgeführten Nutzung des Vermögenswertes kein künftiger wirtschaftlicher Nutzen zu erwarten ist, ausgebucht. Gewinne oder Verluste aus der Ausbuchung eines Vermögenswertes (ermittelt als Differenz zwischen Nettoveräußerungserlös und Buchwert) werden im Geschäftsjahr der Ausbuchung des betreffenden Vermögenswertes erfolgswirksam erfasst.

LEASING

Ein Leasingverhältnis in einem Vertrag liegt vor, wenn der Vertrag dazu berechtigt, die Nutzung eines identifizierten Vermögenswertes gegen Zahlung eines Entgelts für einen bestimmten Zeitraum zu kontrollieren.

GASAG als Leasingnehmer

Leasingverhältnisse werden zu Beginn der Laufzeit („Bereitstellungsdatum“) als Nutzungsrechte und korrespondierende Leasingverbindlichkeiten bilanziert. Die Darstellung der Nutzungsrechte erfolgt in der Bilanz getrennt von anderen Vermögenswerten. Nutzungsrechte werden in Höhe der

Leasingverbindlichkeiten, gegebenenfalls angepasst um geleistete Anzahlungen unter Berücksichtigung erhaltener Leasinganreize, bewertet. Sie werden grundsätzlich planmäßig über die Laufzeit des Leasingverhältnisses abgeschrieben.

Leasingverbindlichkeiten werden in Höhe der abgezinsten zukünftigen Leasingzahlungen bilanziert. Der Ausweis erfolgt unter der Bilanzposition „sonstige Verbindlichkeiten“. Die Abzinsung erfolgt grundsätzlich unter Anwendung des Grenzfremdkapitalzinssatzes. Hierbei werden laufzeitabhängige Marktzinssätze zzgl. laufzeitabhängiger Margen unter Berücksichtigung der Tilgungsstruktur verwendet. Leasingverbindlichkeiten werden um den in den Leasingzahlungen enthaltenen Tilgungsanteil vermindert, die anfallenden Zinsen stellen Finanzierungsaufwand dar.

Des Weiteren macht die GASAG von den Ausnahmeregelungen Gebrauch, kurzfristige oder geringwertige Vermögenswerte betreffende Leasingverhältnisse nicht als Nutzungsrechte in der Bilanz darzustellen. Leasingzahlungen im Zusammenhang mit diesen Leasingverträgen werden als Aufwendungen über die jeweilige Laufzeit der Leasingverhältnisse erfasst.

GASAG als Leasinggeber

Beim Leasinggeber wird am Bereitstellungsdatum geprüft, ob ein Finance Lease oder ein Operate Lease vorliegt. Sofern die wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Leasinggegenstand verbunden sind, übertragen werden, handelt es sich um ein Finance Lease.

Beim Finance Lease wird eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes aus dem Leasingverhältnis angesetzt und unter Anwendung der Effektivzinsmethode fortgeschrieben. Vereinnahmte Leasingraten werden in Tilgungsanteil der Leasingforderung und erfolgswirksame Finanzerträge aufgeteilt.

Beim Operate Lease wird das Leasingobjekt im Zugangszeitpunkt mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten aktiviert. Die Folgebewertung erfolgt in Übereinstimmung mit den Vorschriften für das Anlagevermögen. Erhaltene Leasingzahlungen werden ertragswirksam vereinnahmt.

ANTEILE AN AT-EQUITY BILANZIERTEN UNTERNEHMEN

Gemeinschaftsunternehmen im Sinne des IFRS 11 liegen gemeinsame Vereinbarungen, bei denen die Parteien, welche die gemeinschaftliche Führung ausüben, Rechte am Nettovermögen der Vereinbarung besitzen, zugrunde. Der Bilanzansatz der Anteile an Gemeinschaftsunternehmen erfolgt nach IFRS 11.24 unter Verwendung der Equity-Methode gemäß IAS 28.

Der Bilanzansatz der Anteile an assoziierten Unternehmen und an Gemeinschaftsunternehmen, die nach IAS 28 gemäß der Equity-Methode bewertet werden, erfolgt zu Anschaffungskosten. Der Buchwert der Anteile erhöht beziehungsweise verringert sich entsprechend dem anteiligen Gewinn oder Verlust des Beteiligungsunternehmens. Der mit einem assoziierten Unternehmen oder einem Gemeinschaftsunternehmen verbundene Geschäfts- oder Firmenwert ist im Buchwert des Anteils enthalten.

WERTMINDERUNG VON VERMÖGENSWERTEN

Der Konzern beurteilt an jedem Bilanzstichtag, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegen solche Anhaltspunkte vor oder ist eine jährliche Überprüfung eines Vermögenswerts auf Wertminderung erforderlich, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts ist der höhere der beiden Beträge aus beizulegendem Zeitwert eines Vermögenswerts oder einer zahlungsmittelgenerierenden Einheit

abzüglich Veräußerungskosten und des Nutzungswertes. Übersteigt der Buchwert eines Vermögenswerts seinen erzielbaren Betrag, wird der Vermögenswert als wertgemindert betrachtet und auf seinen erzielbaren Betrag abgeschrieben. Zur Ermittlung des Nutzungswertes werden die geschätzten künftigen Cashflows unter Zugrundelegung eines Abzinsungssatzes vor Steuern, der die aktuellen Markterwartungen hinsichtlich des Zinseffektes und der spezifischen Risiken des Vermögenswertes widerspiegelt, auf ihren Barwert abgezinst.

An jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Wertminderungsaufwand, der in früheren Berichtsperioden erfasst worden ist, nicht länger besteht oder sich vermindert haben könnte. Liegt ein solcher Anhaltspunkt vor, wird der erzielbare Betrag geschätzt. Ein zuvor erfasster Wertminderungsaufwand wird dann aufgehoben, wenn sich seit der Erfassung des letzten Wertminderungsaufwands eine Änderung in den Schätzungen ergeben hat, die bei der Bestimmung des erzielbaren Betrags herangezogen wurden. Wenn dies der Fall ist, wird der Buchwert des Vermögenswertes auf seinen erzielbaren Betrag erhöht. Zuschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte sind nicht zulässig.

FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

IFRS 9 sieht vier Bewertungskategorien zur Klassifizierung finanzieller Vermögenswerte vor:

- zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Vermögenswerte,
- erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte,
- erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, deren Wertänderungen zukünftig erfolgswirksam umzugliedern sind,
- erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte, deren Wertänderungen zukünftig nicht erfolgswirksam umzugliedern sind.

Bei dem erstmaligen Ansatz von finanziellen Vermögenswerten werden diese zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Folgebewertung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt je nach Kategorisierung zum beizulegenden Zeitwert oder zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode.

Wertminderungen von finanziellen Vermögenswerten werden im Rahmen des zukunftsorientierten Modells der „erwarteten Kreditausfälle“ nach IFRS 9 erfasst. Die GASAG berücksichtigt zu erwartende Kreditausfälle bei den finanziellen Vermögenswerten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten und erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden, sowie bei Forderungen aus Finanzierungsleasing.

Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und für Forderungen aus Finanzierungsleasing erfolgt der Ansatz der erwarteten Kreditausfälle im Rahmen der vereinfachten Methode über ihre Restlaufzeit. Bei den sonstigen finanziellen Vermögenswerten ermittelt die GASAG zunächst den Kreditausfall, der innerhalb der ersten zwölf Monate erwartet wird. Abweichend hiervon wird bei einer signifikanten Erhöhung des Ausfallrisikos der über die Restlaufzeit des jeweiligen Instruments erwartete Kreditverlust angesetzt.

FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen werden mit dem ursprünglichen Rechnungsbetrag abzüglich Wertberichtigungen bewertet. Es sind keine signifikanten Finanzierungskomponenten enthalten, da in der Regel Zahlung und Leistungserbringung nicht wesentlich voneinander abweichen.

Die bilanzielle Abgrenzung auf zum Stichtag noch nicht berechnete Erdgas-, Wärme-, Strom- und Wasserverbräuche der Tarif- und Sondervertragskunden beziehungsweise Standardlastprofilkunden (SLP) und Kunden mit einer registrierenden Leistungsmessung (RLM) ist auf der Basis einer DV-gestützten Individualhochrechnung durchgeführt worden. Für noch nicht abgerechnete Verbräuche der SLP-Kunden werden Abschlagszahlungen in entsprechender Höhe erhoben und mit den abgegrenzten Forderungen verrechnet.

Im Rahmen von Wertberichtigungen werden Forderungen anhand gleichartiger Ausfallrisikoeigenschaften gruppiert und gemeinsam auf Wertminderungen untersucht sowie gegebenenfalls wertberichtigt. Für Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wendet die GASAG den vereinfachten Ansatz nach IFRS 9 an, um die erwarteten Kreditverluste zu bemessen. Demzufolge werden für alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen die über die Laufzeit erwarteten Kreditverluste herangezogen. Bei der dazu notwendigen Ermittlung der erwarteten zukünftigen Cashflows der Portfolien sowie entsprechender Ausfallraten werden neben den vertraglich vorgesehenen Zahlungsströmen auch historische Ausfallerfahrungen berücksichtigt. Die Wertberichtigungen tragen den erwarteten Ausfallrisiken hinreichend Rechnung, konkrete Ausfälle führen zur Ausbuchung der betreffenden Forderungen.

LIQUIDE MITTEL

Die liquiden Mittel enthalten Schecks, Kassenbestände, Guthaben bei Kreditinstituten und kurzfristige Geldanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von höchstens drei Monaten.

Für Zwecke der Konzernkapitalflussrechnung umfassen Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente die zuvor definierten liquiden Mittel.

DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE UND SICHERUNGSBEZIEHUNGEN

Derivative Finanzinstrumente werden als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert, es sei denn, es handelt sich hierbei um Derivate, die als Sicherungsinstrument designed wurden und als solche effektiv sind. Der erstmalige Ansatz erfolgt zum Handelstag. Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten werden auf der Aktivseite und mit negativen beizulegenden Zeitwerten auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Die Folgebewertung der Derivate, die als zu Handelszwecken gehalten klassifiziert werden, erfolgt ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert.

Bei Derivaten, die in einem Sicherungszusammenhang stehen, bestimmt sich die Bilanzierung von Veränderungen des beizulegenden Zeitwertes nach der Art des Sicherungsgeschäfts. Die GASAG-Gruppe hat in den Geschäftsjahren 2020 und 2021 ausschließlich Cashflow-Hedges eingesetzt.

Beim Cashflow-Hedge werden Änderungen zukünftiger Zahlungsströme finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Schulden sowie vorhergesehener Transaktionen gesichert. Das Sicherungsgeschäft wird zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Sich daraus ergebende Änderungen des beizulegenden Zeitwertes des ineffektiven Teils werden in der Gewinn- und Verlustrechnung

ausgewiesen. Die Änderungen des effektiv gesicherten Teils werden dagegen erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Die ursprünglich im Eigenkapital ausgewiesenen Gewinne oder Verluste des Hedges werden erst im Periodenergebnis erfolgswirksam erfasst, wenn die Gewinne oder Verluste des effektiv gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam werden.

Wird eine Sicherungsbeziehung beendet, verbleibt der bis zu diesem Zeitpunkt erfolgsneutral im Eigenkapital erfasste Gewinn oder Verlust im Eigenkapital und wird erst dann erfolgswirksam vereinnahmt, wenn die erwartete Transaktion ebenfalls in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst wird. Wird mit dem Eintritt der erwarteten Transaktion nicht mehr gerechnet, wird der gesamte im Eigenkapital erfasste Erfolg in die Gewinn- und Verlustrechnung überführt.

Die Verträge, die zum Zweck des Empfangs oder der Lieferung von nicht finanziellen Posten gemäß des erwarteten Einkaufs-, Verkaufs- oder Nutzungsbedarfs abgeschlossen wurden und weiterhin diesem Zweck dienen (Own Use), werden nicht als Derivate nach IFRS 9, sondern als schwebende Geschäfte gemäß IAS 37 bilanziert. Die in diesen Verträgen enthaltenen Volumenflexibilitäten fallen unter die Own Use Exemption und werden nicht getrennt bilanziert.

VORRÄTE

Vorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten sind Kosten, die angefallen sind, um das Produkt an seinen derzeitigen Ort zu verbringen oder in seinen derzeitigen Zustand zu versetzen. Der Nettoveräußerungswert ist der geschätzte, im normalen Geschäftsgang erzielbare Verkaufserlös abzüglich der geschätzten Kosten bis zur Fertigstellung und der geschätzten notwendigen Vertriebskosten.

Die Anschaffungskosten der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie der Erdgasvorräte und CO₂-Zertifikate werden auf Basis gewogener Durchschnittspreise ermittelt.

Die Herstellungskosten der unfertigen Leistungen enthalten Material- und Lohneinzelkosten sowie angemessene Teile der Fertigungsgemeinkosten basierend auf der normalen Kapazität ohne Berücksichtigung von Fremdkapitalkosten.

ZUR VERÄUSSERUNG GEHALTENE VERMÖGENSWERTE UND NICHT FORTGEFÜHRTE TÄTIGKEITEN

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen sind mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten zu bewerten. Langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen werden als zur Veräußerung gehalten klassifiziert, wenn der zugehörige Buchwert überwiegend durch ein Veräußerungsgeschäft und nicht durch fortgesetzte Nutzung realisiert wird. Dies ist dann der Fall, wenn die Veräußerung höchstwahrscheinlich und der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe im gegenwärtigen Zustand sofort veräußerbar ist und der Verkauf innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Zuordnung abgeschlossen sein wird.

Da der Buchwert der abnutzbaren Vermögenswerte durch den Verkauf und nicht durch die Nutzung realisiert wird, endet die planmäßige Abschreibung zum Zeitpunkt der Umklassifizierung. Korrespondierende Schulden oder Abgrenzungsposten werden als „Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ausgewiesen.

Ein aufgegebenen Geschäftsbereich wird nach IFRS 5 als nicht fortgeführte Tätigkeit bilanziert, wenn dieser zur Veräußerung oder Stilllegung vorgesehen oder bereits veräußert oder stillgelegt worden ist. Bei einem Geschäftsbereich handelt es sich um einen Unternehmensbestandteil, der einen gesonderten wesentlichen Geschäftszweig oder Geschäftsbereich darstellt, der Teil eines einzelnen abgestimmten Plans zur Veräußerung oder Stilllegung ist oder ein Tochterunternehmen darstellt, das ausschließlich mit der Absicht einer Weiterveräußerung erworben wurde. Unmittelbar vor der erstmaligen Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten oder zur Stilllegung aufgegeben sind die Buchwerte des Unternehmensbestandteils entsprechend nach den einschlägigen IFRS zu bewerten. Bei Umklassifizierung wird die nicht fortgeführte Tätigkeit mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und Fair Value abzüglich Veräußerungskosten angesetzt. In der Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz und Kapitalflussrechnung sind nicht fortgeführte Tätigkeiten jeweils gesondert dargestellt und im Anhang erläutert. Vorjahreszahlen sind für Vergleichszwecke entsprechend ausgewiesen.

STEUERN

Tatsächliche Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden

Die tatsächlichen Steuererstattungsansprüche und Steuerschulden für die laufende Periode und für frühere Perioden sind mit dem Betrag zu bewerten, in dessen Höhe eine Erstattung von den Steuerbehörden beziehungsweise eine Zahlung an die Steuerbehörden erwartet wird. Der Berechnung des Betrags werden die Steuersätze und Steuergesetze zugrunde gelegt, die am Bilanzstichtag gelten.

Latente Steuern

Die Bildung latenter Steuern erfolgt unter Anwendung der bilanzorientierten Verbindlichkeitsmethode auf alle zum Bilanzstichtag bestehenden temporären Differenzen zwischen dem Wertansatz eines Vermögenswerts beziehungsweise einer Schuld in der Bilanz und dem steuerlichen Wertansatz.

Latente Steuerschulden werden für alle zu versteuernden temporären Differenzen erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Die latente Steuerschuld aus dem erstmaligen Ansatz eines Geschäfts- oder Firmenwerts oder eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, darf nicht angesetzt werden.
- Die latente Steuerschuld aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen stehen, darf nicht angesetzt werden, wenn der zeitliche Verlauf der Umkehrung der temporären Differenzen gesteuert werden kann und es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Latente Steueransprüche werden für alle abzugsfähigen temporären Unterschiede, noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge, Zinsvorträge und nicht genutzten Steuergutschriften in dem Maße erfasst, in dem es wahrscheinlich ist, dass zu versteuerndes Einkommen verfügbar sein

wird, gegen das die abzugsfähigen temporären Differenzen und die noch nicht genutzten steuerlichen Verlustvorträge und Steuergutschriften verwendet werden können. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- Latente Steueransprüche aus abzugsfähigen temporären Differenzen, die aus dem erstmaligen Ansatz eines Vermögenswerts oder einer Schuld bei einem Geschäftsvorfall entstehen, der kein Unternehmenszusammenschluss ist und der zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalles weder das handelsrechtliche Periodenergebnis noch das zu versteuernde Ergebnis beeinflusst, dürfen nicht angesetzt werden.
- Latente Steueransprüche aus zu versteuernden temporären Differenzen, die im Zusammenhang mit Beteiligungen an Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Anteilen an Gemeinschaftsunternehmen im Zusammenhang stehen, dürfen nur in dem Umfang erfasst werden, in dem es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Unterschiede in absehbarer Zeit umkehren werden und ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das die temporären Differenzen verwendet werden können.

Der Buchwert der latenten Steueransprüche wird an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang reduziert, in dem es nicht mehr wahrscheinlich ist, dass ein ausreichendes zu versteuerndes Ergebnis zur Verfügung stehen wird, gegen das der latente Steueranspruch zumindest teilweise verwendet werden kann. Nicht angesetzte latente Steueransprüche werden an jedem Bilanzstichtag überprüft und in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich geworden ist, dass ein künftiges zu versteuerndes Ergebnis die Realisierung des latenten Steueranspruches ermöglicht.

Latente Steueransprüche und -schulden werden anhand der Steuersätze bemessen, deren Gültigkeit für die Periode, in der ein Vermögenswert realisiert oder eine Schuld erfüllt wird, erwartet wird. Dabei werden die Steuersätze (und Steuervorschriften) zugrunde gelegt, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind.

Ertragsteuern, die sich auf Posten beziehen, die direkt im Eigenkapital erfasst werden, werden im Eigenkapital und nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Latente Steueransprüche und latente Steuerschulden werden miteinander verrechnet, wenn der Konzern einen einklagbaren Anspruch auf Aufrechnung der tatsächlichen Steuererstattungsansprüche gegen tatsächliche Steuerschulden hat und diese sich auf Ertragsteuern des gleichen Steuerobjektes beziehen, die von derselben Steuerbehörde erhoben werden.

Aktive latente Steuern und unsichere Ertragsteuerpositionen

Bei der Ermittlung aktiver latenter Steuern sind Annahmen hinsichtlich des künftigen zu versteuernden Einkommens sowie der Zeitpunkte der Realisierung der aktiven latenten Steuern erforderlich. Der Bewertung von aktiven latenten Steuern für steuerliche Verlustvorträge werden in der Regel zukünftige zu versteuernde Einkommen im Rahmen der Unternehmensplanung zugrunde gelegt.

Für mögliche künftige Steuernachzahlungen wurden Ertragsteuerrückstellungen passiviert. Die Gesellschaften im GASAG-Konzern werden laufend von lokalen Finanzbehörden geprüft. Änderungen der Steuergesetze, der Rechtsprechung und deren Interpretation durch die Finanzbehörden können zu gegenüber den im Abschluss getroffenen Einschätzungen abweichenden Steuerzahlungen führen.

Die Bewertung von unsicheren Steuerpositionen orientiert sich an dem wahrscheinlichsten Wert der Realisierung dieses Risikos.

Insbesondere die zeitliche Verteilung der steuerlich zu berücksichtigenden Aufwendungen unterliegt regelmäßig Schätzungen und Annahmen.

Durch abweichende Entwicklungen von den im Rahmen der Schätzung getroffenen Annahmen kann es zu Unterschieden zu den ursprünglich erwarteten Schätzwerten kommen.

Umsatzsteuer

Umsatzerlöse, Aufwendungen und Vermögenswerte werden nach Abzug von Umsatzsteuern erfasst. Hierzu gibt es folgende Ausnahmen:

- wenn beim Kauf von Gütern oder Dienstleistungen angefallene Umsatzsteuer nicht von den Steuerbehörden eingefordert werden kann, wird die Umsatzsteuer als Teil der Herstellungskosten des Vermögenswerts beziehungsweise als Teil der Aufwendungen erfasst; und
- Forderungen und Schulden werden mitsamt dem darin enthaltenen Umsatzsteuerbetrag angesetzt.

Der Umsatzsteuerbetrag, der von der Steuerbehörde erstattet wird oder an diese abgeführt wird, wird unter den Forderungen oder Schulden in der Bilanz erfasst.

PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Die Darstellung der Zuwendungen für Vermögenswerte in der GASAG-Gruppe erfolgt als passivischer Abgrenzungsposten. In diesem Posten sind neben den Investitionszulagen der öffentlichen Hand auch die aus der NDAV (Verordnung über Allgemeine Bedingungen für den Netzanschluss und dessen Nutzung für die Gasversorgung in Niederdruck) und den Konzessionsverträgen resultierenden Baukosten- und Investitionszuschüsse Dritter enthalten. Die Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß den Regelungen des IAS 20 bilanziert.

Die passivierten Abgrenzungsposten werden entsprechend der folgenden sich aus den dazugehörigen Vermögenswerten abgeleiteten Nutzungsdauern ergebniswirksam unter den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst:

ART DER ZUWENDUNG	wirtschaftliche Nutzungsdauer / Auflösungszeitraum der Zuwendung
Zuwendungen der öffentlichen Hand	
Investitionszulagen	je nach Anlagegut
Zuwendungen Dritter	
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträgen)	45 Jahre
Sonstige Investitionszuschüsse	je nach Anlagegut

Die für das Rohrnetz und die Hausanschlüsse anfallenden Baukosten- und Investitionszuschüsse werden über die Dauer von 45 Jahren aufgelöst, da diese im überwiegenden Teil den Mittel- und Niederdruckbereich betreffen.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen werden für eine gegenwärtige Verpflichtung der Gesellschaft (rechtlich oder faktisch) infolge eines in der Vergangenheit liegenden Ereignisses angesetzt oder wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen ergibt, die einen wirtschaftlichen Nutzen enthalten und der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann. Ist eine teilweise oder vollständige Erstattung einer Rückstellung so gut wie sicher, beispielsweise im Rahmen eines Versicherungsvertrages, so wird die Erstattung als separater Vermögenswert angesetzt.

In den Rückstellungen für **Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses** wird die Nettoverpflichtung im Hinblick auf **leistungsorientierte Versorgungspläne** für jeden Plan separat berechnet.

Die Höhe der aus dem leistungsorientierten Plan resultierenden Verpflichtung wird unter Anwendung der Methode der laufenden Einmalprämien (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt.

Die Neubewertungen der Nettoschuld aus leistungsorientierten Versorgungsplänen werden sofort in der Bilanz erfasst und in der Periode, in der sie anfallen, über das sonstige Ergebnis in die Gewinnrücklagen eingestellt. Eine Umgliederung der Neubewertungen in die Gewinn- und Verlustrechnung in den Folgejahren ist ausgeschlossen. Die Neubewertungen umfassen die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, den Ertrag aus Planvermögen und die Auswirkung der etwaigen Vermögensobergrenze, soweit diese nicht bereits in den Nettozinsen enthalten sind. Die Nettozinsen werden durch Anwendung des Abzinsungssatzes auf die Nettoschuld aus den leistungsorientierten Versorgungsplänen ermittelt. Die Grundlage bildet der Abzinsungssatz, der zu Beginn der jährlichen Berichtsperiode verwendet wird. Die Nettozinsen der leistungsorientierten Verpflichtungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in den Finanzierungsaufwendungen ausgewiesen.

Änderungen oder Kürzungen der Leistungen eines Plans und daraus resultierende Gewinne oder Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung in der Position Personalaufwand erfasst.

Die betriebliche Altersversorgung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die VBL ist aufgrund der Subsidiärverpflichtung nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber zu werten. Aufgrund von fehlenden Informationen für die Bilanzierung der betrieblichen Altersversorgung der VBL als einen leistungsorientierten Plan wird dieser als ein **beitragsorientierter Versorgungsplan** behandelt. Die Beiträge an die VBL werden jährlich in Höhe der Umlagen im Aufwand erfasst. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine langfristige Rückstellung nach IAS 19.37 bilanziert. Wir verweisen auf das Kapitel „(26) Rückstellungen“ und dort auf den Abschnitt „Rückstellungen für leistungs- und beitragsorientierte Versorgungspläne“.

Die Rückstellungen für **andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer** beinhalten im Wesentlichen die Verpflichtungen aus Altersteilzeit. Es handelt sich dabei um Leistungen zur Förderung des freiwilligen vorzeitigen Ausscheidens der Arbeitnehmer. Die Rückstellungen werden auf Grundlage der Betriebsvereinbarungen für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebildet, die einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen haben. Bei der Bilanzierung der Rückstellungen werden Erfüllungsrückstände, Aufstockungsbeträge, Abfindungen für geminderte Rentenansprüche sowie Härtefallfonds berücksichtigt. Diese Aufwendungen werden ratiertlich

angesammelt. Die voraussichtlich zu leistenden Beträge werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und mit ihrem Barwert angesetzt. Die Neubewertungen werden gemäß IAS 19.154 sofort im Gewinn oder Verlust erfasst. Der auf die Erfüllungsrückstände entfallende Teil der Altersteilzeitrückstellungen wird mit dem Planvermögen saldiert ausgewiesen. Überschreitet das Planvermögen die entsprechende Verpflichtung, wird der überschießende Betrag als finanzieller Vermögenswert ausgewiesen.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden im Geschäftsjahr für die Zinsermittlung erstmals sämtliche Anleihen mit der Bonitätsnote „AA“ einbezogen, bislang wurden bei den Zinsen lediglich nicht finanzielle Anleihen betrachtet. Die Zinsdifferenz zum Bilanzstichtag ist aber unwesentlich, sodass sich aufgrund des Methodenwechsel nur geringfügige Auswirkungen ergeben.

Die **übrigen Rückstellungen** berücksichtigen sämtliche am Bilanzstichtag erkennbaren rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gegenüber einer anderen Partei aufgrund von Ereignissen der Vergangenheit, die der Höhe nach und/oder im Hinblick auf den Eintrittszeitpunkt unsicher sind. Die Rückstellungen werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Die Bewertung erfolgt mit dem Erwartungswert beziehungsweise mit dem Betrag, der über die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit verfügt.

Die langfristigen Rückstellungen werden mit ihrem auf den Bilanzstichtag abgezinsten Erfüllungsbetrag bilanziert. Die Abzinsungssätze spiegeln jeweils die aktuellen Markterwartungen im Hinblick auf den Zinseffekt sowie gegebenenfalls die für die Rückstellung spezifischen Risiken wider. Die Aufzinsungsbeträge werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase betragen die Zinssätze im Berichtsjahr unverändert 0,00 % beziehungsweise bei kürzeren Laufzeiten im negativen Bereich:

BERICHTSJAHR / LAUFZEIT IN %	2021	2020
bis zu 5 Jahren	0,00	0,00
5 bis 10 Jahre	0,00	0,00
über 10 Jahre	0,00	0,00

Davon ausgenommen sind die Rückstellungen für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses und für andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, für die gemäß IAS 19.83 besondere Regelungen angewandt werden. Weitere Informationen sind der Textziffer „(26) Rückstellungen“ zu entnehmen.

Gemäß IFRIC 1 (Interpretation über die Bilanzierung von bestehenden Stilllegungs-, Wiederherstellungs- und ähnlichen Verpflichtungen) werden geänderte Schätzungen, die auf eine Anpassung im Hinblick auf den zeitlichen Mittelabfluss, die Höhe des Mittelabflusses oder die Höhe des für die Barwertermittlung heranzuziehenden Zinssatzes zurückzuführen sind, sowohl bei den Rückstellungen selbst als auch in gleicher Höhe bei den betreffenden, unter Sachanlagen bilanzierten Vermögenswerten berücksichtigt. Hat die Anpassung eine Verminderung des Buchwertes zur Folge und liegt der Anpassungsbetrag über dem des Restbuchwertes des Vermögenswertes, so ist der übersteigende Betrag direkt erfolgswirksam als Aufwand zu erfassen.

FINANZIELLE SCHULDEN

Bei der erstmaligen Erfassung **finanzieller Schulden** werden diese mit dem beizulegenden Zeitwert der erhaltenen Gegenleistung abzüglich der mit der Kreditaufnahme verbundenen Transaktionskosten bewertet. Nach der erstmaligen Erfassung werden die finanziellen Schulden zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Gewinne und Verluste werden nur im Periodenergebnis erfasst, wenn die Schulden ausgebucht werden.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben in der Regel eine Fälligkeit von bis zu 30 Tagen. Die Zugangsbewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert. Die Folgebewertung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten.

EVENTUALSCHULDEN, SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN UND EVENTUALFORDERUNGEN

Eventualschulden sind mögliche oder bestehende Verpflichtungen, die auf vergangenen Ereignissen beruhen und bei denen ein Ressourcenabfluss nicht wahrscheinlich ist. Sofern sie nicht durch einen Unternehmenszusammenschluss erworben wurden, werden sie nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang gezeigt. Die angegebenen Verpflichtungsvolumen bei den Eventualschulden entsprechen dem am Bilanzstichtag bestehenden Haftungsumfang.

Unter den **sonstigen finanziellen Verpflichtungen** sind künftige (garantierte) Zahlungsansprüche Dritter gegenüber den Konzerngesellschaften zu verstehen. Es handelt sich um solche Verpflichtungen, die weder (zurzeit) bilanziell passivierungsfähig sind, noch Eventualschulden darstellen.

Eventualforderungen sind mögliche Vermögenswerte, die aus Ereignissen der Vergangenheit resultieren und deren Existenz durch das Eintreten oder Nichteintreten unsicherer künftiger Ereignisse bedingt ist.

FREMDWÄHRUNGSUMRECHNUNG

Die funktionale Währung und Berichtswährung der Gesellschaft ist Euro (€). Transaktionen in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Tag der Transaktion ausgewiesen. Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen werden zum Wechselkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Unterschiedsbeträge aus Währungsumrechnung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2021 gab es genau wie Vorjahr keine Fremdwährungsumrechnung bei der GASAG-Gruppe.

6 ERLÄUTERUNG ZUR GESAMTERGEBNISRECHNUNG

(1) UMSATZERLÖSE

INT €	2021	2020
Erdgaslieferung	820.999	722.167
Stromlieferung	246.131	270.116
Netznutzungsentgelte	204.747	164.077
Wärmelieferung	55.264	39.369
Übrige	29.501	27.364
	1.356.642	1.223.093

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Erdgaslieferungen. Davon entfallen auf Endkunden 688.850 Tsd. € (Vj. 598.897 Tsd. €) und auf Weiterverteiler 132.149 Tsd. € (Vj. 123.270 Tsd. €).

Der Anstieg der Erlöse aus Erdgaslieferungen ist im Wesentlichen auf gestiegene Preise zurückzuführen. Diese resultieren im Endkundensegment hauptsächlich aus der Einführung der CO₂-Abgabe und bei Weiterverteilern aus der Marktpreisentwicklung.

Der Rückgang der Umsatzerlöse aus Stromlieferungen resultiert unter anderem auf kundenspezifisch geringeren Verbräuchen. Der Anteil der Absatzmengen für Endkunden am Stromabsatz beläuft sich auf 214.289 Tsd. € (Vj. 242.576 Tsd. €).

In den Umsatzerlösen sind EEG- und ähnliche Vergütungen des Übertragungsnetzbetreibers für eingespeiste Strommengen von Anlagenbetreibern in Höhe von 904 Tsd. € (Vj. 1.761 Tsd. €) enthalten, denen in gleicher Höhe Materialaufwendungen gegenüberstehen.

(2) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

INT €	2021	2020
Aktivierte Eigenleistungen	17.551	16.495
Auflösung passivischer Abgrenzungsposten	11.353	10.803
Erstattung für Mahn- und Gerichtskosten	4.537	2.305
Ausbuchung von abgegrenzten Verbindlichkeiten	3.817	8.743
Auflösung von Rückstellungen	2.879	3.348
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	621	330
Auflösung von Wertberichtigungen	282	806
Übrige	11.389	9.462
	52.429	52.292

(3) MATERIALAUFWAND

INT €	2021	2020
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	713.254	628.507
Aufwendungen für bezogene Leistungen	222.019	239.135
	935.273	867.642

Im Materialaufwand sind im Wesentlichen Aufwendungen für Gas und Strom enthalten, welche an die Endverbraucher direkt verteilt, an Weiterverteiler weitergeleitet sowie durch den Konzern selbst verbraucht wird. Der Anstieg der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ergibt sich vor allem aus gestiegenen Gasbezugspreisen und der Berücksichtigung der durch das BEHG zum 01.01.2021 eingeführten CO₂-Abgabe.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für netzentgeltete Gas und Strom in Höhe von 198.514 Tsd. € (Vj. 198.719 Tsd. €) enthalten. Ferner sind Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltung sowie für andere Bau- und Fremdleistungen angefallen.

(4) PERSONALAUFWAND

INT €	2021	2020
Löhne und Gehälter	100.317	102.709
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	23.666	22.030
	123.983	124.739

Der Personalaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um -0,7 Mio. € auf 124,0 Mio. € (-0,6 %). Aufgrund geringerer Mitarbeiterzahlen nimmt der Aufwand für Löhne und Gehälter ab. Dem gegenüber stehen erhöhte Aufwendungen für Altersversorgung, die aus gestiegenen Beiträgen zur VBL im Rahmen der Standortverlegung von GASAG, BAS und NBB auf den EUREF-Campus in 2021 resultieren.

Die durchschnittliche Mitarbeiteranzahl (ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der passiven Phase der Altersteilzeit) sank auf 1.620 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj. 1.658 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter). Die Absenkung resultiert im Wesentlichen aus der Umsetzung der in 2018 bis 2021 abgeschlossenen Maßnahmen im Rahmen von GASAG 2025 (vor allem Freiwilligenprogramm) sowie weiteren individuellen Vereinbarungen in 2021.

In den Sozialabgaben sind Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 7.985 Tsd. € (Vj. 7.925 Tsd. €) enthalten.

Die Aufwendungen für Altersversorgung betragen im Berichtsjahr 5.086 Tsd. € (Vj. 4.240 Tsd. €).

Im Jahresdurchschnitt waren im Konzern beschäftigt:

ANZAHL DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER ¹⁾	2021	2020
Frauen	623	647
Männer	1.061	1.061
	1.684	1.708
davon passive Phase Altersteilzeit	64	50

1) ohne Auszubildende und Vorstand

(5) ABSCHREIBUNGEN

Die Position Abschreibungen setzt sich wie folgt zusammen:

IN T €	2021	2020
Immaterielle Vermögenswerte	6.804	6.627
Planmäßige Abschreibungen	6.804	6.627
Sachanlagen	82.364	78.396
Planmäßige Abschreibungen	79.778	78.269
Außerplanmäßige Abschreibungen	2.586	127
Nutzungsrechte	11.203	11.108
Planmäßige Abschreibungen	11.023	11.108
Außerplanmäßige Abschreibungen	180	0
	100.371	96.131

Von den planmäßigen Abschreibungen auf die **immateriellen Vermögenswerte** betreffen im laufenden Geschäftsjahr 4.880 Tsd. € (Vj. 4.701 Tsd. €) Softwarelizenzen und 1.835 Tsd. € (Vj. 1.836 Tsd. €) Kundenbeziehungen. Auf gewährte Umstellbeihilfen beziehungsweise Förderungszuschüsse entfallen 37 Tsd. € (Vj. 40 Tsd. €).

Auf **Sachanlagen** vorgenommene außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 2.586 Tsd. € (Vj. 127 Tsd. €) betreffen im laufenden Geschäftsjahr die Photovoltaikanlage in Mariendorf und sind auf einen vorzeitig geplanten Anlagenrückbau zurückzuführen. Die Wertminderung wird in der Position Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen ausgewiesen. Im Vorjahr betreffen diese die Position Grundstücke und Gebäude.

(6) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

IN T €	2021	2020
Konzessionsabgaben	27.503	28.144
Werbung, Repräsentation und Verkaufsförderung	19.931	18.127
IT-Dienstleistungen	17.965	18.251
Andere Dienst- und Fremdleistungen	10.500	10.399
Rechts- und sonstige Beratung einschl. Prüfungsaufwendungen	8.742	9.659
Ausbuchungen und Wertberichtigung auf Forderungen	5.608	4.100
Abfindungen und Interessenausgleich „GASAG 2025“	4.784	3.418
Leasingaufwendungen	3.107	3.507
Versicherungen	2.453	2.486
Post- und Frachtaufwand	1.822	2.076
Abgangsverluste des Anlagevermögens	1.767	777
Bewirtungs- und Reisekosten	1.226	799
Sonstige Steuern	314	475
Aufwand aus Entkonsolidierung	0	4.839
Übrige	7.241	5.666
	112.963	112.723

Der Aufwand aus Endkonsolidierung resultiert aus dem Abgang von Biogasgesellschaften im Vorjahr in Höhe von 4,8 Mio. €.

(7) BETEILIGUNGSERGEBNIS

IN T €	2021	2020
Beteiligungsergebnis		
davon Ergebnisanteil an at-equity bilanzierten Unternehmen	1.615	-453
davon Ergebnis aus anderen Beteiligungen	1.235	1.220
	2.850	767

Das Beteiligungsergebnis enthält die Ergebnisbeiträge der betrieblich veranlassten Beteiligungen. Die Geschäftstätigkeit dieser Beteiligungen ist eng mit der Betriebstätigkeit des Konzerns verbunden.

Sämtliche Erträge und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit diesen nicht notierten Eigenkapitalinstrumenten stehen, sind im Beteiligungsergebnis enthalten. Alle zum 31. Dezember 2021 gehaltenen Anteile an at-equity bilanzierten Unternehmen und anderen Beteiligungen sind in der Beteiligungsübersicht unter dem Kapitel „3 Konsolidierungskreis“ aufgeführt.

(8) FINANZERGEBNIS

IN T €	2021	2020
Finanzierungsaufwendungen	-15.932	-18.795
Zinsen aus Kontokorrentkrediten und Darlehen gegenüber Kreditinstituten	-12.065	-15.795
Zinsen aus sonstigen finanziellen Schulden	-1.642	-1.463
Aufzinsung Rückstellungen	-104	-387
Zinsen aus Finanzierungsleasingverhältnissen	-2.121	-1.150
Sonstiges Finanzergebnis	5.718	-622
Zinserträge und zinsähnliche Erträge	2.462	1.790
Bewertungseffekte IFRS 9	3.256	-2.412
	-10.214	-19.417

Der Rückgang der Finanzierungsaufwendungen ist auf bessere Finanzierungsbedingungen zurückzuführen. Die Veränderung im sonstigen Finanzergebnis ergibt sich im Wesentlichen aus fair Value Bewertung einer Beteiligung.

(9) STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

IN T €	2021	2020
Körperschaftsteuer	5.085	6.972
<i>davon periodenfremd</i>	-157	1.559
Gewerbsteuer	7.097	8.886
<i>davon periodenfremd</i>	-1.816	3.101
Laufende Ertragsteuern	12.182	15.858
Latente Steuern auf temporäre Differenzen	18.460	-5.601
<i>davon periodenfremd</i>	2.078	-6.968
Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge	5.834	8.622
<i>davon periodenfremd</i>	-929	1.255
Latente Steuern	24.294	3.021
Ertragsteuern	36.476	18.879

Die latenten Steuern wurden mit unternehmensspezifischen Steuersätzen ermittelt. Dabei wurden neben der Körperschaftsteuer von 15,00 %, der Solidaritätszuschlag von 5,50 % auf die Körperschaftsteuer und Gewerbesteuererträge in einer Spanne von 9 – 16 % (Vj. 9 – 16 %) berücksichtigt.

Die Überleitung vom theoretischen Ertragsteueraufwand zum effektiv ausgewiesenen Steuerertrag ist nachfolgend dargestellt:

IN T €	2021	2020
Ergebnis vor Ertragsteuern	127.744	57.093
Konzernsteuersatz	30,18 %	30,18 %
Theoretischer Ertragsteueraufwand	38.553	17.231
Steuereffekte auf		
Unterschiede Steuersätze und Steuersatzänderungen	-335	64
Steuerfreie Erträge	-91	-388
Nicht abziehbare Betriebsausgaben	67	2.256
Auswirkung von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren		
Steuern aus Vorjahren	-2.274	-1.294
Nutzung von im Vorjahr nicht genutzten Verlustvorträgen	-32	-126
Nicht aktivierte latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge	277	241
Hinzurechnungen / Kürzungen Gewerbesteuer	796	1.820
Sonstiges	-485	-925
Effektiver Ertragsteueraufwand	36.476	18.879
Effektiver Steuersatz	28,6 %	33,1 %

Die „Unterschiede Steuersätze und Steuersatzänderungen“ resultieren im Wesentlichen aus der Abweichung vom Konzernsteuersatz zu Steuersätzen der Gesellschaften. Die Entwicklung in der Position im Vergleich zum Vorjahr ist auf die gestiegenen Ergebnisse der Gesellschaften und auf den geänderten durchschnittlichen Gewerbesteuerertrag aufgrund des in 2021 erfolgten Umzugs der EMB und der Veränderungen in der Zerlegung der GewSt bei der GASAG zurückzuführen.

Die nicht abzugsfähigen Betriebsausgaben beinhalten steuerlich nicht anzusetzende Gewinnminderungen, außerbilanzielle Korrekturen gemäß § 8b KStG sowie sonstige nicht abzugsfähige Aufwendungen. Der Rückgang im Berichtsjahr ist im Wesentlichen durch den Effekt aus der Minderung bzw. Erstattung von Nachzahlungszinsen nach § 233a AO für vergangene Jahre bedingt. Der Vorjahreswert in der Position war erheblich durch die steuerlich nicht abziehbaren Verluste aus Verkäufen von Anteilen an Kapitalgesellschaften beeinflusst.

Die Steuern aus Vorjahren enthalten insbesondere Effekte aus der erstmaligen Aktivierung der latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge der Geo-En GmbH, Steuererstattungen für 2009 aus finanzgerichtlichen Einigung und Nachbuchungen in Steuerbilanzen der Vorjahre.

Für Verlustvorträge, deren Realisierung nicht mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist, werden keine aktiven latenten Steuern bilanziert. Auf körperschaftsteuerliche Verlustvorträge entfallen 1.034 Tsd. € (Vj. 11.774 Tsd. €), auf gewerbsteuerliche Verlustvorträge 5.794 Tsd. € (Vj. 14.745 Tsd. €).

Für die Entwicklung der Position „Hinzurechnungen/Kürzungen Gewerbesteuer“ ist im Berichtsjahr insbesondere die wegen der verbesserten Finanzierungsbedingungen beträchtlich gesunkenen hinzurechnungspflichtigen Zinsaufwendungen sowie die infolge im Geschäftsjahr 2020 erfolgten Übertragung des Betriebsteils Netz bei der NBB stark gesunkenen hinzurechnungspflichtigen Pacht aufwendungen ausschlaggebend.

Der unter „Sonstiges“ gezeigte Effekt resultiert im Wesentlichen aus der at-equity-Bewertung der Anteile an assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen.

Im Jahr 2021 hat sich das Eigenkapital um die auf die ergebnisneutralen Bestandteile entfallenden latenten Steuern in Höhe von -101.510 Tsd. € verändert (Vj. -22.313 Tsd. €).

(10) ERGEBNIS AUS NICHT FORTGEFÜHRTEN TÄTIGKEITEN

IN T €	2021	2020
Umsatzerlöse	25	13
Sonstige betriebliche Erträge	626	2.274
Aufwendungen	124	1.398
Ergebnis vor Steuern	527	889
Steuern vom Einkommen und Ertrag	159	268
Ergebnis aus nicht fortgeführten Tätigkeiten	368	621

Der Aufsichtsrat der GASAG hatte im Dezember 2016 die Entscheidung getroffen, den Berliner Erdgasspeicher stillzulegen. Die Vermarktung von Speicherkapazitäten wurde zum 1. April 2017 beendet. Der Abschlussbetriebsplan wurde im Mai 2018 beim Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg (LBGR) eingereicht. Die Stilllegungsgenehmigung wird im 2. Halbjahr 2022 erwartet. In der Kapitalflussrechnung werden Angaben im Zusammenhang mit den nicht fortgeführten Tätigkeiten unter dem Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit ausgewiesen.

(11) ERGEBNISNEUTRALE BESTANDTEILE DER GESAMTERGEBNISRECHNUNG

Angabe der im Eigenkapital erfassten ergebnisneutralen Bestandteile

IN T €	2021	2020
Cashflow Hedges:		
In der laufenden Periode entstandene Gewinne	331.894	13.434
Zuzüglich ergebniswirksamer Umbuchungen in die Gewinn- und Verlustrechnung	3.173	65.525
	335.067	78.959
Neubewertung von Vermögenswerten:		
Versicherungsmathematisches Ergebnis	6.557	-5.428
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses vor Steuern	341.624	73.531
Auf die ergebnisneutralen Bestandteile entfallende Ertragsteuern	-101.510	-22.313
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses	240.114	51.218
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses auf Anteile ohne beherrschendem Einfluss	-3	-2
Ergebnisneutrale Bestandteile des Gesamtergebnisses auf Anteile mit beherrschendem Einfluss	240.111	51.216

(12) ERGEBNIS JE AKTIE

das Ergebnis je Aktie aus der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt sich, indem der Jahresüberschuss auf Anteile mit beherrschendem Einfluss durch die durchschnittliche Zahl der Aktien dividiert wird. Die GASAG hat ausschließlich Stammaktien ausgegeben.

Eine Verwässerung dieser Kennzahl könnte durch potenzielle Aktien auftreten (vor allem durch Aktienoptionen und Wandelanleihen). Potenzielle Aktien bestehen nicht und sind nicht geplant.

		2021	2020
Jahresüberschuss auf Anteile mit beherrschendem Einfluss	T €	90.948	36.942
Zahl der im Umlauf befindlichen Aktien (gewichteter Durchschnitt)	T Stk	8.100	8.100
Ergebnis je Aktie (GASAG-Konzern)	€	11,23	4,56
<i>davon für fortgeführte Geschäftsbereiche</i>	€	11,18	4,48
<i>davon für nicht fortgeführte Geschäftsbereiche</i>	€	0,05	0,08
Dividendenzahlungen an die Anteilseigner	T €	53.217 ¹⁾	34.992 ²⁾
Dividende je Aktie der GASAG	€	6,57 ¹⁾	4,32 ²⁾

1) vorgeschlagen
2) in 2021 ausgezahlt

7 ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(13) IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Die immateriellen Vermögenswerte haben sich wie folgt entwickelt:

IN T €	Geschäfts- und Firmenwerte	Erworbene immaterielle Vermögenswerte	Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	GESAMT
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2020	161.712	120.691	7.835	290.238
Änderung Konsolidierungskreis	0	-14	0	-14
Zugänge	0	3.296	0	3.296
Abgänge	320	5.550	0	5.870
Stand 31.12.2021	161.392	118.423	7.835	287.650
Abschreibungen				
Stand 01.01.2021	7.755	83.179	7.758	98.692
Änderung Konsolidierungskreis	0	-5	0	-5
Zugänge	0	6.608	20	6.628
Abgänge	0	5.516	0	5.516
Stand 31.12.2020	7.755	84.266	7.778	99.799
Restbuchwerte am 31.12.2020	153.637	34.157	57	187.851
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2021	161.392	118.423	7.835	287.650
Zugänge	0	4.404	359	4.763
Abgänge	0	1.114	0	1.114
Umbuchungen	0	-84	99	15
Stand 31.12.2021	161.392	121.629	8.293	291.314
Abschreibungen				
Stand 01.01.2021	7.755	84.266	7.778	99.799
Zugänge	0	6.784	20	6.804
Abgänge	0	1.053	0	1.053
Stand 31.12.2021	7.755	89.997	7.798	105.550
Restbuchwerte am 31.12.2021	153.637	31.632	495	185.764

Zur Durchführung des Werthaltigkeitstests von Geschäfts- oder Firmenwerten wurden diese den Zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Die Zuordnung ist nachfolgend dargestellt:

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
EMB Energie Mark Brandenburg	120.180	120.180
SpreeGas	22.554	22.554
GASAG Solution Plus	4.901	4.901
NBB	3.491	3.491
Geo-En Energy	1.956	1.956
Sonstige	555	555
	153.637	153.637

Es gibt wie im Vorjahr keinen Impairmentbedarf für den **Geschäfts- oder Firmenwert**.

In den **Erworbenen immateriellen Vermögenswerten** sind hauptsächlich Kundenstämme mit 17.431 Tsd. € (Vj. 19.266 Tsd. €) enthalten. Hiervon entfallen auf den Kundenstamm der SpreeGas 12.950 Tsd. € (Vj. 14.314 Tsd. €) bei einem verbleibenden Amortisationszeitraum von 11 Jahren sowie auf den Kundenstamm der EMB 4.481 Tsd. € (Vj. 4.952 Tsd. €) bei einem verbleibenden Amortisationszeitraum von 10,5 Jahren. Einen weiteren Bestandteil dieser Position bilden die den Sondervertragskunden gewährten Umstellungsbeihilfen beziehungsweise Förderungszuschüsse in Höhe von 126 Tsd. € (Vj. 152 Tsd. €) und Software im Wert von 13.410 Tsd. € (Vj. 14.059 Tsd. €).

Die Zugänge entfallen vorwiegend auf Software sowie auf gewährte Umstellungsbeihilfen beziehungsweise Förderungszuschüsse. Letztere werden nach Ablauf ihrer Laufzeit ausgebucht.

Den weitaus größten Anteil an Abgängen bilden neben den Umstellungsbeihilfen beziehungsweise Förderungszuschüssen nicht mehr im Einsatz befindliche und bereits abgeschriebene Softwaresysteme.

Software im Wert von 1.926 Tsd. € (Vj. 1.862 Tsd. €) ist noch nicht betriebsbereit.

Eigentums- oder Verfügungsbeschränkungen in Form von Grundpfandrechten oder Sicherungsübereignungen bestehen in einem nur sehr geringen Umfang.

In der Position **Selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte** sind im Wesentlichen Entwicklungskosten für Softwarelösungen enthalten.

(14) SACHANLAGEN

Die Sachanlagen haben sich wie folgt entwickelt:

IN T €	Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungs- anlagen	Grundstücke und Gebäude	Sonstiges Sachanlage- vermögen	GESAMT
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2020	3.274.253	65.891	25.377	3.365.521
Änderung Konsolidierungskreis	-19.859	-6.402	-926	-27.187
Zugänge	124.940	3.507	2.713	131.160
Abgänge	19.673	2.985	1.109	23.767
Umbuchungen	-5.622	5.750	-128	0
Stand 31.12.2020	3.354.039	65.761	25.927	3.445.727
Abschreibungen				
Stand 01.01.2020	1.799.979	26.571	16.579	1.843.129
Änderung Konsolidierungskreis	-8.039	-1.437	-519	-9.995
Zugänge	73.963	2.181	2.266	78.410
Zuschreibungen	871	0	0	871
Abgänge	19.016	2.973	1.031	23.020
Stand 31.12.2020	1.846.016	24.342	17.295	1.887.653
Restbuchwerte am 31.12.2020	1.508.023	41.419	8.632	1.558.074
Anschaffungs- und Herstellungskosten				
Stand 01.01.2021	3.354.039	65.761	25.927	3.445.727
Zugänge	112.188	5.554	7.230	124.972
Abgänge	23.514	1.178	4.717	29.409
Umbuchungen	-241	-135	527	151 ¹⁾
Stand 31.12.2021	3.442.472	70.002	28.967	3.541.441
Abschreibungen				
Stand 01.01.2021	1.846.016	24.342	17.295	1.887.653
Zugänge	77.890	2.023	2.469	82.382
Zuschreibungen	39	0	0	39
Abgänge	22.073	1.031	4.236	27.340
Umbuchungen	254	0	35	289 ¹⁾
Stand 31.12.2021	1.902.048	25.334	15.563	1.942.945
Restbuchwerte am 31.12.2021	1.540.424	44.668	13.404	1.598.496

1) davon Umgliederung aus den Nutzungsrechten IFRS16 in Höhe von 320 Tsd. € (AHK) und 289 Tsd. € (WB)
davon Umgliederung in das Umlaufvermögen in Höhe von -154 Tsd. € (AHK)

Die **Bezugs-, Erzeugungs- und Verteilungsanlagen** beinhalten mit den Grunddienstbarkeiten (einschließlich der Grunddienstbarkeiten gemäß § 9 GBBerG) eine immaterielle Komponente, die den entsprechenden Verteilungsanlagen zugeordnet ist. Der Buchwert der Grunddienstbarkeiten beträgt 16.565 Tsd. € (Vj. 15.766 Tsd. €).

Der weitaus größte Anteil der Zugänge entfällt auf den Ausbau der Netzverteilungsanlagen, welcher Ersatz- und Neuinvestitionen umfasst.

Für Vermögenswerte mit einem Buchwert von 37.389 Tsd. € (Vj. 33.778 Tsd. €) bestehen Verfügungsbeschränkungen durch Sicherungsübereignung an Darlehensgeber.

Der überwiegende Teil der Abgänge entfällt auf den anteiligen Rückbau des Berliner Erdgasspeichers, welcher bereits vollständig abgeschlossen war. Weitere Abgänge entstanden bei Rohr- und Hausanschlussleitungen sowie Wärmeerzeugungsanlagen.

Die Zuschreibung in Höhe von 39 Tsd. € betrifft die Wiederinbetriebnahme einer Stromnetzverteilungsanlage. Im Vorjahr resultiert die Zuschreibung in Höhe von 871 Tsd. € aus der Nutzungsänderung einer ehemaligen Feldleitung des Berliner Erdgasspeichers und Einbindung in das Berliner Erdgasnetz. Es erfolgt eine Wertaufholung auf den beizulegenden Zeitwert des Vermögenswertes.

Bei den **Grundstücken und Gebäuden** entfallen 10.642 Tsd. € (Vj. 10.653 Tsd. €) auf Grundstücke, welche im Wesentlichen mit ihren historischen Bilanzwerten berücksichtigt sind.

Die Abgänge bei Grundstücken und Gebäuden betreffen im Wesentlichen Mietereinbauten, welche durch Standortwechsel veranlasst sind.

Im **Sonstigen Sachanlagevermögen** ist hauptsächlich Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten.

Insgesamt sind im Sachanlagevermögen Anlagen im Bau in Höhe von 38.730 Tsd. € (Vj. 40.149 Tsd. €) enthalten. Diese umfassen im Wesentlichen investive Maßnahmen in die Gasnetzverteilungsanlagen sowie im Bau befindliche Anlagen zur Wärmeerzeugung.

(15) NUTZUNGSRECHTE IFRS 16

Leasing-Nutzungsrechte haben sich wie folgt entwickelt:

IN T €	Verteilungsanlagen	Immobilien	Sonstige	GESAMT
Stand 01.01.2020	27.746	23.731	3.063	54.540
Zugänge	0	31.573	1.167	32.740
Abgänge	-1.043	0	-4	-1.047
Umbuchungen	0	0	0	0
Abschreibungen	-1.986	-7.854	-1.317	-11.157
Stand 31.12.2020	24.717	47.450	2.909	75.076
Stand 01.01.2021	24.717	47.450	2.909	75.076
Zugänge	960	34.876	970	36.806
Abgänge	0	-249	0	-249
Umbuchungen	0	0	-31	-31 ¹⁾
Abschreibungen	-2.042	-7.963	-1.243	-11.248
Stand 31.12.2021	23.635	74.114	2.605	100.354

1) Umgliederung in die Erzeugungs-, Bezugs- und Verteilungsanlagen in Höhe von -31 Tsd. €

In den Immobilien sind im Wesentlichen die Anmietung von Büroflächen sowie Flächen für Energieanlagen enthalten. Bei den Verteilungsanlagen handelt es sich überwiegend um Netzpachtvereinbarungen für Teile des Gasnetzes in verschiedenen Gemeinden Brandenburgs.

Der Anstieg der Nutzungsrechte im Geschäftsjahr 2021 ist im Wesentlichen auf den Ansatz des Mietvertrages für Bürogebäude im Zusammenhang mit dem Wechsel des Standortes der NBB auf den EUREF-Campus zurückzuführen.

(16) ANTEILE AN AT-EQUITY BILANZIERTEN UNTERNEHMEN

Der **Geschäfts- oder Firmenwert**, der auf at-equity bilanzierte Unternehmen entfällt, wurde gemäß IAS 28.42 nicht unter den immateriellen Vermögenswerten, sondern als Bestandteil des Buchwertes der Anteile an assoziierten Unternehmen in Höhe von 784 Tsd. € (Vj. 784 Tsd. €) ausgewiesen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die zusammengefassten Finanzinformationen über die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen dargestellt, die durchgängig aus fortgeführten Tätigkeiten resultieren (GASAG-Anteile):

ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Langfristige Vermögenswerte	15.739	15.902
Kurzfristige Vermögenswerte	3.765	3.436
Langfristige Schulden	1.572	3.820
Kurzfristige Schulden	11.117	8.956
Bilanzsumme	19.504	19.338
Umsatzerlöse	6.573	6.715
Jahresüberschuss	500	386

GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Langfristige Vermögenswerte	2.562	2.511
Kurzfristige Vermögenswerte	1.340	1.476
Langfristige Schulden	416	488
Kurzfristige Schulden	1.889	2.006
Bilanzsumme	3.902	3.987
Umsatzerlöse	1.975	1.207
Jahresüberschuss	213	149

Die Beteiligungswerte setzen sich wie folgt zusammen:

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Assoziierte Unternehmen	11.278	10.396
Gas-Versorgung Cottbus GmbH, Cottbus	3.588	3.108
Netzgesellschaft Hohen Neuendorf GmbH & Co. KG, Hohen Neuendorf	2.658	2.556
Berliner Energieagentur GmbH, Berlin	1.784	1.784
WGI GmbH, Dortmund	1.032	928
Rathenower Netz GmbH, Rathenow	1.412	1.216
NGK Netzgesellschaft Kyritz mbH, Kyritz	545	545
Gasversorgung Zehdenick GmbH, Zehdenick	259	259
Gemeinschaftsunternehmen	1.670	1.545
ARGE Wärmelieferung, Cottbus	551	551
Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, Hennigsdorf	975	975
G2Plus GmbH, Berlin	130	13
CG GreenTec GmbH, Berlin	8	0
CG Netz-Werk GmbH, Berlin	6	6
Beteiligungsbuchwerte an at-equity bilanzierten Unternehmen	12.948	11.941

(17) FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE

Langfristige finanzielle Vermögenswerte

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Sonstige Ausleihungen	1.613	1.658
Beteiligungen	17.967	14.712
Forderungen Finanzierungsleasing	5.053	4.469
Derivate ¹⁾	50.519	5.727
	75.152	26.566

1) davon als zu Handelszwecken gehalten 0 562

Beteiligungen betreffen **Finanzinvestitionen in nicht notierte Eigenkapitalinstrumente**, welche in der Beteiligungsübersicht in der Gruppe „andere Anteile“ enthalten sind. Der Anstieg im Geschäftsjahr 2021 ist auf die Zuschreibung einer Beteiligung der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet“ zurückzuführen. Hinsichtlich der Bewertung wird auf Textziffer **„(30) Berichterstattung zu Finanzinstrumenten“** verwiesen.

Langfristige finanzielle Vermögenswerte beinhalten auch den langfristigen Anteil der **Leasingforderungen** aus Leasingverhältnissen, die als Finance Lease klassifiziert wurden. Die GASAG Solution tritt bei den Contracting-Projekten als Leasinggeber auf. Sofern wesentliche Chancen und Risiken im Rahmen von abgeschlossenen Verträgen auf den Leasingnehmer übergehen, wird der Leasinggegenstand ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswertes ausgewiesen.

Nachfolgend sind die Mindestleasingzahlungen sowie die Überleitung zu den Bruttoinvestitionen in die Leasingverhältnisse dargestellt:

31.12.2021 IN T €	Barwert Mindestleasingrate	Noch nicht realisierter Finanzertrag	Bruttoinvestition
Mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	614	643	1.257
Mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	2.753	1.737	4.490
Mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	2.300	788	3.088
	5.667	3.168	8.835

Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

31.12.2020 IN T €	Barwert Mindestleasingrate	Noch nicht realisierter Finanzertrag	Bruttoinvestition
Mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	618	595	1.213
Mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	2.619	1.583	4.202
Mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	1.849	445	2.294
	5.086	2.623	7.709

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter der Textziffer **„(30) Berichterstattung zu Finanzinstrumenten“** dargestellt.

Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Forderungen Finanzierungsleasing	591	591
Derivate ¹⁾	236.991	11.690
	237.582	12.281

1) davon als zu Handelszwecken gehalten 22 456

Der deutliche Anstieg von kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten ist auf die Erhöhung von Marktwerten der als Derivate bilanzierten Termingeschäfte im Zuge der gestiegenen Energiepreise zurückzuführen.

(18) VERMÖGENSWERTE IM ZUSAMMENHANG MIT KUNDENVERTRÄGEN

Die Vermögenswerte im Zusammenhang mit Kundenverträgen betreffen im Wesentlichen aktivierte Vertragskosten in Höhe von 35.123 Tsd. € (Vj. 33.964 Tsd. €) (davon kurzfristig 11.985 Tsd. € (Vj. 10.810 Tsd. €)). Hierbei handelt es sich ausschließlich um Vertragsgewinnungskosten. Dabei werden die von Dritten in Rechnung gestellten Aufwendungen der Periode (zum Beispiel Provisionszahlungen an Vertriebspartner) aktiviert. Der sich daraus ergebende Vermögenswert wird planmäßig linear über die durchschnittliche Kundenbindungsdauer verbraucht. Der Verbrauch im Geschäftsjahr beträgt 11.949 Tsd. € (Vj. 9.735 Tsd. €).

Des Weiteren sind vertragliche Vermögenswerte in Höhe von 5.392 Tsd. € (Vj. 6.388 Tsd. €) (davon kurzfristig 4.625 Tsd. € (Vj. 5.190 Tsd. €)) enthalten, die im Wesentlichen aus der Gewährung von Bonuszahlungen an Kunden resultieren und über die Vertragslaufzeit verbraucht werden. Die Minderung der Umsatzerlöse durch die periodengerechte Verteilung der zuvor erfassten vertraglichen Vermögenswerte betrug 6.574 Tsd. € (Vj. 7.197 Tsd. €) im abgelaufenen Geschäftsjahr.

(19) LATENTE STEUERN (AKTIVISCH UND PASSIVISCH)

Die aktiven und passiven latenten Steuern resultieren aus temporären Bewertungsunterschieden zwischen IFRS-Bilanz und Steuerbilanz, sowie aus steuerlichen Verlustvorträgen.

IN T €		31.12.2021	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2020
		AKTIVE LATENTE STEUERN	PASSIVE LATENTE STEUERN	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Immaterielle Vermögenswerte	(1)	9.610	5.547	11.661	6.003
Sachanlagen	(2)	3.843	119.703	3.453	109.668
Nutzungsrechte	(3)	0	29.878	0	22.490
Anteile an assoziierten Unternehmen		81	0	54	0
Finanzielle Vermögenswerte	(4)	0	112.008	383	7.906
Vorräte	(5)	535	249	611	614
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen		752	381	786	180
Vermögenswerte im Zusammenhang mit Kundenverträgen	(6)	0	12.107	0	13.136
Passivischer Abgrenzungsposten	(7)	36.455	877	32.269	1.102
Rückstellungen	(8)	14.144	9.684	17.995	1.190
Finanzielle Schulden	(9)	9.872	141	6.051	170
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten	(10)	31.789	68	25.830	65
		107.081	290.643	99.093	162.524
Steuerliche Verlustvorträge	(11)	29.826		35.659	
Bruttobetrag		136.907	290.643	134.752	162.524
Saldierung		112.762	112.762	93.131	93.131
Nettobetrag		24.145	177.881	41.621	69.393
davon kurzfristig		12.411	838	10.222	1.030
davon langfristig		124.496	289.805	124.530	161.494

Die Abweichungen zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz ergeben sich wie nachfolgend aufgeführt:

- (1) Die Reduzierung der passiven latenten Steuern resultiert aus der Abschreibung von Kundenstämmen, die in der Steuerbilanz nicht aktiviert wurden. Ursächlich für die Minderung der aktiven latenten Steuern ist die Abschreibung der in Vorjahren in den Ergänzungsbilanzen der NBB aktivierten Firmenwerte, die aus den Übertragungen der NBB-Anteile von der GASAG, EMB und SpreeGas auf die GBG resultieren.
- (2) Die Bewertungsunterschiede sind Folge der zugrunde gelegten Nutzungsdauern, die in der Regel nach IFRS einen längeren Zeitraum umfassen. Weiterhin sind die dinglichen Grundstücksrechte gemäß § 9 GBBerG steuerlich nicht abnutzbar. Im Rahmen des Verkaufs von Netzanlagevermögen von der GASAG an die NBB und der damit einhergehender Neubewertungen in der Steuerbilanz ergaben sich zusätzliche Bewertungsunterschiede. Der Anstieg im Berichtsjahr ist darauf zurückzuführen, dass technische Anlagen im Rahmen des sog. Contractingmodells nach IFRS beim Contracting-Nehmer zu bilanzieren sind.

Die Bestandszunahme der passiven latenten Steuern ist auf den abweichenden Ausweis des Abgrenzungspostens für Baukosten- und Investitionszuschüsse im Rahmen der Übertragung des Betriebsteils Netz von der GASAG auf die NBB zurückzuführen. In den Bilanzen der GASAG

wurden diese saldiert mit Assets des Sachanlagenvermögens ausgewiesen. In der IFRS-Bilanz der NBB werden die Abgrenzungen – abweichend von der Steuerbilanz – im Berichtsjahr offen im passivischen Abgrenzungsposten gezeigt. Der daraus resultierende Anstieg der passiven latenten Steuern korrespondiert insoweit mit der Erhöhung der aktiven latenten Steuern auf den passivischen Abgrenzungsposten (7).

- (3) Die passiven latenten Steuern ergeben sich aus der Berücksichtigung der Anforderungen des IFRS 16.
 - (4) Die Erhöhung der passiven latenten Steuern ist im Wesentlichen durch die Bewertung der Derivate entsprechend IFRS 9 mit ihren Marktwerten bedingt.
 - (5) Die aktiven latenten Steuern sind auf die Bewertungsunterschiede hinsichtlich der unfertigen Leistungen zurückzuführen.
- Der Rückgang der passiven latenten Steuern resultiert daraus, dass der in den Erdgasspeichern der GASAG befindliche Bestand an Arbeitsgas unter der Anwendung der Durchschnittsmethode bewertet wird; in der Steuerbilanz dagegen wird die LIFO-Methode angewendet.
- (6) Die unterschiedlichen Bilanzansätze werden durch die Anwendung des IFRS 15 begründet.
 - (7) Die aktiven latenten Steuern im Passiven Abgrenzungsposten ergeben sich aus der unterschiedlichen Auflösung der Sonderposten aus Investitionszuschüssen zwischen Steuerbilanz und IFRS-Bilanz und sind aufgrund des unter (2) näher beschrieben abweichenden Ausweises gestiegen. Die passive latente Steuer ergibt sich aus dem steuerlich bei der SpreeGas GmbH gebildeten Sonderposten mit Rücklageanteil.

- (8) Unterschiede bei den Rückstellungen resultieren aus der abweichenden Bilanzierung beziehungsweise Bewertung der Pensionsrückstellungen, der Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen und VBL-Sanierungsgeld. Die mittelbaren Pensionsverpflichtungen (im Wesentlichen Vereinbarungen über die Versorgung der Angestellten und Arbeiter des Landes Berlin sowie VBL-Sanierungsgeld) werden nach IFRS bilanziert. Ferner werden abweichende versicherungsmathematische Parameter zugrunde gelegt. Die sonstigen langfristigen Rückstellungen (Laufzeit über zwölf Monate) werden nach IFRS abweichend von steuerlichen Regelungen abgezinst.

Die Veränderung in den passiven latenten Steuer ergeben sich überwiegend aus der Erhöhung der Rückstellungen aus regulatorischen Sachverhalten in der Steuerbilanz, die nach IFRS nicht angesetzt werden.

- (9) Die Zunahme der latenten Steuern auf finanzielle Schulden beruht im Wesentlichen auf der Entwicklung der Marktwerte der Derivate.
- (10) Der Anstieg der aktiven latenten Steuern resultiert aus der Anwendung des IFRS 16.
- (11) Entsprechend IAS 12 werden latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge gebildet. Die Verminderung der latenten Steuern auf Verlustvorträge resultiert aus deren Nutzung im Berichtsjahr.

Im Berichtsjahr sind 93.038 Tsd. € (Vj. -8.473 Tsd. €) latente Steuern aus der erfolgsneutralen Bewertung mit dem Eigenkapital verrechnet.

Im Gesamtbetrag der aktiven latenten Steuern sind Steuererminderungsansprüche enthalten, die sich aus der erwarteten Nutzung folgender bestehender Verlustvorträge in Folgejahren ergeben:

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Körperschaftsteuer (einschl. Solidaritätszuschlag)	49.318	73.397
Gewerbsteuer	158.409	166.607

Die latenten Steuern aus Vorträgen noch nicht genutzter steuerlicher Verluste sind aktiviert, soweit ihre Realisierung mit ausreichender Sicherheit gewährleistet ist.

Latente Steueransprüche und Schulden sind zu saldieren, wenn die tatsächlichen Steuern aufrechenbar sind, diese gegenüber der gleichen Steuerbehörde bestehen und das gleiche Steuersubjekt betreffen.

(20) VORRÄTE

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	286	321
Waren	8.019	7.175
Unfertige Leistungen	2.368	3.550
Geleistete Anzahlungen	63.728	0
	74.401	11.046

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Waren betreffen das in den Erdgasspeichern bevorratete Arbeitsgas in Höhe von 8.019 Tsd. € (Vj. 7.175 Tsd. €).

Die Emissionszertifikate wurden erstmalig im Rahmen der Einführung des nationalen Emissionshandels erworben. Die Vorräte unterliegen keiner Verfügungsbeschränkung; andere Belastungen liegen ebenfalls nicht vor.

(21) ERTRAGSTEUERFORDERUNGEN

Unter Steuerforderungen werden die Erstattungsansprüche für Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer sowie Kapitalertragsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag ausgewiesen.

(22) FORDERUNGEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE FORDERUNGEN

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und die sonstigen Forderungen stellen unverzinsliche Forderungen dar.

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	233.818	144.285
aus Gaslieferungen	146.757	68.139
aus Netznutzungsentgelten	24.525	19.598
aus Wärme- und Stromlieferungen	49.046	51.082
aus sonstigen Lieferungen und Leistungen	13.490	5.466
Sonstige Forderungen	90.854	15.478
	324.672	159.763

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind neben den an die Kunden in Rechnung gestellten Lieferungen und Leistungen die noch nicht abgerechneten Forderungen aus Gas-, Wärme- und Stromlieferungen sowie Netznutzungsentgelten in Höhe von 712.361 Tsd. € (Vj. 628.962 Tsd. €) enthalten, die mit den noch nicht abgerechneten Abschlagszahlungen in Höhe von 544.049 Tsd. € (Vj. 530.786 Tsd. €) saldiert wurden.

Von den sonstigen Forderungen entfallen auf die Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer 679 Tsd. € (Vj. 503 Tsd. €), auf Rechnungsabgrenzungsposten 1.308 Tsd. € (Vj. 864 Tsd. €), aus sonstigen Steuern 6.131 Tsd. € (Vj. 3.009 Tsd. €) und auf die im Rahmen der energiebezogenen Börsengeschäfte geleistete initial margin 67.029 Tsd. € (Vj. 6.148 Tsd. €).

Die folgende Tabelle zeigt die Alterstruktur der Buchwerte der Forderungen aus Lieferung und Leistungen sowie die zugehörige Wertberichtigungen je Laufzeitband:

IN T €	Buchwert	Nicht fällig	Seit 1-30 Tagen fällig	Seit 30-60 Tagen fällig	Seit 60-120 Tagen fällig	Seit 120-360 Tagen fällig	Seit über 360 Tagen fällig
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen vor Wertberichtigungen zum 31.12.2021	238.976	197.358	20.301	3.919	1.711	6.003	9.684
Wertberichtigungen	5.158	1.833	561	109	99	786	1.770
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2021	233.818	195.525	19.740	3.810	1.612	5.217	7.914
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen vor Wertberichtigungen zum 31.12.2020	148.376	118.791	8.709	3.063	1.205	5.586	11.021
Wertberichtigungen	4.091	1.236	234	77	71	683	1.789
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2020	144.285	117.555	8.475	2.986	1.134	4.903	9.232

Die abgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind in der Regel innerhalb von 16 Tagen fällig.

Hinsichtlich der überfälligen, nicht wertgeminderten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen deuten zum Abschlussstichtag keine Anzeichen darauf hin, dass die Schuldner ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen werden.

Die Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

INT €	2021	2020
Wertberichtigungen		
Stand 01.01.	4.091	4.881
Zuführungen (Aufwendungen für Wertberichtigungen)	1.288	452
Verbrauch	6	554
Auflösung	215	688
Stand 31.12.	5.158	4.091

Der Gesamtbetrag der Zuführungen von 1.288 Tsd. € (Vj. 452 Tsd. €) setzt sich zusammen aus Zuführungen aufgrund von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 267 Tsd. € (Vj. 206 Tsd. €) und pauschalierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 1.021 Tsd. € (Vj. 246 Tsd. €). Im Rahmen der Auflösungen wurden Rückgängigmachungen von Einzelwertberichtigungen in Höhe von 41 Tsd. € (Vj. 20 Tsd. €) und Rückgängigmachungen von pauschalierten Einzelwertberichtigungen in Höhe von 174 Tsd. € (Vj. 668 Tsd. €) berücksichtigt.

Alle Aufwendungen und Erträge aus Wertberichtigungen und Ausbuchungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden unter sonstigen betrieblichen Aufwendungen beziehungsweise sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

In der folgenden Tabelle sind die Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen sowie Erträge aus dem Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen dargestellt:

INT €	2021	2020
Aufwendungen für die vollständige Ausbuchung von Forderungen	3.950	3.482
Erträge aus dem Zahlungseingang auf im Vorjahr ausgebuchte Forderungen	1.402	3.466

Das Verhältnis der Aufwendungen für die Ausbuchung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zu den Wertberichtigungen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultiert aus der besonderen Buchungssystematik der pauschalierten Einzelwertberichtigung in der GASAG-Gruppe. Dabei werden die unterjährigen Entnahmen nicht gegen die pauschalierte Einzelwertberichtigung gebucht, sondern direkt im Aufwand erfasst. Zahlungseingänge auf bereits wertberichtigte Forderungen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen. Die Wertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird zum Stichtag als Saldo aus vorhandener Wertberichtigung und kalkulierte Wertberichtigungsbedarf ermittelt und der entsprechende Betrag zugeführt oder aufgelöst. Aus dieser Buchungssystematik ergibt sich kein Ergebniseffekt.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Zinserträge auf ausgebuchte beziehungsweise wertgeminderte Forderungen in Höhe von 239 Tsd. € (Vj. 269 Tsd. €) vereinnahmt.

(23) LIQUIDE MITTEL

INT €	31.12.2021	31.12.2020
Kassenbestand / Schecks	48	50
Guthaben bei Kreditinstituten	6.016	8.127
	6.064	8.177

(24) EIGENKAPITAL

Die Aufgliederung und die Entwicklung des Eigenkapitals und der Anteile ohne beherrschenden Einfluss sind in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital ist in 8.100.000 nennwertlose Inhaberstückaktien zum rechnerischen Wert von 51,00 € eingeteilt. Alle Aktien sind ausgegeben und voll eingezahlt. Das gezeichnete Kapital hat sich gegenüber dem Stand am 31. Dezember 2020 nicht verändert und beträgt 413.100 Tsd. €.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage enthält ausschließlich Agien gemäß § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB. Gemäß § 150 Abs. 2 AktG dürfen aus der gesetzlichen Rücklage mit eingeschränkter Verwendungsmöglichkeit zehn Prozent am Grundkapital der GASAG nicht ausgeschüttet werden. Für den restlichen Betrag in Höhe von 1.151 Tsd. € bestehen nur die in § 150 Abs. 4 AktG beschriebenen Verwendungsmöglichkeiten.

Rücklage für unrealisierte Gewinne oder Verluste

In diesen Rücklagen werden unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Bewertung von Sicherungsgeschäften zu beizulegenden Zeitwerten sowie Neubewertungen aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen erfasst.

INT €	2021	Davon IAS 39 / IFRS 9	Davon IAS 19	2020	Davon IAS 39 / IFRS 9	Davon IAS 19
Stand: 01.01.	-19.747	-585	-19.162	-72.002	-54.984	-17.018
ergebnisneutrale Veränderungen	240.115	235.617	4.498	52.255	54.399	-2.144
Stand 31.12.	220.368	235.032	-14.664	-19.747	-585	-19.162

Angesammelte Ergebnisse

Die angesammelten Ergebnisse enthalten den nach Einstellung in andere Gewinnrücklagen verbleibenden Jahresüberschuss, andere Gewinnrücklagen sowie die Rücklage aus der erstmaligen Anwendung der IFRS und die noch nicht ausgeschütteten Gewinne der Vorjahre. Die Rücklagen aus der erstmaligen Anwendung IFRS betragen 90.843 Tsd. €.

Anteile ohne beherrschenden Einfluss

In der nachfolgenden Tabelle sind die Gesellschaften aufgeführt, die im Wesentlichen die Bilanzposition „Anteile ohne beherrschenden Einfluss“ bestimmen.

	Stadtwerke Forst GmbH, Lausitz		Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH & Co. KG, Forst (Lausitz)	
	2021	2020	2021	2020
Anteile ohne beherrschenden Einfluss in %	25,1	25,1	25,1	25,1
IN T €				
Den Anteilen ohne beherrschenden Einfluss sind zuzurechnen:				
Anteiliges Eigenkapital	3.459	3.216	1.334	1.054
Anteiliger Jahresüberschuss	243	96	281	133
Finanzpositionen der Tochterunternehmen:				
Im Geschäftsjahr gezahlte Ausschüttung	0	100	494	790
Vermögenswerte	40.062	36.733	18.103	17.181
Schulden	26.280	23.919	12.787	12.983
Umsatzerlöse	34.750	31.837	10.188	9.093
Jahresüberschuss	968	384	1.118	528
Gesamtergebnis	968	384	1.118	528

(25) PASSIVISCHER ABGRENZUNGSPOSTEN

Der passive Abgrenzungsposten hat sich in den Berichtsjahren 2020 und 2021 wie folgt entwickelt:

IN T €	01.01.2020	Zu- führungen	Auf- lösungen	Rück- zahlungen	31.12.2020
Zuwendungen der öffentlichen Hand	1.962	0	106	0	1.856
Investitionszulagen	1.962	0	106	0	1.856
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					106
Zuwendungen Dritter	250.587	15.672	10.698	55	255.506
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträge)	241.331	13.215	9.450	6	245.090
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					9.424
Sonstige Investitionszuschüsse	9.256	2.457	1.248	49	10.416
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					1.114
Gesamt	252.549	15.672	10.804	55	257.362
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					10.644
<i>davon langfristig (> 1 Jahr)</i>					246.718

IN T €	01.01.2021	Zu- führungen	Auf- lösungen	Rück- zahlungen	31.12.2021
Zuwendungen der öffentlichen Hand	1.856	0	105	0	1.751
Investitionszulagen	1.856	0	105	0	1.751
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					105
Zuwendungen Dritter	255.506	20.820	11.247	11	265.068
Baukosten-/Investitionszuschüsse (lt. NDAV und Konzessionsverträge)	245.090	15.738	9.797	6	251.025
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					9.249
Sonstige Investitionszuschüsse	10.416	5.082	1.450	5	14.043
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					1.430
Gesamt	257.362	20.820	11.352	11	266.819
<i>davon kurzfristig (< 1 Jahr)</i>					10.784
<i>davon langfristig (> 1 Jahr)</i>					256.035

Im Berichtsjahr und im Vorjahr konnten aufgrund der aktuellen Gesetzeslage keine Investitionszulagen im Rahmen des Investitionszulagengesetzes seitens der Gesellschaften der GASAG-Gruppe beantragt werden. Die noch vorhandenen Investitionszulagen resultieren aus Vorjahren.

Die Baukosten- und Investitionszuschüsse werden hauptsächlich für Investitionen in die Versorgungs- und Hausanschlussleitungen gezahlt. Bei den sonstigen Investitionszuschüssen werden im Wesentlichen Zahlungen für die Errichtung von Wärmeerzeugungsanlagen und Kundenregelanlagen vereinnahmt.

(26) RÜCKSTELLUNGEN

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Langfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	41.002	50.044
Sonstige Rückstellungen	45.425	58.552
	86.427	108.596
Kurzfristige Rückstellungen		
Rückstellungen für leistungsorientierte Versorgungspläne	2.372	2.362
Sonstige Rückstellungen	48.181	45.970
	50.553	48.332
	136.980	156.928

Rückstellungen für leistungs- und beitragsorientierte Versorgungspläne

In der GASAG-Gruppe werden sowohl leistungs- als auch beitragsorientierte Altersversorgungszusagen gewährt. Die Zusagen bemessen sich vor allem nach der Dauer der Betriebszugehörigkeit sowie der Vergütung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Bei **beitragsorientierten Versorgungsplänen** geht das Unternehmen über die Entrichtung von Beitragszahlungen an die Versorgungseinrichtungen hinaus keine weiteren Verpflichtungen ein. Die Aufwendungen werden im Personalaufwand ausgewiesen. Im Berichtsjahr sind insgesamt Leistungen von 12.456 Tsd. € (Vj. 11.814 Tsd. €) erfolgt beziehungsweise für die Berichtsperiode abgegrenzt worden.

Die betriebliche Altersversorgung über die VBL ist nach IAS 19 als ein leistungsorientierter gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber zu werten, da die Arbeitnehmer einen Rechtsanspruch auf die satzungsmäßigen Leistungen haben, und zwar unabhängig von den tatsächlich geleisteten Beiträgen. Grundsätzlich ist daher der Anspruch der Arbeitnehmer gegen die VBL und nicht gegen das Unternehmen gerichtet, es besteht jedoch eine Subsidiärhaftung für das Unternehmen. Eine daraus erwachsende Rückstellungsbildung ist dann angezeigt, wenn das Vermögen der VBL nicht zur Deckung der Verpflichtungen ausreicht. Zur Bewertung und Berechnung ist das auf die dem Unternehmen zuzurechnenden Versorgungsberechtigten zu ermittelnde Kassenvermögen heranzuziehen. Die Angaben darüber waren von der VBL nicht zu erhalten. Da keine ausreichenden Informationen zur Verfügung stehen, um die VBL als einen leistungsorientierten Plan zu bilanzieren, werden diese Versorgungsleistungen als ein beitragsorientierter Versorgungsplan behandelt. Für die an die VBL zu zahlenden Sanierungsgelder wird eine Rückstellung bilanziert (siehe Abschnitt „Sonstige Rückstellungen für Personal“).

Für **leistungsorientierte Versorgungspläne** werden Rückstellungen entsprechend den bestehenden Versorgungszusagen für Anwartschaften auf zukünftig zu zahlende Pensionen und laufende Leistungen an die berechtigten aktiven und ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Hinterbliebenen gebildet. Es bestehen sowohl unmittelbare (aus Direktzusagen) als auch mittelbare Altersversorgungsverpflichtungen (über externe Versorgungsträger). Diese sind im Wesentlichen rückstellungsfinanziert, sodass die Verpflichtungen aus laufenden Pensionen sowie Anwartschaften für künftig zu zahlende Pensionen durch die in der Bilanz ausgewiesenen Rückstellungen abgedeckt sind. Die wesentlichen Pläne sind endgeltabhängig und sagen den Begünstigten lebenslange Rentenzahlungen zu. Die Höhe der Leistungen ist in der Regel abhängig von der Beschäftigtendauer und dem Gehalt der Begünstigten in den Jahren vor dem Ruhestand. Die zukünftigen Verpflichtungen werden unter Anwendung versicherungsmathematischer Verfahren bei vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussgrößen bewertet. Den versicherungsmathematischen Berechnungen der Versorgungsverpflichtungen und des Periodenergebnisses wurden folgende durchschnittliche Parameter zugrunde gelegt:

IN %	2021	2020
Rechnungszinssatz	1,03	0,41
Durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,00	2,00
Durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,00	1,00

Die Annahmen über die Sterbewahrscheinlichkeit und der daraus resultierenden Lebenserwartung basieren auf den Heubeck-Richttafeln 2018G.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Zusammenfassung der leistungsorientierten Versorgungspläne mit und ohne Planvermögen.

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Leistungsorientierte Versorgungspläne ohne Planvermögen	60.292	69.187
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	16.918	16.781
Leistungsorientierte Versorgungspläne gesamt (saldiert)	43.374	52.406

Bei dem Planvermögen handelt es sich um die zur Rückdeckung der Versorgungsleistungen eingesetzten Versicherungen. Das tatsächliche Ergebnis aus dem Planvermögen beträgt in 2021 394 Tsd. € (Vj. 178 Tsd. €). Das Planvermögen (ausschließlich deutsche Kapitallebensversicherungen) besteht unverändert zu 60 % (Vj. 60 %) aus Kassenvermögen von konzernexternen Unterstützungskassen und zu 40 % aus Rückdeckungsversicherungen (Vj. 40 %). In 2022 sollen ca. 255 Tsd. € (Vj. 294 Tsd. €) in das Planvermögen eingezahlt werden.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der leistungsorientierten Verpflichtung und des beizulegenden Zeitwertes des Planvermögens.

Erstattungen für Sachverhalte, für die Rückstellungen gebildet wurden, liegen nicht vor.

IN T €	Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	Schuld aus leistungsorientierter Verpflichtung
01.01.2020	66.073	16.706	49.367
Erfolgswirksam erfasste Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen			
Laufender Dienstzeitaufwand	165	0	165
Zinsaufwand / Zinsertrag	501	130	371
Im Periodenergebnis erfasste Zwischensumme	666	130	536
Gezahlte Versorgungsleistungen	-3.037	-422	-2.615
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne / Verluste aus der Neubewertung			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Änderungen demografischer Annahmen	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Änderungen finanzieller Annahmen	5.484	0	5.484
Sonstige Wertänderungen	1	48	-47
Im sonstigen Ergebnis erfasste Zwischensumme	5.485	48	5.437
Arbeitgeberbeiträge	0	319	-319
31.12.2020	69.187	16.781	52.406

IN T €	BARWERT DER LEISTUNGS-ORIENTIERTEN VERPFLICHTUNG	BEIZULEGENDER ZEITWERT DES PLAN-VERMÖGENS	SCHULD AUS LEISTUNGS-ORIENTIERTER VERPFLICHTUNG
01.01.2021	69.187	16.781	52.406
Erfolgswirksam erfasste Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen			
Laufender Dienstzeitaufwand	167	0	167
Zinsaufwand / Zinsertrag	257	63	194
Im Periodenergebnis erfasste Zwischensumme	424	63	361
Gezahlte Versorgungsleistungen	-3.092	-537	-2.555
Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne / Verluste aus der Neubewertung			
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Änderungen demografischer Annahmen	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste aus Änderungen finanzieller Annahmen	-6.227	0	-6.227
Sonstige Wertänderungen	0	331	-331
Im sonstigen Ergebnis erfasste Zwischensumme	-6.227	331	-6.558
Arbeitgeberbeiträge	0	280	-280
31.12.2021	60.292	16.918	43.374

Nachfolgend wird eine quantitative Sensitivitätsanalyse der wichtigsten Annahmen zum 31. Dezember 2021 dargestellt:

ANNAHMEN	Veränderung in %	Veränderungen leistungsorientierte Verpflichtungen			
		31.12.2021 BEI ERHÖHUNG DER ANNAHMEN IN T €	31.12.2021 BEI VERRINGERUNG DER ANNAHMEN IN T €	31.12.2020 bei Erhöhung der Annahmen in T €	31.12.2020 bei Verringerung der Annahmen in T €
		Rechnungszinssatz	1,0	-7.700	9.897
Künftige Gehaltssteigerungen	1,0	171	-163	234	-222
Künftige Rentensteigerungen	1,0	5.150	-4.368	6.157	-5.187

Die vorstehenden Sensitivitätsanalysen wurden mittels eines Verfahrens durchgeführt, das die Auswirkung realistischer Änderungen der wichtigsten Annahmen zum Ende des Berichtszeitraums auf die leistungsorientierte Verpflichtung extrapoliert. Dabei wird eine Annahme geändert, während alle anderen Annahmen konstant gehalten werden.

Die durchschnittliche Laufzeit der leistungsorientierten Verpflichtung beträgt zum Ende des laufenden Berichtsjahres über 15 Jahre (Vj. 16 Jahre).

Innerhalb der nächsten 12 Monate werden Auszahlungen im Rahmen der leistungsorientierten Verpflichtungen in Höhe von 3.016 Tsd. € (Vj. 2.606 Tsd. €) erwartet.

Sonstige Rückstellungen

Rückstellungen – Laufzeiten

IN T €	31.12.2021			31.12.2020		
	GESAMT	< 1 JAHR	> 1 JAHR	Gesamt	< 1 Jahr	> 1 Jahr
Sonstige Rückstellungen für Personal	8.639	3.159	5.480	11.961	4.001	7.960
Rückstellungen für Bodensanierung	191	191	0	185	185	0
Rückstellungen für Rückbau und Nachsorge	53.891	16.088	37.803	62.138	15.130	47.008
Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	210	210	0	287	287	0
Übrige Rückstellungen	30.675	28.533	2.142	29.951	26.367	3.584
	93.606	48.181	45.425	104.522	45.970	58.552

Rückstellungsspiegel

IN T €	01.01.2021	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung Zinssatz-änderung ¹⁾	Änderung des Konsolidierungskreises	31.12.2021
Sonstige Rückstellungen für Personal	11.961	-6.221	-943	3.915	-73	0	8.639
Rückstellungen für Bodensanierung	185	0	0	6	0	0	191
Rückstellungen für Rückbau und Nachsorge	62.138	-8.718	-14	485	0	0	53.891
Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten	287	-34	-43	0	0	0	210
Übrige Rückstellungen	29.951	-16.094	-3.308	20.126	0	0	30.675
	104.522	-31.067	-4.308	24.532	-73	0	93.606

1) Aufzinsung der Rückstellungen; Zinseffekte aufgrund der Zinssatz- und Laufzeitänderungen einschließlich der Effekte, die gemäß IFRIC 1 erfolgsneutral erfasst werden

Sonstige Rückstellungen für Personal

Rückstellungen für Personal in Höhe von 8.639 Tsd. € (Vj. 11.961 Tsd. €) betreffen im Wesentlichen Restrukturierungsaufwendungen im Rahmen des Transformationsprogramms „GASAG 2025“.

Weiterhin werden Verpflichtungen gegenüber der VBL zur Zahlung eines Sanierungsgeldes ausgewiesen. Dieses dient zur Deckung eines zusätzlichen Mittelbedarfes, der über die Einnahmen bei dem allgemeinen Umlagesatz hinausgeht und zur Finanzierung der vor dem 1. Januar 2002 begründeten Ansprüche auf zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung dient. Bei der Ermittlung des Sanierungsgeldes ist das Verhältnis der Aufwendungen eines Beteiligten für die Zusatzversorgung zu den ihm zuzurechnenden Rentenlasten von maßgeblicher Bedeutung. Bei der Rückstellungsbewertung wurde eine Anerkennung als Härtefall nach den Ausführungsbestimmungen zu § 65 Abs. 5a VBL-Satzung unterstellt. Für die Vorjahre hat die VBL einer Härtefallregelung zugestimmt.

Die Verpflichtung zur Zahlung des Sanierungsgeldes der VBL wird mit ihrem Barwert bilanziert. Der Rückstellungsbewertung wurde ein Zinssatz von 0,95 % (Vj. 0,38 %) und eine Laufzeit von 10 Jahren (Vj. 11 Jahre) zugrunde gelegt. Die Sanierungsgeldzahlungen in 2022 werden ca. 225 Tsd. € betragen. Der Aufwand kann aufgrund unzureichender oder ungenauer Informationen unterbeziehungsweise überschätzt werden, was zu Anpassungen der Personalarückstellungen in signifikanter Höhe führen kann.

Des Weiteren bestehen die Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen, die auf Basis von versicherungsmathematischen Gutachten bewertet werden. Die hierfür herangezogenen Bewertungsparameter sind nachfolgend abgebildet:

IN %	2021	2020
Rechnungszinssatz	0,0	-0,2
Durchschnittliche künftige Gehaltssteigerung	2,0	2,0
Durchschnittliche künftige Rentensteigerung	1,0	1,0

Die Aufwendungen für Altersteilzeitverpflichtungen sind im operativen Ergebnis und die Zinsaufwendungen für die Aufzinsung der Rückstellungen in den Finanzierungsaufwendungen enthalten. Die Rückstellungen für die Altersteilzeitregelungen weisen im Wesentlichen Laufzeiten von bis zu 5 Jahren aus.

Im Geschäftsjahr 2007 wurde zur Insolvenzsicherung von Ansprüchen aus Altersteilzeitvereinbarungen nach § 8a des Altersteilzeitgesetzes der GASAG Treuhand e. V. gegründet. Die auf den Treuhänder in Höhe von 11.486 Tsd. € (Vj. 10.732 Tsd. €) übertragenen finanziellen Mittel sind von ihm unter dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung zu verwalten und dürfen darüber hinaus in Zukunft ausschließlich und unwiderruflich zur Erfüllung der entsprechenden Verpflichtungen verwendet werden.

Das Treuhandvermögen, das auf die Erfüllungsrückstände der Altersteilzeitverpflichtungen entfällt, stellt das Planvermögen dar. Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens im Konzern in Höhe von 12.003 Tsd. € (Vj. 11.001 Tsd. €) wird mit den Verpflichtungen saldiert ausgewiesen.

Rückstellungen für Bodensanierung

Den Rückstellungen für die Sanierung der kontaminierten Grundstücke in Höhe von 191 Tsd. € (Vj. 185 Tsd. €) liegen umweltschutzgesetzliche Verpflichtungen zugrunde. Aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit des Risikos der Inanspruchnahme und des Mittelabflusses wurde die Rückstellung bereits im Vorjahr weitgehend aufgelöst.

Rückstellung für Rückbau und Nachsorge

Die Rückstellung für Rückbau und Nachsorge von Anlagen (Speicher) in Höhe von 53.891 Tsd. € (Vj. 62.138 Tsd. €) sind im Wesentlichen aufgrund öffentlich-rechtlicher Verpflichtungen gebildet worden.

Die Berliner Erdgasspeicher GmbH hat im Mai 2018 den Abschlussbetriebsplan beim zuständigen Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg in Cottbus eingereicht. Aufgrund andauernder langer Bearbeitungszeiten wird die Stilllegungsgenehmigung nunmehr im Geschäftsjahr 2022 erwartet. Für den Rückbau und die Stilllegung wird ein Zeitraum bis mindestens 2025 veranschlagt.

Die Zinssatz- und Laufzeitänderungen der Verpflichtungen führten saldiert zu einer barwertigen Anpassung der Rückstellungen für den Rückbau und Nachsorge um -1 Tsd. € (Vj. -1 Tsd. €).

Hinsichtlich des Verpflichtungsumfangs und der Laufzeit der Rückstellungen für den Rückbau von Anlagen bestehen Unsicherheiten, aufgrund des nicht bestätigten Abschlussbetriebsplanes, die eine Rückstellungsanpassung notwendig werden lassen können.

Rückstellung für Rechtsstreitigkeiten

In dieser Position werden unter anderen Verfahrenskosten und Sammelklagen aus Vorjahren ausgewiesen.

Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen sonstige am Bilanzstichtag bestehende rechtliche oder faktische Verpflichtungen sowie Verpflichtungen aus belastenden Verträgen. Die übrigen Rückstellungen haben sämtlich den Charakter von rechtlichen Verpflichtungen, faktische Verpflichtungen bestehen nicht. Die wesentlichen Posten betreffen noch nicht abgerechnete Projektkosten in Höhe von 11.063 Tsd. € (Vj. 8.507 Tsd. €), Boni und sonstige Rabatte 7.057 Tsd. € (Vj. 8.426 Tsd. €), sonstige Steuerrückstellungen 6.440 Tsd. € (Vj. 3.804 Tsd. €) und Rückstellungen für dingliche Grundstücksrechte 2.196 Tsd. € (Vj. 2.304 Tsd. €).

(27) FINANZIELLE SCHULDEN

INT €	31.12.2021	31.12.2020
Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	568.376	573.583
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	213.607	89.606
davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr	354.769	483.977
Sonstige finanzielle Schulden	92.346	91.516
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	405	1.516
davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr	91.941	90.000
Derivate	15.852	18.929
davon mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	10.798	10.900
davon mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr	5.054	8.029
	676.574	684.028

Die finanziellen Schulden umfassen überwiegend Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen.

Die Bandbreite der Zinssätze für fest verzinsliche finanzielle Schulden liegt wie im Vorjahr zwischen 0,67 % und 4,0 %.

24,0 % (Vj. 30,9 %) der Schulden gegenüber Kreditinstituten sind variabel verzinslich. Die variabel verzinslichen Darlehen sind nahezu vollständig mit Derivaten gesichert.

In der folgenden Tabelle sind die vertraglich vereinbarten (undiskontierten) Cashflows der originären finanziellen Verbindlichkeiten und derivativen Finanzinstrumente dargestellt. Es wurden sämtliche Instrumente, die zum 31. Dezember 2021 im Bestand waren und deren Zahlungen vertraglich vereinbart waren, berücksichtigt. Die variablen Zinszahlungen aus Finanzinstrumenten wurden auf Basis der zuletzt vor dem 31. Dezember 2021 fixierten Zinssätze ermittelt.

INT €	BUCH- WERT 31.12.2021	Cashflows Summe	davon in den Zeiträumen		
			2022	2023–2026	2027 ff.
Finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	-568.376	-593.800	-204.600	-155.265	-233.935
Sonstige finanzielle Schulden	-92.346	-102.059	-2.046	-25.144	-74.869
Derivative finanzielle Schulden	-15.852	-21.346	-16.934	-4.412	0
Derivative finanzielle Vermögenswerte	287.511	-233.279	-155.344	-77.935	0

Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

INT €	Buchwert 31.12.2020	Cashflows Summe	davon in den Zeiträumen		
			2021	2022–2025	2026 ff.
Finanzielle Schulden gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehen	-573.583	-601.626	-96.773	-272.145	-232.708
Sonstige finanzielle Schulden	-91.515	-102.867	-2.635	-24.488	-75.744
Derivative finanzielle Schulden	-18.929	-145.375	-107.912	-37.463	0
Derivative finanzielle Vermögenswerte	17.417	-89.016	-45.106	-43.910	0

Informationen zu den Derivaten sind gesondert unter der Textziffer „(30) Berichterstattung zu Finanzinstrumenten“ dargestellt.

(28) VERBINDLICHKEITEN AUS LIEFERUNGEN UND LEISTUNGEN UND SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN

INT €	31.12.2021	Davon Restlaufzeit		31.12.2020	Davon Restlaufzeit	
		≤ 1 JAHR	> 1 JAHR		≤ 1 Jahr	> 1 Jahr
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	216.639	216.639	0	137.033	137.033	0
Verbindlichkeiten aus dem Bezug von Erdgas	136.853	136.853	0	59.799	59.799	0
Übrige Verbindlichkeiten	79.786	79.786	0	77.234	77.234	0
Sonstige Verbindlichkeiten	232.909	128.254	104.655	152.770	71.324	81.446
davon Leasingverbindlichkeiten	102.742	9.874	92.868	77.081	9.795	67.286
	449.548	344.893	104.655	289.803	208.357	81.446

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen die Leasingverbindlichkeiten in Höhe von 102.742 Tsd. € (Vj. 77.081 Tsd. €), die Verpflichtungen aus den in 2021 fälligen Leistungen gegenüber dem Personal in Höhe von 14.907 Tsd. € (Vj. 12.510 Tsd. €), Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 29.069 Tsd. € (Vj. 21.292 Tsd. €), kreditorische Debitoren in Höhe von 14.718 Tsd. € (Vj. 15.545 Tsd. €).

Die Mindestleasingzahlungen und Barwerte aus Leasingverträgen stellen sich wie folgt dar:

INT €	MINDEST- LEASINGRATE	Mindest- leasingrate	BARWERTE	Barwerte
	2021	2020	31.12.2021	31.12.2020
Mit einer Restlaufzeit bis zu 1 Jahr	12.142	11.981	9.772	10.279
Mit einer Restlaufzeit 1 bis 5 Jahre	40.977	31.773	33.498	26.555
Mit einer Restlaufzeit größer 5 Jahre	66.426	45.629	59.499	40.881
	119.545	89.383	102.769	77.715

Der Anstieg der Leasingverbindlichkeiten im Geschäftsjahr 2021 ist im Wesentlichen auf die Bilanzierung des neuen Mietvertrages für Bürogebäude für den neuen Standort der NBB auf dem EUREF-Campus zurückzuführen. Der gesamte Mittelabfluss im Geschäftsjahr für Leasing beträgt 16.116 Tsd. € (Vj. 14.770 Tsd. €).

(29) ERTRAGSTEUERVERBINDLICHKEITEN

Die Ertragsteuerverbindlichkeiten enthalten Verpflichtungen aus Ertragsteuern wie die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer.

8 SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

(30) BERICHTERSTATTUNG ZU FINANZINSTRUMENTEN

Zu den Finanzinstrumenten zählen originäre und derivative Finanzinstrumente.

Die originären Finanzinstrumente umfassen auf der Aktivseite im Wesentlichen Forderungen und geleistete Initial Margin im Rahmen von energiebezogenen Börsengeschäften. Auf der Passivseite umfassen die originären Finanzinstrumente im Wesentlichen die Darlehen gegenüber Kreditinstituten und Schuldscheindarlehengebern sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Vermögenswerte, liquide Mittel sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten haben vorwiegend kurze Restlaufzeiten. Damit entsprechen die Buchwerte dieser Instrumente zum Bilanzstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert.

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der finanziellen Schulden gegen Kreditinstitute sowie der sonstigen finanziellen Schulden erfolgt durch Diskontierung über die Restlaufzeit der Instrumente unter Anwendung marktüblicher Zinssätze.

Die nachfolgende Tabelle zeigt Buchwerte, beizulegende Zeitwerte und die Bewertungskategorie gemäß IFRS 9 sowie die Zuordnung zu den Hierarchiestufen gemäß IFRS 13 sämtlicher im Konzernabschluss erfasster Finanzinstrumente.

IN T €	Hierarchie- stufe IFRS 13	Bewertungs- kategorie gem. IFRS 9	BUCH- WERT 31.12.2021	FAIR VALUE 31.12.2021	Buchwert 31.12.2020	Fair Value 31.12.2020
Aktiva						
Beteiligungen						
nicht notierte EK-Instrumente	3	FVOCI	627	627	627	627
sonstige Beteiligungen	3	FVPL	17.339	17.339	14.084	14.084
Finanzforderungen und sonstige finanzielle Vermögenswerte						
sonstige Ausleihungen	-	AmC	1.613	1.613	1.659	1.659
Forderungen						
Finanzierungsleasing	2	-	5.644	8.804	5.060	7.832
sonstige finanzielle Vermögenswerte	-	AmC	72.978	72.978	7.130	7.130
Derivate						
Derivate ohne Sicherungsbeziehung	2	FVPL	22	22	1.018	1.018
Derivate mit Sicherungsbeziehung	2	-	287.488	287.488	16.400	16.400
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-	AmC	233.818	233.818	144.285	144.285
Liquide Mittel	-	AmC	6.064	6.064	8.176	8.176
Passiva						
Finanzielle Schulden						
Finanzielle Schulden gegen Kreditinstitute und Schuldscheindarlehen	3	AmC	568.376	565.258	573.583	577.820
Sonstige finanzielle Schulden ¹⁾	3	AmC	91.448	92.770	91.515	96.146
Minderheitenanteile Personengesellschaften	3	FVPL	899	899	0	0
Derivate						
Derivate mit Sicherungsbeziehung	2	-	15.852	15.852	18.930	18.930
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-	AmC	216.639	216.639	137.033	137.033
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	-	AmC	97.511	97.511	48.499	48.499

¹⁾ ohne Minderheitenanteile Personengesellschaften

Bewertungskategorien gem. IFRS 9:
 - AmC – zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet (amortised cost)
 - FVOCI – erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet (fair value through OCI)
 - FVPL – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet (fair value through P&L)

Gemäß IFRS 13 werden die nachfolgenden Hierarchiestufen verwendet, um den beizulegenden Zeitwert von Finanzinstrumenten zu bestimmen und auszuweisen:

Stufe 1: beizulegende Zeitwerte, die mit Hilfe von auf aktiven Märkten notierten Preisen bestimmt werden,

Stufe 2: beizulegende Zeitwerte, die mit Hilfe von Bewertungsmethoden bestimmt werden, bei denen die Inputfaktoren, die für den beizulegenden Zeitwert bedeutend sind, auf beobachtbaren Marktdaten basieren,

Stufe 3: beizulegende Zeitwerte, die mit Hilfe von Bewertungsmethoden bestimmt werden, bei denen die Inputfaktoren, die für den beizulegenden Zeitwert bedeutend sind, nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren.

Im Geschäftsjahr 2021 gab es keine Umbuchungen zwischen Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 1 und Stufe 2 und keine Umbuchungen in oder aus Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert der Stufe 3.

Bei den als Finanzinvestitionen ausgewiesenen anderen Beteiligungen stehen wegen eines fehlenden aktiven Marktes keine beizulegenden Zeitwerte unmittelbar zur Verfügung. Daher wird der beizulegende Zeitwert unter Anwendung von Bewertungsverfahren geschätzt. Als Bewertungsverfahren wird das Ertragswertverfahren angewendet. Folgende Tabelle stellt die wesentlichen beobachtbaren Inputparameter des Ertragswertverfahrens sowie deren Auswirkungen auf die Bewertung der Finanzinvestitionen dar:

WESENTLICHE NICHT BEOBACHTBARE INPUTPARAMETER	Rate %	Auswirkungen von Änderungen der Inputparameter auf den beizulegenden Zeitwert (Sensitivitätsanalyse)
Wachstumsfaktor für ewige Rente	0,5 %	Ein Rückgang der Wachstumsrate um 0,5 %-Punkte würde zu einem Rückgang von rd. 1,3 Mio. € des beizulegenden Zeitwertes führen. Eine Erhöhung des Wachstumsfaktors ist unrealistisch.
Umsatzrendite (in Relation zum Jahresüberschuss)	10,0 %	Eine Erhöhung (ein Rückgang) des Jahresüberschusses um 10 %-Punkte würde zu einer Erhöhung um rd. 3,3 Mio. € (einem Rückgang von rd. 3,3 Mio. €) des beizulegenden Zeitwertes führen.
Kapitalisierungszinssatz	5,10 %	Eine Erhöhung (ein Rückgang) des Kapitalisierungszinssatzes um 0,1 %-Punkt würde zu einem Rückgang von rd. 3,2 Mio. € (einer Erhöhung um rd. 3,4 Mio. €) des beizulegenden Zeitwertes führen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen der als Finanzinvestitionen ausgewiesenen anderen Beteiligungen:

IN T €	2021	2020
01.01.	14.712	16.207
Zugänge	3.255	0
Abgänge	0	1.495
31.12.	17.967	14.712

Nettoergebnisse nach Bewertungskategorien

IN T €	AmC		FVPL		FVOCI	
	2021	2020	2021	2020	2021	2020
Finanzierungsaufwendungen	-10.298	-12.035	0	-1.495	0	0
Finanzerträge	394	314	3.256	0	0	0
Materialaufwendungen	0	0	0	0	0	0
Umsatzerlöse	0	0	0	478	0	0

Derivative Finanzinstrumente und Sicherungsbeziehungen

Folgende Derivatgeschäfte lagen zum Bilanzstichtag vor:

IN T €	Nominalvolumen nach Fälligkeit				
	POSITIVER MARKTWERT	NEGATIVER MARKTWERT	NOMINAL-VOLUMEN	BIS 1 JAHR	1 BIS 5 JAHRE
Zinsswaps in Sicherungsbeziehung	0	-4.033	136.195	131.445	4.750
Commodity-Derivate ohne Sicherungsbeziehung	368.271	-29.192	288.089	197.801	90.288
	368.271	-33.225	424.284	329.246	95.038

Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

IN T €	Nominalvolumen nach Fälligkeit				
	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Nominalvolumen	Bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre
Zinsswaps in Sicherungsbeziehung	0	-9.411	177.477	41.282	136.195
Commodity-Derivate ohne Sicherungsbeziehung	19.622	-10.711	248.339	163.689	84.650
	19.622	-20.122	425.816	204.971	220.845

Die dargestellten Zinsswaps in Sicherungsbeziehung wurden zur Absicherung von Cashflows bereits bestehender variabel verzinslicher Grundgeschäfte eingesetzt. Es handelt sich hierbei um effektive Cashflow-Hedges mit dem abgesicherten Zinsniveau zwischen 1,43 % und 3,82 %. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert, der durch Diskontierung von zukünftigen Zahlungsströmen ermittelt wird. Der Diskontierung werden marktübliche Zinsen über die Restlaufzeit der Instrumente zugrunde gelegt.

Zur Absicherung von Preisrisiken im Commodity-Bereich werden im Wesentlichen physische Termingeschäfte eingesetzt. Sofern die Anforderungen gemäß IFRS 9 an das Hedge Accounting erfüllt sind, werden diese als Cashflow-Hedges ergebnisneutral bilanziert.

Nachfolgend ist die Entwicklung der Rücklage für Cashflow-Hedges sowie die Ineffektivitäten dargestellt:

31.12.2021	Stand am 01.01.2020	Im Eigenkapital erfasste Gewinne oder Verluste aus CFH	Aufgrund der GuV-wirksamen Realisierung des Grundgeschäfts	STAND AM 31.12.2021	in der GuV erfasste Ineffektivitäten 2021
Absicherung des Zinsrisikos	8.676	4.524	-9.481	3.719	63
Absicherung des Commodity-Preisänderungsrisikos	-7.893	-336.419	6.308	-338.004	0

Commodity-Derivate werden einzeln mit ihrem Terminkurs beziehungsweise -preis am Bilanzstichtag bewertet. Die Terminkurse beziehungsweise -preise basieren, soweit möglich, auf Marktnotierungen gegebenenfalls ergänzt um extrapolierte Preise. Die ermittelten zukünftigen Zahlungsströme werden anhand der marktüblichen Zinsen über die Restlaufzeit der Geschäfte diskontiert. Die mit Commodity-Derivaten gesicherten Preise bewegen sich für Gas in einer Spanne von 12 bis 134 €/MWh und für Strom von 37 bis 275 €/MWh.

Im Rahmen der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte von derivativen Finanzinstrumenten wird auch das Adressenausfallrisiko berücksichtigt. Das Ausfallrisiko des Vertragspartners wird bei finanziellen Vermögenswerten mittels eines Credit Value Adjustments, das eigene Ausfallrisiko bei den finanziellen Verbindlichkeiten mittels eines Debit Value Adjustments erfasst.

Das Nominalvolumen der derivativen Finanzinstrumente wird durch die Summe aller zugrunde liegenden Kauf- und Verkaufswerte unsaldiert dargestellt.

Die derivativen Finanzinstrumente sind Gegenstand marktüblicher Aufrechnungsvereinbarungen. Sie werden grundsätzlich auf Basis des Rahmenvertrages für Finanztermingeschäfte und der EFET-Vereinbarungen (European Federation of Energy Traders) gehandelt. Die folgende Übersicht zeigt diejenigen finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten, die gemäß IAS 32 saldiert werden oder einklagbaren Globalverrechnungsvereinbarungen unterliegen:

31.12.2021 INT €	BRUTTO- BETRAG	SALDIE- RUNG	SICHER- HEITEN	BILANZ- WERT	ZUGE- HÖRIGER NICHT SALDIERTER BETRAG	NETTO- BETRAG
Derivate (aktiv)	368.270	-11.761	-68.998	287.511	277.787	9.724
Derivate (passiv)	-33.225	11.761	5.612	-15.852	-15.852	0

Zum Vergleich die Zahlen vom Vorjahr:

31.12.2020 INT €	Bruttobetrag	Saldierung	Sicherheiten	Bilanzwert	Zugehöriger nicht saldierter Betrag	Nettobetrag
Derivate (aktiv)	19.621	-869	-1.335	17.417	16.597	820
Derivate (passiv)	-20.122	869	323	-18.930	-18.557	-373

(31) ENERGIE- UND FINANZ-RISIKOMANAGEMENT

Zielsetzungen und Methoden

Die GASAG ist im Rahmen ihrer unternehmerischen Geschäftstätigkeit einer Reihe von Risiken aus Energie- und Finanzgeschäften ausgesetzt. Die GASAG begrenzt diese Risiken durch systematische Risikomanagement- und Controllingprozesse, welche integraler Bestandteil der Geschäftsprozesse Energiebeschaffung und Finanzen sind.

Die internen Richtlinien regeln die konzernweit einheitlichen Handels-, Abwicklungs- und Überwachungsprozesse sowie eine einheitliche Risikoberichterstattung. Diese Risikomanagementprozesse zielen darauf ab, die GASAG in die Lage zu versetzen, frühzeitig Risiken zu erkennen, in der Gesamtheit zu analysieren und daraus resultierende risikopolitische Maßnahmen für die Gestaltung der Geschäftspolitik abzuleiten.

Management von Energiepreis- und Mengenrisiken

Innerhalb des GASAG-Konzerns wird zwischen Preis- und Mengenrisiken unterschieden. Unter dem Mengenrisiko wird der potenzielle Verlust verstanden, der entsteht, wenn Abnahme- oder Lieferverpflichtungen nicht nachgekommen werden kann. Das Marktpreisänderungsrisiko ist als das Risiko potenzieller Verluste aus offenen Positionen bei Veränderungen der den Energiehandelsgeschäften zugrunde liegenden Marktpreise definiert. Mengen- und Marktpreisänderungsrisiken können kombiniert auftreten.

Zur Reduzierung der Preisänderungsrisiken aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften sowie der Absicherung innovativer Preisangebote werden physische Termingeschäfte eingesetzt. Risikopositionen zwischen festen und variablen Zahlungsströmen aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften werden grundsätzlich bei Erreichen eines Maximalvolumens gemäß der bestehenden Risikostrategie zur Absicherung gebracht. Bei der GASAG bestehen somit ungesicherte Positionen nur in geringem Umfang. Das Risiko aus Wertschwankungen der ungesicherten Positionen aus diesen Geschäften wird bei Gas mit Hilfe einer Szenarioanalyse auf Basis einer historischen Simulation mit 14 Tagen Haltedauer und einem Restrisiko von 2,5 % ermittelt. Das Risiko der ungesicherten Position Gas beträgt zum Stichtag 117 Tsd. € (Vj. 39 Tsd. €). Bei Strom wird das Risiko nach der Value-at-risk-Methode mit einem Konfidenzintervall von 95 % und einer Haltedauer von 25 Tagen gemessen. Auf Basis historischer Wertschwankungen beträgt der Value-at-risk zum Stichtag 39 Tsd. € (Vj. 37 Tsd. €) für Positionen im Stromgeschäft.

Marktpreisänderungsrisiken in Bezug auf in Sicherungsbeziehungen befindlichen physischen Rohstoffderivaten ergeben sich insofern, als die ergebnisneutral im Eigenkapital verbuchten Bewertungsänderungen der Derivate durch Marktpreisschwankungen variieren. Auf der Basis historischer Marktpreisschwankungen der Referenzmarktpreise wird eine Neubewertung der Rohstoffderivate mit veränderten Marktpreisen durchgeführt. Die dabei verwendeten Marktpreise werden durch Parallelschifts zwischen 21 % und 50 % für Erdgas beziehungsweise für Strom verändert. Das so ermittelte Risikopotenzial einer Eigenkapitalverminderung beträgt 199.327 Tsd. € (Vj. 69.197 Tsd. €).

Management von Finanzrisiken

Unter Finanzrisiken werden innerhalb der GASAG die Risiken aus Zins-, Währungs-, und sonstigen Marktpreisänderungsrisiken verstanden. Diese resultieren aus bestehenden und geplanten Finanzgeschäften, welche Marktpreisschwankungen ausgesetzt sind. Darüber hinaus werden Liquiditätsrisiken als Bestandteil des Finanzrisikomanagements verstanden.

In der GASAG und ihren verbundenen Unternehmen kommt eine einheitliche Methodik der Risikomessung zum Zwecke der Vergleichbarkeit verschiedener Risikopositionen zum Einsatz. Zur Reduzierung von Marktpreisrisikopositionen werden derivative Finanzinstrumente eingesetzt.

Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken bestehen bei Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, aus emittierten Schuldscheindarlehen, aus sonstigen finanziellen Schulden, aus Zinsswaps und aus Forderungen gegen Kreditinstitute.

Die Änderung relevanter Marktzinssätze kann bei verzinslichen Finanzinstrumenten eine Veränderung des beizulegenden Zeitwertes bewirken oder zu Schwankungen der aus dem Finanzinstrument resultierenden zukünftigen Cashflows führen.

Das Risiko einer Schwankung zukünftiger Cashflows bei verzinslichen Verbindlichkeiten wird innerhalb der GASAG durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente eliminiert. Zum 31. Dezember 2021 sind keine wesentlichen, nicht abgesicherten variabel verzinslichen Schulden im Bestand.

Bei originären Finanzinstrumenten mit fester Verzinsung wirken sich Marktzinsschwankungen nur dann auf das Ergebnis aus, wenn diese zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Somit unterliegen alle nach IFRS 9 zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente mit fester Verzinsung keinem Zinsänderungsrisiko im Sinne des IFRS 7.

Die Bewertungsänderungen der sich im Hedge Accounting befindlichen Sicherungsderivate werden dagegen ergebnisneutral im Eigenkapital verbucht. Auf der Basis historischer Wertschwankungen der Referenzzinssätze wird eine Neubewertung der Zinsderivate mit veränderten Zinssätzen durchgeführt. Die dabei verwendeten Zinssätze werden durch einen Parallelshift um 25 Basispunkte verändert. Unter Berücksichtigung der zukünftigen Nominalbestände beträgt das so ermittelte Risikopotenzial einer Eigenkapitalverminderung 4.139 Tsd. € (Vj. 584 Tsd. €).

Währungsrisiken

Die Finanztransaktionen erfolgen nahezu ausschließlich im eigenen Währungsraum der Konzerngesellschaften, sodass kein wesentliches Währungsrisiko besteht. Zum Bilanzstichtag sind keine Devisentermingeschäfte zur Absicherung zukünftiger Transaktionen im Bestand.

Liquiditätsrisiken

Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Konzerns und der jeweiligen Einzelunternehmen des GASAG-Konzernverbunds. Die Identifikation, Messung und Steuerung der Liquiditätspositionen obliegen der GASAG in Zusammenarbeit mit den Tochterunternehmen mit dem Ziel, die finanzielle Leistungsfähigkeit zu gewährleisten. Dazu werden insbesondere rollierende Zwölf-Monats-Liquiditätsplanungen eingesetzt.

Die Kredit- und Avallinien unserer Gruppe werden von insgesamt 8 Banken, teilweise ohne Laufzeitbegrenzung, bereitgestellt. Schriftlich zugesagte Kredit- und Avallinien standen zum Bilanzstichtag in Höhe von 149,2 Mio. € zur Verfügung. Die Auslastung erfolgte zum Bilanzstichtag im Wesentlichen durch Avale und betrug 43,5 Mio. €. Darüber hinaus stehen weitere mündlich zugesagte nicht genutzte Kreditlinien zur Verfügung.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko betrifft mögliche Vermögensverluste, die aus der Nichterfüllung von Vertragsverpflichtungen seitens der Handelspartner eintreten könnten.

Das maximale theoretische Ausfallrisiko derivativer Geschäfte ergibt sich aus der Summe der positiven Marktwerte derjenigen Instrumente, aus denen Ansprüche gegen Handelspartner bestehen. Dieses Risiko wird bei den Handelspartnern reduziert, bei denen Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken von Handelspartnern im Energie- und Finanzbereich erfolgt über ein konzerneinheitliches Limitsystem. Die Ermittlung des Limits eines Handelspartners erfolgt insbesondere anhand von externen Bonitätseinschätzungen, die durch ausgewählte Kennzahlen ergänzt werden. Die Veränderungen der genannten Parameter werden im Rahmen standardisierter Risikomanagementprozesse fortlaufend überwacht. Weiterhin erfolgt eine Ermittlung von potenziellen Adressenausfallrisiken anhand einer Monte Carlo Simulation unter Berücksichtigung der Ausfallwahrscheinlichkeiten von Kontrahenten und entsprechender Risikopositionen. Mit einer Wahrscheinlichkeit von über 99 % beträgt das Schadenspotenzial nicht mehr als 200 Mio. €.

Kapitalstrukturmanagement

Das Ziel des Kapitalstrukturmanagements in der GASAG-Gruppe ist die Aufrechterhaltung der Kapitalmarktfähigkeit und damit die Sicherstellung jederzeitiger finanzieller Handlungsfähigkeit der Unternehmen der GASAG-Gruppe.

In der GASAG-Gruppe werden Finanzkennzahlen zu Kapitalstruktur, Finanzkraft und Rentabilität basierend auf dem Jahresabschluss, langfristigen Unternehmensplanungen und Prognosen ermittelt. Das strategische Kapitalstrukturmanagement hat die Optimierung dieser Finanzkennzahlen zum Ziel. Das taktische Kapitalstrukturmanagement dient der Einhaltung dieser Finanzkennzahlen. Die GASAG-Gruppe steuert ihre Kapitalstruktur und nimmt unter Berücksichtigung des Wandels der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Anpassungen vor. Zur Optimierung der Kapitalstruktur kann unter anderem eine Anpassung der Dividendenzahlungen der GASAG an die Aktionäre vorgenommen werden.

Zum 31. Dezember 2021 wurden keine Änderungen der Ziele, Richtlinien und Verfahren des Kapitalstrukturmanagements vorgenommen.

Nachfolgend ist die Nettofinanzposition des Konzerns dargestellt. Diese ergibt sich aus dem Bestand an flüssigen Mitteln vermindert um finanzielle Schulden, Leasingverbindlichkeiten und Saldo aus positiven und negativen Marktwerten von Derivaten.

IN MIO. €	2021	2020
Liquide Mittel	6,1	8,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-568,4	-573,6
Sonstige finanzielle Schulden	-92,3	-91,5
Leasingverbindlichkeiten	-102,7	-77,1
Derivate	271,7	-1,5
Nettofinanzposition	-485,6	-735,5

(32) EVENTUALSCHULDEN UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Eventualschulden und sonstige finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag:

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Rechtsstreitigkeiten und sonstige Risiken	12.056	12.656
Begebung aus Bürgschaften	574	574
Eventualschulden	12.630	13.230
Bezugsverpflichtungen (Bio-) Erdgas	482.818	402.991
Vorgelagerte Netzkosten	75.446	73.698
Bestellobligo	62.583	59.871
Bezugsverpflichtungen Strom	75.679	79.402
Sonstiges	71.685	85.105
Sonstige finanzielle Verpflichtungen	768.211	701.067

Es bestehen im Wesentlichen Bezugsverpflichtungen aus Erdgas-, Strom- und Bioerdgaslieferverträgen aus Standardhandelsgeschäften. Unter Berücksichtigung der individuellen Laufzeiten ergeben sich hieraus bis zum Jahr 2032 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von nominal 477 Mio. €. Bei der Angabe zu den Bezugsverpflichtungen zum 31. Dezember 2021 in oben stehender Tabelle handelt es sich um den diskontierten Betrag.

Der Betrag von 75.446 Tsd. € (Vj. 73.698 Tsd. €) für vorgelagerte Netzkosten resultiert aus den kurzfristigen Verträgen im Zusammenhang mit der Bestellung der Netzkapazitäten in vorgelagerten Netzen.

Die Aufteilung der Bestellobligos ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

ANTEIL IN %	31.12.2021	31.12.2020
Bestellobligo Sachanlagen	54,8	71,4
Bestellobligo Aufwandsbestellungen	42,8	25,1
Bestellobligo langfristige Dienstleistungsverträge	0,8	1,5
Nachwachsende Rohstoffe	1,5	2,1
	100	100

Des Weiteren enthalten sonstige finanzielle Verpflichtungen im Wesentlichen Betriebskosten aus Miet- und Leasingverträgen, Dienstleistungsverpflichtungen im Bereich technischer Anlagen und im IT Bereich.

Aufgrund von bestehenden Verlängerungsoptionen in Mietverträgen ergeben sich potentielle künftige Mittelabflüsse in Höhe 30.417 Tsd. € (Vj. 30.480 Tsd. €). Die Verlängerungsoptionen betreffen insbesondere Mietverträge für Büroflächen der Unternehmen der GASAG-Gruppe auf dem EUREF-Campus in Berlin. Sie sind nur von Unternehmen der GASAG-Gruppe und nicht vom Leasinggeber ausübbar. Die Verlängerungsoptionen wurden bei der Bewertung der Leasingverbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da die Ausübung derzeit nicht hinreichend sicher ist. Wenn ein signifikantes Ereignis oder eine signifikante Änderung von Umständen eintritt, erfolgt eine erneute Beurteilung, ob die Ausübung von Verlängerungsoptionen hinreichend sicher ist. Aufgrund der Bilanzierung des neuen Mietvertrages für Bürogebäude der NBB auf dem EUREF-Campus als Verbindlichkeiten gemäß IFRS 16 bestehen keine wesentlichen Miet- und Leasingverpflichtungen mehr. Die künftigen Miet- und Leasingverpflichtungen beinhalten Verpflichtungen aus kurzfristigen Leasingverhältnissen in Höhe von 176 Tsd. € (Vj. 98 Tsd. €) und Leasingverhältnissen über geringwertige Vermögenswerte in Höhe von 1.396 Tsd. € (Vj. 1.056 Tsd. €).

(33) ANGABEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

Immaterielle Vermögenswerte

Der Konzern hat bei immateriellen Vermögenswerten Zugänge in Höhe von 4.762 Tsd. € zu verzeichnen (Vj. 3.296 Tsd. €). Die Auszahlungen für immaterielle Vermögenswerte belaufen sich auf -4.762 Tsd. € (Vj. -3.296 Tsd. €).

Sachanlagen

Der Konzern hat Sachanlagen für 131.368 Tsd. € erworben (Vj. 134.111 Tsd. €). Auszahlungen zum Kauf von Sachanlagen wurden in Höhe von -129.881 Tsd. € getätigt (Vj. -133.699 Tsd. €).

Finanzanlagen

Die in der Kapitalflussrechnung genannten Finanzanlagen betreffen Anteile an assoziierten Unternehmen sowie langfristige finanzielle Vermögenswerte.

Finanzmittelfonds

Zum Zwecke der Kapitalflussrechnung setzt sich der Finanzmittelfonds wie folgt zusammen:

IN T €	31.12.2021	31.12.2020
Liquide Mittel	6.064	8.177
Finanzmittelfonds am Ende der Berichtsperiode	6.064	8.177

Gezahlte/Erhaltene Zinsen und Dividenden

Im Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit sind erhaltene Zinsen in Höhe von 2.462 Tsd. € (Vj. 1.790 Tsd. €), gezahlte Zinsen in Höhe von 15.947 Tsd. € (Vj. 18.691 Tsd. €) sowie erhaltene Dividenden in Höhe von 616 Tsd. € (Vj. 614 Tsd. €) enthalten.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit enthält gezahlte Dividenden in Höhe von 35.014 Tsd. € (Vj. 52.209 Tsd. €).

Finanzierungstätigkeit

Im Geschäftsjahr haben sich folgende Veränderungen der Schulden aus Finanzierungstätigkeit ergeben:

IN T €	2020	Zahlungs-wirksam	Zahlungs-unwirksam	2021
Schulden gegenüber Kreditinstituten	573.583	-5.207	0	568.376
Sonstige finanzielle Schulden	91.515	833	0	92.348
Derivate	18.930	0	-3.078	15.852
Summe finanzielle Schulden	684.028	-4.374	-3.078	676.576

(34) BEZIEHUNGEN ZU NAHE STEHENDEN UNTERNEHMEN UND PERSONEN

Vom Grundkapital der GASAG hielten zum 31. Dezember 2021 die Vattenfall GmbH, Berlin, (nachfolgend Vattenfall) und die ENGIE Beteiligungs GmbH, Berlin, (nachfolgend ENGIE) jeweils einen Anteil von 31,575 %. Des Weiteren war E.ON Beteiligungen GmbH, Essen, mit 36,85 % an der GASAG beteiligt. Die Muttergesellschaft der Vattenfall ist die Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der E.ON Beteiligungen GmbH, die E.ON SE, Essen, der ENGIE, die ENGIE Deutschland AG, Berlin.

Zwischen den Aktionären der GASAG, der Vattenfall und der ENGIE Beteiligungs GmbH besteht seit Juni 2015 ein Konsortialvertrag, der im Dezember 2015 sowie erneut im Dezember 2020 von der EU-Kommission freigegeben wurde, und der seit dem 1. Januar 2021 umgesetzt wird. Vattenfall und ENGIE halten damit gemeinsam eine Mehrheitsbeteiligung an der GASAG.

Zu den nahe stehenden Unternehmen der GASAG-Gruppe, mit denen der Konzern im Geschäftsjahr 2021 Geschäfte getätigt hat, gehören neben den Anteilseignern der GASAG die verbundenen Unternehmen der Vattenfall AB, Stockholm, Schweden, der ENGIE S.A., Paris, Frankreich, sowie der E.ON SE, Essen.

Über den Anteilsbesitz üben die Anteilseigner auf die GASAG-Gruppe einen maßgeblichen Einfluss aus.

Mit nahe stehenden Unternehmen wurden Geschäfte getätigt, die zu folgenden Abschlussposten führten:

IN T €	Erlöse		Aufwendungen		Vermögenswerte		Schulden	
	2021	2020	2021	2020	31.12.2021	31.12.2020	31.12.2021	31.12.2020
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	86.181	76.079	86.939	82.931	18.827	17.023	25.852	17.676
E.ON-Gruppe	14.079	11.137	28.386	28.599	4.305	2.512	6.615	5.685
Vattenfall-Gruppe	70.860	61.529	31.428	30.915	14.363	14.408	12.761	5.781
ENGIE-Gruppe	1.242	3.413	27.125	23.417	159	103	6.476	6.210
at-equity bilanzierte Unternehmen	6.964	9.323	4.515	7.843	2.506	3.176	2.960	3.026
assoziierte Unternehmen	5.906	8.803	3.731	7.388	2.075	2.482	2.611	2.989
Gemeinschaftsunternehmen	1.058	520	784	455	431	694	349	37

Die Beziehungen zwischen den Unternehmen der GASAG-Gruppe und der Vattenfall-Gruppe bestehen im Wesentlichen im Bereich der Gaslieferungen. Die Erlöse stellen überwiegend die auf der Grundlage von Erdgaslieferverträgen erzielten Erträge dar. Die Aufwendungen beinhalten überwiegend Materialaufwendungen aus den Gasbezugsverträgen und die Dienstleistungen auf dem Gebiet der Hard- und Software.

Die Geschäftsvorfälle mit den Unternehmen der ENGIE-Gruppe betreffen im Wesentlichen die empfangenen Erdgaslieferungen. Die Aufwendungen stellen überwiegend Materialaufwendungen aus den Gasbezugsverträgen dar.

Vermögenswerte und Schulden stellen die offenen Salden in Bezug auf die genannten Geschäftsbeziehungen zwischen der GASAG-Gruppe und nahe stehenden Unternehmen dar. Von den Vermögenswerten entfallen auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen 18.827 Tsd. € (Vj. 17.024 Tsd. €) gegen Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss und 2.506 Tsd. € (Vj. 3.176 Tsd. €) gegen at-equity bilanzierte Unternehmen. Von den Schulden entfallen auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen 25.853 Tsd. € (Vj. 17.675 Tsd. €) gegenüber den Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss und 2.960 Tsd. € (Vj. 3.026 Tsd. €) gegenüber at-equity bilanzierte Unternehmen.

Die at-equity bilanzierten Unternehmen sind in der Beteiligungsübersicht (siehe Kapitel „3 Konsolidierungskreis“) dargestellt. Die Erlöse mit assoziierten Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den Gaslieferungen. Die Aufwendungen betreffen überwiegend Dienstleistungen im Rahmen von Markt- und Absatzentwicklungen im Zusammenhang mit dem Produkt Erdgas. Die Forderungen und die Verbindlichkeiten resultieren aus Lieferungen und Leistungen.

Dem **Aufsichtsrat** gehörten im Geschäftsjahr 2021 folgende Personen an:

- Manfred Schmitz** (Vorsitzender des Aufsichtsrats; seit 28.01.2021)
Vorstandsvorsitzender der ENGIE Deutschland AG, Köln
- Michael Hegel** (Vorsitzender des Aufsichtsrats)
(bis 28.01.2021) Unternehmensberater, Köln
- Thorsten Neumann** (1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Angestellter der NBB Netzgesellschaft Berlin Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
- Marten Bunnemann** (2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
Vorsitzender des Vorstands der Avacon AG, Helmstedt
- Axel Pinkert** (3. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats)
(seit 28.01.2021) VP Finance Business Support/CFO der Vattenfall GmbH, Berlin
- Christian Barthélémy** Vorsitzender der Geschäftsführung der Vattenfall GmbH, Berlin
(seit 28.01.2021) sowie Country Representative Germany
- Ingo Breite** Angestellter der BAS Kundenservice GmbH & Co. KG, Berlin
(bis 28.01.2021)
- Katharina Luise Eickelberg** Director Business Communication der Vattenfall GmbH, Berlin
(seit 18.06.2021)
- Georg Friedrichs** Leitender Angestellter der Vattenfall GmbH, Berlin
(bis 18.03.2021) Leiter Programm Management Coal Exit
- Dirk Hahn** Angestellter der NBB Netzgesellschaft Berlin
Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
- Tuomo Hatakka** Managing Director der TJH Advisory GmbH, Berlin
(bis 10.05.2021)
- Thomas Henn** Kaufmännischer Leiter Energie der
ENGIE Deutschland GmbH, Berlin
- Ulrika Jardfelt** Senior Vice President der Vattenfall AB, Stockholm | Schweden
(seit 16.04.2021)
- Annette Kofler** Chief Legal Officer der ENGIE Deutschland AG, Berlin
(seit 28.01.2021)
- Dr. Uwe Kolks** Mitglied der Geschäftsführung der
(bis 28.01.2021) E.ON Energie Deutschland GmbH, München

Annette Krafcheck	Angestellte der GASAG AG, Berlin
Tanja Kunert	Angestellte der NBB Netzgesellschaft Berlin Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
Stephan Lachmann	Angestellter der NBB Netzgesellschaft Berlin Brandenburg mbH & Co. KG, Berlin
Ursula Luchner (seit 01.07.2021)	Angestellte der GASAG AG, Berlin
Andreas Otte	Angestellter der GASAG AG, Berlin
Michael Rehberg (bis 28.01.2021)	Angestellter der GASAG AG, Berlin
Dr. Alexandra Pabst (bis 10.12.2021)	Chief Sales Officer Facility Solutions der ENGIE Deutschland GmbH, Berlin
Jürgen Schütt	Mitglied des Vorstands E.DIS AG, Fürstenwalde
Can Sekertekin (bis 30.06.2021)	Angestellter der GASAG AG, Berlin
Marcus Sohns	Ressortleiter Strategische Kooperationen der ENGIE Deutschland AG, Berlin
Norbert Speckmann	Geschäftsbereichsleiter Energy & Facility Solutions Mitglied der Geschäftsleitung der ENGIE Deutschland GmbH, Essen
Eric Stab (seit 10.12.2021)	Kaufmann, Managing Director Europe, Asia, Middle East & Africa, Global Networks der ENGIE S.A, Bucuresti Romania
Lutz Wegner	Leiter Legal Distribution, Sales & Heat Germany der Vattenfall GmbH, Berlin
Ewald Woste	Unternehmensberater, Gmund am Tegernsee

Vorstand

Dem Vorstand gehörten im Geschäftsjahr 2021 folgende Personen an:

Geschäftsbereich I (Corporate):

Georg Friedrichs (Vorsitzender) (seit 01.04.2021) Netz; Kommunikation; Personal; Recht; Unternehmensentwicklung; Vorstandsstab; Compliance; Gleichbehandlung; Interne Revision; Datenschutz; Arbeitssicherheit; *seit 24.02.2022: Risikomanagement & -controlling; ISMS; Performance Management & Reporting; Steuern; Finance Business Services (vormals Transaktionale Services & Treasury).*

Dr. Gerhard Holtmeier (Vorsitzender) (bis 31.03.2021) Netz; Kommunikation; Personal; Recht; Unternehmensentwicklung; Vorstandsstab; Compliance; Gleichbehandlung; Interne Revision; Datenschutz; Arbeitssicherheit.

Geschäftsbereich II (Operations):

Matthias Trunk Vertrieb Privat- & Gewerbekunden; Green Solutions; Erneuerbare Energien; Energiebeschaffung; Informationsmanagement; Marketing; *seit 24.02.2022: Einkauf; Immobilienmanagement; Speicher.*

Geschäftsbereich III (Finance):

Michael Kamsteeg (bis 24.02.2022) Risikomanagement & -controlling; ISMS; Einkauf; Immobilienmanagement; Performance Management & Reporting; Steuern; Transaktionale Services; Treasury; Speicher.

Die Vergütungen der Vorstandsmitglieder der GASAG wurden vom Aufsichtsrat festgelegt. Das gegenwärtige Vergütungssystem sieht eine in gleichen Monatsraten zahlbare fixe Jahresgrundvergütung sowie eine jährliche, variable Tantieme vor, die der Aufsichtsrat jeweils nach Ablauf des Geschäftsjahres festsetzt. Mit der Tantieme umfasst die Vorstandsvergütung damit auch eine variable, jährlich wiederkehrende Komponente, die an den geschäftlichen und persönlichen Erfolg gebunden ist. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter wie etwa Aktienoptionsprogramme bestehen nicht.

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten insgesamt folgende Leistungen:

IN T €	2021	2020
Fixe Vergütung	904	941
Variable Vergütung	417	485
	1.321	1.426

Sowohl fixe als auch variable Vergütung stellen kurzfristig fällige Leistungen dar.

Im Geschäftsjahr 2021 wurden Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt noch solche zurückgezahlt. Haftungsverhältnisse zugunsten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bestehen nicht.

Frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen erhielten im Berichtszeitraum 2021 Leistungen in Höhe von 2.320 Tsd. € (Vj. 1.082 Tsd. €). Für Verpflichtungen gegenüber den früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen wurden zum Bilanzstichtag Rückstellungen in Höhe von 15.597 Tsd. € (Vj. 17.517 Tsd. €) bilanziert. Die Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 6.713 Tsd. € (Vj. 6.735 Tsd. €) wurden mit den Verpflichtungen gegenüber den gegenwärtigen und früheren Mitgliedern des Vorstandes beziehungsweise deren Hinterbliebenen saldiert ausgewiesen.

Die Aufwandsentschädigung für den Aufsichtsrat betrug 201 Tsd. € (Vj. 194 Tsd. €). Den angestellten Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat steht weiterhin ein reguläres Gehalt im Rahmen ihres Arbeitsvertrags zu. Dieses orientiert sich an den Vorschriften des Betriebsverfassungsgesetzes und entspricht einer angemessenen Vergütung für die entsprechende Funktion beziehungsweise Tätigkeit im Unternehmen. Dies gilt entsprechend für den Vertreter der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat.

Der Konzern hat mit nahe stehenden Personen keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

(35) ANGABEN ZU KONZESSIONEN

Der Rechtsstreit um die Neuvergabe der Berliner Gasnetzkonzession wurde mit dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 9. März 2021 für GASAG und NBB erfolgreich beendet. Der Bundesgerichtshof verurteilte das Land Berlin, die Gasnetzkonzession an die NBB zu vergeben. Der Gaskonzessionsvertrag zwischen dem Land Berlin und der NBB ist mit Verkündung des Urteils gemäß § 894 ZPO zustandegekommen. Entsprechend erklärte die Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin das mit dem modifizierten zweiten Verfahrensbrief vom 7. Mai 2020 zurückversetzte Konzessionsvergabeverfahren für gegenstandslos. Das hierzu geführte einstweilige Verfügungsverfahren wurde für erledigt erklärt.

Der Gaskonzessionsvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024, verlängert sich aber automatisch zweimal um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht das Land Berlin der Verlängerung des Vertrages fristgemäß widerspricht.

(36) SONSTIGE ANGABEN

Honorare des Abschlussprüfers

Die im Aufwand erfassten Honorare des Abschlussprüfers setzen sich wie folgt zusammen:

IN T €	2021	2020
Abschlussprüfung	530	503
Sonstige Bestätigungsleistungen	133	105
Sonstige Leistungen	227	183
Gesamt	890	791

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Abschlussstichtag wurde die Dividenden (siehe Textziffer „(12) Ergebnis je Aktie“ vom Vorstand vorgeschlagen. Die Zahlung der Dividende hat keine steuerlichen Konsequenzen für den Konzern.

Zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Aufstellung des Konzernabschlusses ergaben sich keine weiteren Ereignisse, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, über die hier zu berichten wäre und die Aussagen im Konzernabschluss verändern würden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses begann der militärische Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Der Fortgang, die Dauer und der Ausgang dieses Konfliktes sind in keiner Weise absehbar und auch die Auswirkungen, die sich daraus möglicherweise ergeben können, sind weder abschätzbar noch quantifizierbar. Es können sich vielfältige Auswirkungen ergeben, die die gesamte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussen.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Bericht enthält einzelne in die Zukunft gerichtete Aussagen, die den weiteren Geschäftsverlauf betreffen, unter anderem Prognosen zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sowie zur Geschäftsentwicklung der GASAG-Gruppe. Diese Aussagen beruhen auf vom Vorstand der GASAG sorgfältig getroffenen Annahmen. Jedoch kann der Vorstand wegen verbleibender Risiken und Unsicherheiten keine Gewähr dafür übernehmen, dass diese sich insgesamt beziehungsweise im Einzelnen als richtig erweisen werden.

Berlin, den 28. Februar 2022

GASAG AG
Der Vorstand



Georg Friedrichs



Matthias Trunk

BESTÄTIGUNGSVERMERK

DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die GASAG AG, Berlin

Wir haben den Konzernabschluss der GASAG AG, Berlin, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der GASAG AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften, Grundsätzen und Standards ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Konzernlageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS UND DEN KONZERNLAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES KONZERNABSCHLUSSES UND DES KONZERNLAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls

wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 28. Februar 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Thomas Schmid ppa. Jörg Beckert
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

IMPRESSUM

GASAG AG | EUREF-Campus 23 – 24, 10829 Berlin

Rainer Knauber, Leiter Kommunikation GASAG-Gruppe

Telefon: 030 7872-3050 | Telefax: 030 7872-3044 | E-Mail: rknauber@gasag.de

Erscheinungsdatum: April 2022

ISSN 2366-6498 (Online)

Prepress und Produktion: Albert Bauer Companies, Hamburg, www.albertbauer.com

